

Georgiana Banita

Vom Winde verdreht?

Mediale Narrative über Windkraft,
Naturschutz und Energiewandel

OBS-Arbeitspapier 60
ISSN: 2365-1962 (nur online)

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung
Jupp Legrand
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
D-60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069-6693-2810
Fax: 069-6693-2786
E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de
www.otto-brenner-stiftung.de

Autorin:

PD Dr. Georgiana Banita
Fakultät Geistes- und Kulturwissenschaften
Trimberg Research Academy
Otto-Friedrich-Universität Bamberg
E-Mail: georgiana.banita@uni-bamberg.de

Redaktion & Lektorat:

Benedikt Linden (OBS)

Satz und Gestaltung:

Isabel Grammes, think and act

Druck:

AC medienhaus GmbH, Wiesbaden

Titelbild:

Blackforest C48H/Paul Langrock

Redaktionsschluss:

10. Juli 2023

Wir danken der Hans-Böckler-Stiftung
für die Unterstützung bei der Veröffentlichung
der Publikation.

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:



Dieses Arbeitspapier ist unter der Creative Commons „Namensnennung – Nicht-kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International“-Lizenz (CC BY-NC-SA 4.0) veröffentlicht.

Die Inhalte sowie Grafiken und Abbildungen dürfen, sofern nicht anders angegeben, in jedwedem Format oder Medium vervielfältigt und weiterverbreitet, geremixt und verändert werden, sofern keine Nutzung für kommerzielle Zwecke stattfindet. Ferner müssen angemessene Urheber- und Rechteangaben gemacht, ein Link zur Lizenz beigefügt und angegeben werden, ob Änderungen vorgenommen wurden. Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de>

In den Arbeitspapieren werden die Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Download und weitere Informationen:

www.otto-brenner-stiftung.de

Vorwort

Anfang Februar 2023 machte Bundeskanzler Olaf Scholz den Ausbau der Windenergie zur Chefsache. Um die Klimaziele der Ampelkoalition zu erreichen, forderte er, dass bis 2030 im Schnitt vier bis fünf Land-Windräder pro Tag in Deutschland gebaut werden sollen. Gründe, diese nachhaltige Energielösung voranzutreiben, gibt es zur Genüge. Die dramatischen Folgen des Klimawandels sind schon heute weltweit spürbar, auch Deutschland wird von ungewöhnlicher Hitze und Trockenheit heimgesucht und leidet unter den Folgen von Wetterkatastrophen. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte 2021 höchstrichterlich, dass die gesetzlichen Vorgaben und Maßnahmen zur Emissionsminderung nicht ausreichen, um die Rechte und Interessen künftiger Generationen zu schützen. Und spätestens seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine wird auch geopolitisch die Bedeutung der Windkraft für die Energiesouveränität Europas – und eine Unabhängigkeit von russischen Gaslieferungen – von allen ernstzunehmenden politischen Akteuren anerkannt. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist, dass es dem Ausbau der erneuerbaren Technologien dennoch an Dynamik fehlt. Im ersten Halbjahr 2023 wurden im Schnitt nur 1,8 Windräder pro Tag aufgestellt, langwierige Genehmigungsverfahren sowie landespolitische (Bayern, Sachsen) oder lokale Widerstände bremsen die Entwicklung ab.

Immer wieder wird dabei mit dem Naturschutz ein anderes „grünes“ Thema gegen die Windkraft in Stellung gebracht. So monierte der Geschäftsführer des Bundesverbandes WindEnergie, Wolfram Axthelm: Der Konflikt zwischen „Windenergie und Artenschutz“ führe in manchen Landesteilen zu einem „Ausbau-Stillstand“. Er schlussfolgert, man müsse „den Naturschutz davon erlösen [...], von einigen Gegnern der Windenergie als Strohalm missbraucht zu werden“. Vermutlich hat er damit auch den Naturschutzverband gemeint, der im Juli 2023 in einem FAZ-Artikel forderte, dass die Energiewende „mit Respekt vor unserer gewachsenen Kulturlandschaft, Naturverträglichkeit und dem Wohlergehen der Menschen“ realisiert werden solle – und so unterstellte, dass dies zurzeit nicht geschehe.

Zu fragen ist also, wie Medien über das strittige Thema zwischen klimapolitischer Hoffnung, ökonomischer Erwartung, wissenschaftlicher Notwendigkeit und umwelt- bzw. auch gesundheitspolitischen Bedenken berichten. Welche Rahmung des Themas Windkraft greifen sie auf? Welche Deutungen stellen sie in den Vordergrund – und welche blinden Flecken bleiben?

Die Otto Brenner Stiftung hat die erfahrene Kulturwissenschaftlerin Georgiana Banita (Universität Bamberg) für die Beantwortung dieser Fragen gewinnen können. Mittels einer

qualitativ-hermeneutischen Inhaltsanalyse entschlüsselt sie wiederkehrende Narrative und Mythen oder Verzerrungen in der Berichterstattung zum Thema Windkraft. Die Studie fußt auf ausgewählten – skeptischen und befürwortenden – Medienberichten aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der WELT, dem SPIEGEL und der *Süddeutschen Zeitung*.

Georgiana Banita arbeitet in ihrer beeindruckenden Untersuchung Erzählungen und Angstkonstruktionen heraus, die in der Summe deutlich machen, dass die mediale Diskussion um die Windenergie als Kulturkampf geführt wird. Sie analysiert ihn als Wettkampf der Weltanschauungen, in dem Ideologien, Wertvorstellungen und kulturelle Konstrukte kollidieren. In der Waldrodung für Windkraftanlagen etwa sehen einige Berichte eine „Gefahr für die Volksseele“ und befürchten eine ästhetische Verunstaltung, andere schwärmen von der futuristischen Geometrie der Rotoren. Windkraftkritische Autor*innen betonen die Verdrängung heimischer Arten und argumentieren emotional, dass die Tiere buchstäblich unter die Räder kommen. Auf der anderen Seite heißt es, dass Artenschutz nur mit erweitertem Horizont, als Ringen um eine angemessene Balance zwischen dem Schutz der globalen Biodiversität und der Schonung der lokalen Fauna, gelingen kann. Ähnlich konträr geht es in der Frage zu, wie der Ausbau der Windenergie demokratiepolitisch zu bewerten ist. Windkraftkritische Medien warnen vor einer vermeintlichen „Klimadiktatur“ und der Einschränkung von Bürgerrechten. Artikel, die den Ausbau eher befürworten, betonen Bürgerbeteiligungen als Beispiele vorbildlicher demokratischer Aushandlungsprozesse.

Verdienstvoll bleibt, dass die Untersuchung auch wiederkehrende Schwachstellen der Berichterstattung offenlegt. Der Umgang mit Dissens ist lagerübergreifend schwach ausgeprägt, es wird kaum Raum für die jeweiligen Gegenpositionen eingeräumt. Auch schlägt sich die kulturelle und politische Ausrichtung der verschiedenen Presseorgane in der Bewertung des Themas nieder. Gemeinsam ist den medialen Befürworter*innen und Gegner*innen der Windkraft, dass sie mit faktischen Ungewissheiten nicht souverän umgehen können.

Autorin und Stiftung plädieren für mehr Debattenfreudigkeit in der Berichterstattung über Windenergie, mehr Selbstreflexion über die eigenen Werte und mehr Stringenz in der Darstellung der beteiligten Interessengruppen. Die Untersuchung hat ihren Zweck erfüllt, wenn wissenschaftlich noch offene Fragen als solche erkannt, der mediale Pfad des Kulturkampfes zugunsten einer nüchternen Debatte aufgegeben werden und buchstäblich „das Windrad im Dorf“ gelassen wird.



Jupp Legrand

Geschäftsführer der OBS

Frankfurt am Main, im August 2023

Inhalt

1	Einleitung.....	4
2	Gesellschaftlicher Kontext & methodisches Vorgehen	9
2.1	Energiesicherheit und Geopolitik.....	9
2.2	Bedeutungswandel der Windkraft	11
2.3	Herausforderungen, Streitpunkte und Widerstände	13
2.4	Medienberichterstattung und Windkraft in der Wissenschaft	15
2.5	Auswahl der Primärtexte und Methoden.....	19
3	Werte im Konflikt.....	25
3.1	Der deutsche Wald.....	26
3.2	(Landschafts-)Ästhetik	33
3.3	Artenschutz.....	41
3.4	Demokratie	45
3.5	Kosten	50
3.6	Fortschritt	54
3.7	Nachhaltigkeit.....	55
3.8	Gesundheit	56
4	Die analysierte Berichterstattung und ihre Defizite	59
4.1	Geschichtsvergessenheit.....	59
4.2	Der Verzicht, der nicht so heißen darf	60
4.3	Emotionen.....	61
4.4	„Fakten“	62
4.5	Dissens und Debattenkultur.....	65
4.6	Klima-Kleinredner*innen	67
5	Fazit und Handlungsempfehlungen	69
	Quellenverzeichnis	72
	Abbildungsverzeichnis.....	79
	Hinweis zur Autorin.....	79

1 Einleitung

Brummen die Riesenmühlen dem stillen Tal bald die Todesmelodie?
(Dankwart Guratzsch, 18. Juli 2014, WELT)

Windkraft spaltet das Land

Die stürmische mediale Debatte über die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Energiewende im Kampf gegen den Klimawandel offenbart eine zutiefst polarisierte Gesellschaft. Viele zeigen sich fest entschlossen, die Klimakatastrophe um jeden Preis abzuwenden, auch mit massiven Eingriffen in die Landschaft. Andere wiederum hängen noch immer dem Bild einer intakten Natur nach, wie frühere Ansätze des Umweltschutzes es propagierten. Die vorliegende Untersuchung ausgewählter Medienberichte zum Thema Windenergie will die Spannungsfelder aufzeigen, die quer durch unterschiedliche gesellschaftliche Strukturen und Wertesysteme verlaufen: zwischen den jüngeren und den älteren Generationen, zwischen Wohlhabenden und Benachteiligten, zwischen Naturromantik und wirtschaftlichem Pragmatismus, zwischen konservativ-liberalen und fortschrittlich-alternativen Positionen. Wie so oft bei kontroversen Themen liegt der Polemik die Erkenntnis zugrunde, dass letztlich beides schützenswert ist: sowohl das menschliche und nichtmenschliche Leben, das der Klimawandel auszulöschen droht, als auch die Unversehrtheit der Naturräume, die uns

freilich erst durch die fortschreitende Industrialisierung – mit ihrer toxischen fossilen Infrastruktur – so richtig ans Herz gewachsen sind.

Dass der Umstieg auf erneuerbare Energien grundsätzlich und aus mehreren Gründen gerechtfertigt ist, liegt auf der Hand. Selbst in den entferntesten Ecken der konservativen Medienlandschaft zweifelt kaum noch jemand an der Sinnhaftigkeit einer Senkung des anthropogenen CO₂-Ausstoßes und anderer notwendiger Maßnahmen für eine lebenswertere Umwelt. Während der Corona-Ausgangssperren gingen – neben all den Schreckensmeldungen – auch Bilder von plötzlich auto- und smogfreien Städten um die Welt, die so schnell nicht vergessen werden. Die Erkenntnis, dass Vladimir Putin nun russische Energielieferungen als Waffe instrumentalisiert, macht Europas strategisches Energieproblem sichtbareren denn je. An allen Fronten wächst also die Überzeugung, dass wir ohne fossile, kohlendioxidemittierende Brennstoffe bessere Zukunftsaussichten haben als mit. Weitaus umstrittener sind allerdings die Vor- und Nachteile der einzelnen erneuerbaren Energieträger und das Tempo der Transformation. Hinzu kommt die

Forderung, das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten, das heißt die Umwelt durch Rettungsversuche nicht noch mehr zu schädigen, als wir es ohnehin schon getan haben.

Die öffentliche Kontroverse spiegelt sich auch in vielen medialen Debatten über die Potenziale und Grenzen verschiedener erneuerbarer Energieressourcen wider, wobei der Windbranche besondere Aufmerksamkeit zuteilwird. Die vorliegende Analyse geht den Hintergründen der Diskussion sowie den thematischen und rhetorischen Feinheiten der Berichterstattung nach und nimmt kritisch Stellung zu blinden Flecken und Fehlschlüssen in den untersuchten Texten. Das Ergebnis ist eine detaillierte Auswertung der am deutlichsten und häufigsten angesprochenen Problemfelder, der moralischen und ideologischen Subbotschaften der analysierten Artikel, sowie der ‚Nicht-ins-Bild-passenden‘-Zusammenhänge, deren Ausblendung sich praktisch alle in der Analyse berücksichtigten Presseorgane schuldig machen. Insgesamt deuten die Befunde darauf hin, dass das Thema Windenergie im deutschen Mediendiskurs noch zu oberflächlich und undifferenziert beleuchtet wird. Dabei handelt es sich doch um ein sozioökonomisches Kernkonzept, das zwar mit unübersehbaren moralischen Widersprüchen behaftet ist, das aber auch grundsätzliche Fragen der Zukunftsgestaltung Deutschlands berührt und deshalb einer vertieften und sorgfältigeren Betrachtung bedarf.

Windkraft und Kultur: Krieg der Werte

Der Kerneinwand gegen die Windenergie kommt bestechend einfach daher. Wir lesen in auflagen-

starken Zeitungen wie der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) und WELT, dass herrlich offene – also unverbaute, ausblicksreiche – Landschaften von Heerscharen flächenverschlingender Windkraftmasten verunziert werden. Das ästhetische Urteil, dem diese Sichtweise geschuldet ist – ein ganz anderes als die futuristische Technikbegeisterung des letzten Jahrhunderts – besagt, dass Schönheit und Industrie ein absolutes Gegensatzpaar bilden. Doch dieses scheinbar unanfechtbare ästhetische Argument kaschiert tiefer liegende Assoziationen zwischen Landschaft, Land und Nationalmythologie.

„Aus vielfältigen Landschafts- und Erinnerungsräumen werden apokalyptisch anmutende Industriezonen, schönfärberisch Energielandschaften genannt“ – notiert der Journalist Georg Etscheit im Vorwort seiner unmissverständlich betitelten Essaysammlung *Geopferte Landschaften: Wie die Energiewende unsere Umwelt zerstört* (2016a). Etscheit bringt die Bedenken vieler anderer Journalist*innen zum Ausdruck (zu nennen wäre hier der Architekturkritiker und Denkmalschutz-Journalist Dankwart Guratzsch, aber auch Wissenschaftsjournalist*innen wie Caroline Ring), wenn er in den hochtechnisierten Infrastrukturen der Windkraft einen Mangel an „Poesie“ (Etscheit 2016a, 11) beklagt. Damit wird eine enge Verbindung zwischen einer unberührten, unbelasteten Natur und dem, was man als Lebenszauber titulieren könnte, hergestellt. Ein lebenswertes Dasein ließe sich also nur in einer intakten Naturumgebung führen. Die Aussage trifft zumindest metaphorisch durchaus zu, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass der

griechische Wortstamm „poiēsis“ ursprünglich freie Kreativität bezeichnete, im Gegensatz zur Praxis der schablonenhaften Nachahmung („mimesis“). Sicherlich bergen die ungleichmäßigen Kreationen der Natur – etwa die einzelnen, einzigartigen Bäume eines Waldes – weitaus mehr ‚Magie‘ in sich als die gleichmäßigen Beton- und Stahlstrukturen von Windkraftanlagen.

Doch Etscheid geht es um viel mehr als den Schutz pittoresker Naturräume. So vermisst er unter anderem eine stärkere Fokussierung auf sogenannte Kulturlandschaften – jene geografischen Besonderheiten, die ein Land unnachahmlich werden lassen, während ein Windrad beliebig oft und überall kopierbar ist. „In der Sprache der Werbeleute sind sie klassische Alleinstellungsmerkmale: Landstriche wie das bayerische Voralpenland, jene sanft hügelige und am Alpenrand schroff ansteigende Moränenlandschaft mit ihren in aller Welt berühmten und von Millionen Touristen bewunderten Seen und Schlössern. Oder der Schwarzwald, die Inkarnation des Mythos vom romantischen deutschen Wald.“ (Etscheid 2016a, 12) Zwar laufen Gebirge derzeit noch keine Gefahr, mit Windrädern zugepflastert zu werden, doch der märchenumwobene deutsche Wald ist inzwischen sehr wohl zur Heimstätte vieler Windkraftanlagen geworden, im Norden wie im Süden.

Nach einem Statement des damaligen niedersächsischen Umweltministers Olaf Lies (SPD), wonach die Windenergie „zusehends Teil unserer Kulturlandschaft“ werde, stellte die FAZ

trocken in den Raum: „Windturbinen in den Wald zu stellen ist ein umstrittener und von vielen Natur- und Artenschützern abgelehnter Eingriff in die Natur. Für eine Anlage müssen im Durchschnitt 0,4 Hektar Wald gerodet werden.“ (Germis 2021) Mit anderen Worten: Für den SPD-Politiker stellt die deutsche Kulturlandschaft kein starres Gebilde dar, das es bedingungslos zu schützen gilt, sondern die Momentaufnahme einer sich ständig wandelnden Gesellschaft. Somit muss sie zwangsläufig auch die durch den Klimawandel unausweichlich gewordenen technosozialen Entwicklungen widerspiegeln. Der FAZ-Autor hingegen beschwört den aus seiner Sicht unantastbaren deutschen Wald als Kulturgut, bei dessen Ausrodung ein wesentlicher Teil des kulturellen Erbes Deutschlands verloren gehen würde. Wie wir noch sehen werden, eignet sich der Rückgriff auf sakrosankte Kulturlandschaften in hervorragender Weise als abgehobenes emotionales Argument, um das Tempo energiewirtschaftlicher Wandlungsprozesse erheblich zu drosseln.

Der Untertitel des vorherigen Abschnitts, „Krieg der Werte“, in Anlehnung an den Roman- und Filmtitel „Krieg der Welten“, geht auf die Bemerkung des prominenten Windkraftkritikers Enoch zu Guttenberg zurück. Der oberfränkische Dirigent gehört zu den lautesten Stimmen, die den Ausbau der Windkraft regelrecht dämonisieren. Seine schwungvolle Rhetorik adressiert weniger die Energiewende allgemein, sondern demontiert vor allem das Windrad als Sinnbild eines fortschreitenden Moralverfalls. In einem

Beitrag für die FAZ, dessen Einstieg die dreifüßigen Maschinenmonster aus H.G. Wells' „Krieg der Welten“ bildhaft beschreibt, zieht zu Guttenberg einen direkten Vergleich zwischen dem Wells'schen Science-Fiction-Schreckensszenario und den dreiflügeligen Dämonen, die im jungen einundzwanzigsten Jahrhundert den Planeten okkupieren: „Es gibt sie, diese stählernen Monster, auch wenn sie sich statt mit drei Füßen mit drei Rotorblättern durch die Landschaft fräsen“. (zu Guttenberg 2012) Der Vergleich wird dabei auch auf die bildliche Darstellung des Artikels ausgedehnt. So heißt es zum Foto einer ländlichen Gegend samt Windkraftanlagen: „Ein Bild wie aus H.G. Wells' ‚Krieg der Welten‘: Was darin die ‚Wunderwaffen‘ der attackierenden Marsbewohner, sind hier die Windräder im Landkreis Euskirchen“. (ebd., vgl. Abbildung 1)

Verfolgt man die Berichte in Zeitungen und Magazinen wie der FAZ, der *Süddeutschen Zeitung*, SPIEGEL und WELT kündigt sich tatsächlich ein regelrechter Krieg um die Windkraft an, bei dem immer mehr Kleinstädte und Dörfer von Sturmtrupps flügel-schwingender Stahlgeräte umzingelt werden, die sich gewaltsam in den Boden rammen und erst in 30 bis 40 Jahren, wenn überhaupt, wieder abmontieren lassen. Um diesen Wertekonflikt zu verstehen, bedarf es einer differenzierten Analyse der Fakten, Frames („Rahmungen“) und Argumentationsmuster, die in publizistischen Beiträgen zum Thema zum Tragen kommen. Nicht mit dem Ziel, vermeintliche Gewinner*innen oder Verlierer*innen der Debatte auszumachen, sondern um die übergreifenden Mentalitäten herauszuarbeiten, die dem Mediendiskurs über die Windkraft als Zugpferd der

Abbildung 1:

Beispielhafte Fotografie in einem windkraftkritischen Artikel der FAZ



Quelle: Entnommen aus zu Guttenberg (2012). © dpa. Alle Rechte vorbehalten.

deutschen Energiewende zugrunde liegen. Dementsprechend adressiert die vorliegende Studie folgende Fragen:

- A) Welche Leitthemen prägen die Berichterstattung für und gegen den flächendeckenden Ausbau der Windenergie in Deutschland?
- B) Welche impliziten Werte, Mentalitäten, Denkmuster und Moralvorstellungen verbergen sich hinter den mal mehr, mal weniger sachlich aufbereiteten Informations- und Hintergrundberichten zu den identifizierten Leitthemen?
- C) Mit welchen Strategien arbeiten die Journalist*innen und Gastbeitragsautor*innen, um ihrer jeweiligen Deutung der energiewirtschaftlichen Situation Nachdruck zu verleihen?
- D) Welche Verzerrungen und Versäumnisse ergeben sich aus den jeweils bevorzugten Strategien und welche Handlungsempfehlungen – im Sinne eines möglichst sachorientierten, sprachlich und doktrinär selbstreflektierten

Ansatzes – lassen sich aus den ermittelten Tendenzen ableiten?

Um diese Fragen valide beantworten zu können, wird im Folgenden zunächst die aktuelle energiewirtschaftliche und -politische Situation betrachtet (Abschnitt 2.1), bevor die Auswahl des untersuchten Zeitraumes begründet wird (Abschnitt 2.2). Es folgen eine Darstellung der Hauptkritikpunkte gegen die Windenergie in Zivilgesellschaft und politischer Öffentlichkeit (Abschnitt 2.3) und ein Überblick des nur lückenhaft erschlossenen Forschungsfeldes der Windenergiekultur (Abschnitt 2.4) sowie die Reflexion und Erläuterung der Materialauswahl und der eigenen Methoden (Abschnitt 2.5). Eine detaillierte Systematisierung des untersuchten Materials anhand acht wichtiger Themenfelder (Abschnitt 3) sowie sechs problematischer Praktiken der medialen Darstellung (Abschnitt 4) stellen anschließend die Ergebnisse der Studie vor. Zuletzt werden die geäußerten Kritikpunkte kompakt zusammengefasst und Handlungsempfehlungen für die zukünftige Berichterstattung formuliert (Abschnitt 5).

2 Gesellschaftlicher Kontext & methodisches Vorgehen

2.1 Energiesicherheit und Geopolitik

Angesichts der zunehmenden Importabhängigkeit Deutschlands bei fossilen Energieträgern – wurden 1990 noch 57 Prozent der verbrauchten Energie importiert, waren es im Jahr 2021 69 Prozent (AGEB 2022a, 10) – kommt den im Inland erzeugten erneuerbaren Energien eine immer größere Bedeutung zu. Durch das Auslaufen der heimischen Förderung von Steinkohle und Kernenergie hat sich die Importquote dieser Energieträger erheblich erhöht. Mit den begrenzten Möglichkeiten der heimischen Gewinnung von Energierohstoffen steigen gleichzeitig das Risiko von Versorgungsengpässen und die Anfälligkeit von Wirtschaft und Verbraucher*innen gegenüber geopolitisch bedingten Energiekrisen. Der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine am 24. Februar 2022 hat die Bedeutung der erneuerbaren Energien unter den Stichworten Importabhängigkeit und Energiesouveränität zusätzlich gesteigert. Vor dem Hintergrund des nicht abreißenden, sich sogar ausweitenden und verschärfenden Ukraine-Konflikts wird mehr als deutlich, dass die Versorgungs- und Preisrisiken für Deutschland – das im Jahr vor dem Krieg seinen Bedarf an Erdgas zu 55 Prozent, an Steinkohle zu 50 Prozent und an Erdöl zu 34 Prozent durch Importe aus Russland gedeckt hat (vgl. Luderer et al. 2022, 4) – viel zu lange grob unverantwortlich unterschätzt wurden. „Für die

Gesellschaft“, schreibt die Energiewissenschaftlerin und Bestsellerautorin Claudia Kemfert, war der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine „eine Art Erwachen aus einem jahrelangen Dornröschen-Schlaf“ (Kemfert 2023, 15).

Neben einer stärkeren Diversifizierung der Importquellen und einer Priorisierung von Bezugsquellen aus sicheren und verlässlichen Regionen kommt der Windenergie eine besondere Rolle zu. Denn der Rückgriff auf diesen infrastrukturstarke heimischen Energiesektor könnte die Energiekrise auf dem Weltmarkt zumindest zeitweise abfedern. Für die energetische Resilienz Deutschlands, das heißt für eine höhere Energieautonomie, sowie für die Erreichung der Klimaschutzziele (Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis 2045) ist einerseits eine deutliche Reduktion des Erdgasverbrauchs (laut Luderer et al. 2022 um 30 Prozent) und andererseits ein Rückgang der Gasverstromung erforderlich, der nur durch eine Trendwende hin zu einem stärkeren Ausbau der Windenergie erreicht werden kann. Denn Energieautonomie und Klimaschutz müssen nicht im Widerspruch zueinanderstehen. Trotz aller Appelle aus der Wissenschaft, „endlich den Fuß von der Energiewende-Bremse“ zu nehmen (Kemfert 2023, 15), ist es klar, dass die Erschließung der – freilich begrenzten – Restpotenziale der heimischen Windenergie nicht über Nacht möglich sein wird. Dennoch bleiben

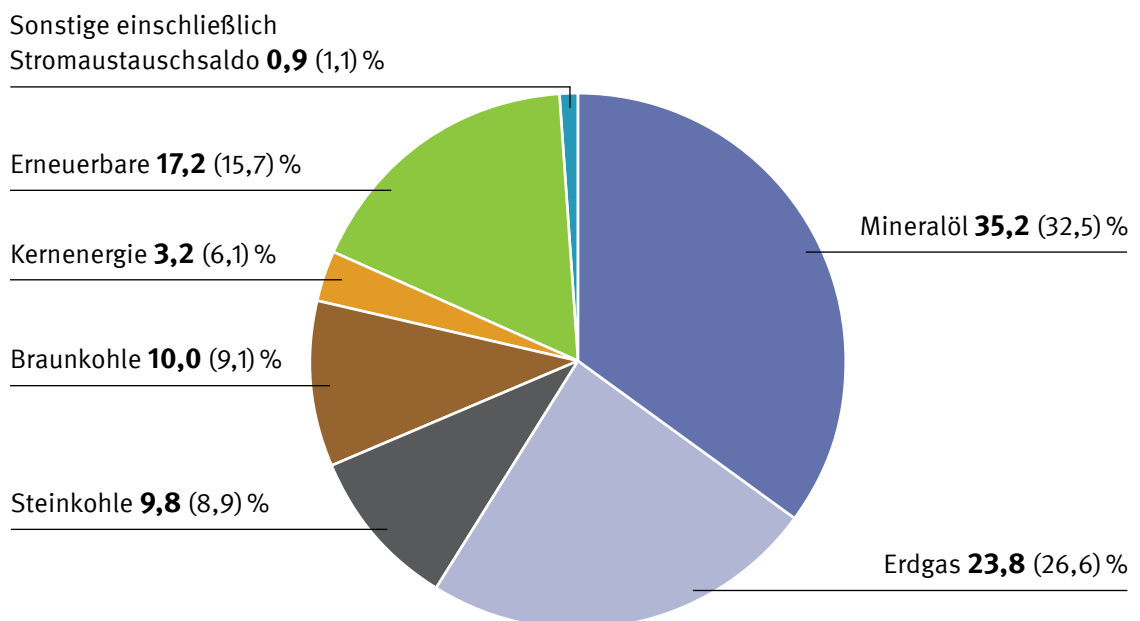
die Zuwächse deutlich unter dem Niveau, das notwendig wäre, um die Gaseinsparungen ohne einen parallelen Anstieg des Rohöl- und Kohle- verbrauchs zu kompensieren (vgl. Abbildung 2).

Es bleibt abzuwarten, ob die durch das Ausbleiben russischer Gaslieferungen entstandene Gas- versorgungslücke und die damit verbundenen Preisschocks das Meinungsbild zur Windener- gie grundlegend verändern werden. Oder ob die von allen Seiten eingeforderte Bereitschaft zum energiesparenden Heizverhalten auch den letz- ten Windkraftgegner*innen signalisiert, dass es bei aller Aversion gegen Windkraftanlagen doch irgendwann ans Eingemachte geht. Eines ist je- denfalls sicher: Die jüngsten geopolitischen Ent-

wicklungen dringen in ein ideologisch, moralisch und ästhetisch bereits vermintes Terrain ein. Die Auswirkungen der Gas-Krise auf die Energiewen- de werden nicht zuletzt davon abhängen, wie sich die Pro- und Contra-Lager in puncto Wind- kraft neu sortieren und positionieren. Zugespitzt formuliert: ob die kognitive Dissonanz spürbar wird, wenn zum Beispiel im Politikressort einer Zeitung ein Energieembargo gegen Putins Russ- land befürwortet wird, im Wirtschaftsressort der- selben Zeitung aber wissenschaftsfremde, teils klimaleugnende Windkraftgegner*innen eine Plattform für ihre Thesen erhalten. Bisher – so die der vorliegenden Studie zugrundliegende Annahme – scheitert das Hochfahren der heimi- schen Energieerzeugung aus Wind vielerorts nicht

Abbildung 2:

Primärenergieverbrauch in Deutschland 2022 nach Energieträger (Anteile in Prozent, Vorjahres- zeitraum in Klammern)



Quelle: Eigene Darstellung nach AGE (2022b).

nur an den Kosten der Anlagen (die angesichts der Gaspreisentwicklung infolge der Drosselung bzw. Einstellung russischer Gaslieferungen mittlerweile erschwinglich erscheinen) oder am Widerstand von Bürgerinitiativen, sondern auch an festgefahrenen publizistischen Debatten.

2.2 Bedeutungswandel der Windkraft

Mit dem Reaktorunglück in Japan am 11. März 2011 hat sich auch in Deutschland die Diskussion um die Zukunft der Kernenergie zugespitzt. Als Konsequenz aus der Fukushima-Katastrophe stimmte der Bundestag am 30. Juni 2011 für die sofortige Stilllegung von acht Atomkraftwerken und die sukzessive Abschaltung der restlichen neun Meiler bis 2022. Damit wurde eine energiepolitische Kehrtwende eingeleitet, die durch den Ausbau nachhaltiger Energieerzeugung ermöglicht werden sollte, wobei auch Energieeinsparungen und der Steigerung der Energieeffizienz eine wichtige Rolle zugeordnet wurde. Deutschland ist bis heute das einzige Industrieland, das einen solchen Bruch mit dem traditionellen Energiemix vollzogen hat.

Die Ziele des im Jahr 2000 verabschiedeten Gesetzes für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz) wurden 2011 deutlich nach oben korrigiert. Der Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien sollte bis 2020 kontinuierlich auf mindestens 35 Prozent und bis 2030 auf mindestens 50 Prozent gesteigert werden (Deutscher Bundestag 2011). Zugleich wurde die Windkraft zum Hauptziel der Energiewende erklärt. Im „Eckpunktepapier zur Beschleunigung

der Energiewende“, das am 6. April 2011 vom damaligen Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) und dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) vorgestellt wurde, stand der Ausbau der Windparks in Deutschland und insbesondere der Offshore-Windenergie im Vordergrund. Auch die Stromnetze sollten ausgebaut werden, damit der Windstrom aus dem Norden in den Süden gelangen kann (Beschluss des Bundesvorstands der CDU, 2011).

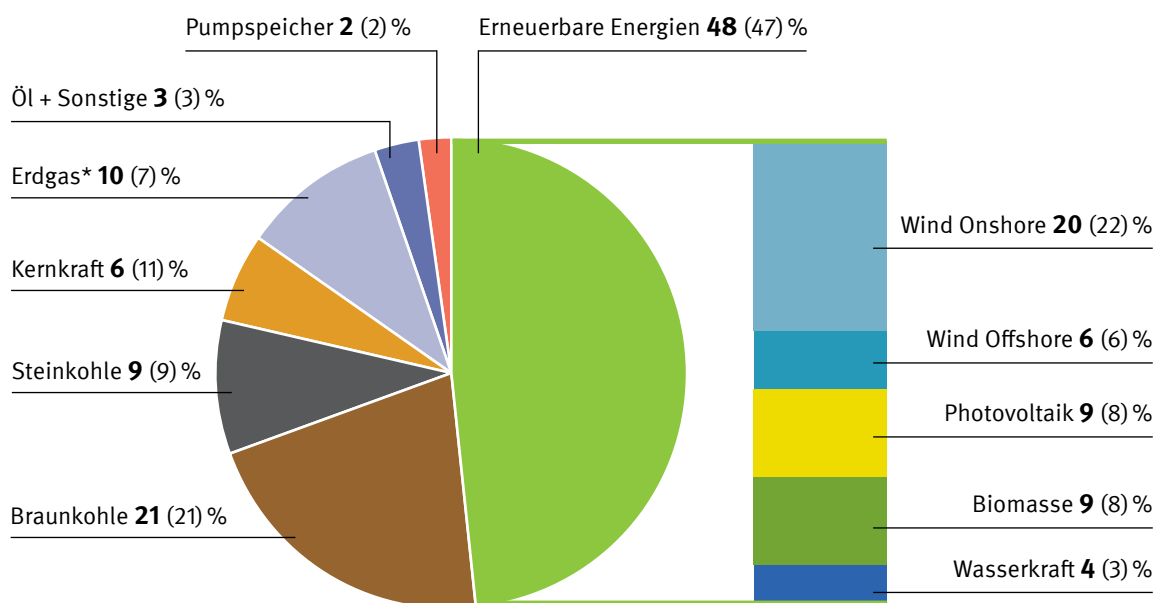
Die Windkrafteuphorie nahm in Folge dieses historischen Wendepunkts rasant an Fahrt auf. Im Jahr 2022 lag der Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energien bei 48,3 Prozent (2021: 42,7 Prozent). Den größten Beitrag zur Ökostromerzeugung leistete die Windenergie – On- und Offshore, vor allem aber an Land – mit einem Anteil von 26 Prozent (Abbildung 3). Nimmt man die Anti-Atom-Politik der Merkel-Regierung als Auslöser der Energiewende und Ausgangspunkt für die vorliegende Studie, so zeigt sich, dass der Beschluss zur Transformation zwar radikal war, die konkreten Ziele aber nicht ehrgeizig genug. Von einer „neuen industriellen Revolution“ war zunächst die Rede, also von einem tiefgreifenden Systemwechsel, der vermutlich einige Zeit in Anspruch nehmen würde. Doch die ersten Ziele wurden viel schneller erreicht und übertroffen als erwartet, lange vor den ursprünglich gesetzten Fristen. Dabei hätte der Wandel – sobald die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen waren – noch schneller vonstattengehen können, wäre die Windenergie, wie einst die Kernenergie, nicht so umstritten (geblieben).

Zehn Jahre später drehte sich der Wind noch einmal. Mit seinem epochalen Urteil vom 29. April 2021 hat das Bundesverfassungsgericht die Politik unter Druck gesetzt, für einen generationengerechten Klimaschutz zu sorgen. Das Gericht forderte die Bundesregierung auf, das 2019 in Kraft getretene Klimaschutzgesetz nachzubessern und sich stärker für die Erreichung der Klimaziele einzusetzen. Bislang sieht das Klimaschutzgesetz vor, dass die Regierung ab 2025 jährlich sinkende Emissionswerte für die Zeit nach 2030 festlegt – was aber nicht genüge, urteilte das Bundesverfassungsgericht. Es dürfe nicht sein, dass die Politik sowie die heutige Generation weitreichende Maßnahmen zur Senkung der

Treibhausgasemissionen zu Lasten der nachfolgenden Generationen auf die lange Bank schieben. Denn diese Generationen werden in Zukunft mit immer knapper bemessenen Fristen zurechtkommen müssen. Die Belastung mit solchen Reduktionszwängen verstößt, nach Auffassung des Gerichts, gegen die Grundrechte der jungen Menschen. Im Wortlaut: Es dürfe nicht der aktuellen Generation zugestanden werden, „unter vergleichsweise milder Reduktionslast große Teile des CO₂-Budgets zu verbrauchen, wenn damit zugleich den nachfolgenden Generationen eine radikale Reduktionslast überlassen und deren Leben umfassenden Freiheitseinbußen ausgesetzt würde“ (Bundesverfassungsgericht 2021).

Abbildung 3:

Strommix in Deutschland 2022 (Anteil an Stromerzeugung in Prozent, Vorjahreswerte in Klammern)



Quelle: Eigene Darstellung nach Agora Energiewende (in *Frankfurter Rundschau*, 2022). Dargestellt ist der Anteil der Stromerzeugung im Oktober 2022. *öffentliche Versorgung

Durch diese juristisch wie auch klimapolitisch bahnbrechende Entscheidung wurde der Öffentlichkeit unmissverständlich vermittelt, dass Klimaschutzmaßnahmen beschleunigt werden müssen und dass es nun auch an der Zeit wäre, das ganze Arsenal der Erneuerbaren aufzufahren. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine als Katalysator einer „Zeitenwende“ hat auch die letzten Zweifel an der Dringlichkeit der erneuerbaren Revolution hinweggefegt. Damit ging ein Jahrzehnt zu Ende, in dem die Windenergie von einem – im Vergleich zur Atomkraft – kleineren Übel zu einem unerlässlichen politischen Instrument avancierte, ohne dessen Einsatz die Energiesicherheit Deutschlands und die Grundrechte künftiger Generationen nicht mehr denkbar sind. Die vorliegende Studie analysiert somit einschlägige Medienberichte aus den Jahren 2011 bis 2021 (01.01.2011 – 31.12.2021), um die mediale Begleitung dieses ‚Aufstieges‘ der Windenergie abzudecken.

2.3 Herausforderungen, Streitpunkte und Widerstände

Doch welche Kritelemente flankieren diesen Bedeutungswandel der Windkraft in Zivilgesellschaft und politischer Öffentlichkeit und wirken potentiell auf die medialen Debatten? Schon 2011 waren sich Kanzlerin, Regierung, Opposition und die „Ethikkommission für eine sichere Energieversorgung“ uneinig, wie risikoarm, kalkulierbar und beherrschbar die Energiewende tatsächlich sein würde. Damals beschränkten sich die Bedenken gegenüber erneuerbaren Energien auf die Abwägung ökonomischer Risiken, sowohl für den Staat als auch für weniger wohlhabende Bürger*innen, die zu schnell steigende Strompreise nicht verkraften könnten. SPD und Linke scheiterten 2011 mit ihren Forderungen nach einer nachhaltigen und bezahlbaren Energieversorgung, die Preissteigerungen staatlich kontrolliert und minimiert (Steinmeier und Fraktion, 2011; Gysi und Fraktion, 2011). Inzwischen hat sich das Spektrum der Kritik, insbesondere an der Windkraft, weiter differenziert. Je mehr Windkraftanlagen errichtet werden, desto mehr wächst die Sorge nicht nur um die langfristige Steuerbarkeit der Energiewende, sondern vor allem um die Folgen eines drohenden Energiechaos für Deutschlands Landschaften und die Befindlichkeit seiner Bürger*innen in naher Zukunft.

Genau an diesen kulturell geprägten Wahrnehmungsmustern und erhaltenswerten „Kulturlandschaften“ entzündeten sich unterschiedliche Bürgerbegehren gegen die Windkraft-Wende. Auf der Website der Bundesinitiative „Vernunftkraft. Bundesinitiative für vernünftige Energiepolitik“, die sich laut eigener Aussage „der Naturzerstörung im Namen eines vermeintlich ökologischen Umbaus der Energieversorgung“ entgegenstellt, wird den Gesetzgeber*innen und der Windkraft- und Photovoltaikindustrie vorgeworfen, „natürliche Lebensräume und Kulturlandschaften“ zu opfern, ohne dass dies aus wirtschaftlichen oder klimapolitischen Gründen sinnvoll wäre (Vernunftkraft 2023). Es handelt sich also bei „Kulturlandschaften“ um ein Konzept, das die zentralen Anliegen windkraftkritischer Bürgerinitiativen in sich

vereint, von den Auswirkungen auf Natur und Landschaft bis hin zur als solche empfundenen Einschränkung der Bürgerrechte der Anwohner*innen. So heißt es auf einer weiteren Website von Windkraftgegner*innen: „Bürgerrechte sind unser Antrieb – die Natur liefert uns dafür die Energie“. (Windwahn 2023) Auf dem Spiel steht also nicht nur der Wertverlust von Eigenheimen, die angeblich von Turbinenschatten und Infraschall betroffen sind, sondern ein grundsätzlicherer Werteverlust. Gefährdet sei ein traditionell geprägtes Werteverständnis, das eine gewisse Deckungsgleichheit zwischen Bürger(tum), Natur und Heimat voraussetzt und den konkreten, lokalen Auswirkungen von Windenergieanlagen mehr Bedeutung beimisst als den eher abstrakten Vorteilen einer CO₂-freien Energieerzeugung.

Über 1.000 Bürgerinitiativen gegen Windenergie an Land soll es laut der beiden oben genannten Internetseiten in Deutschland geben. Eine systematische Auswertung der sogenannten Gegenwindkarten auf den Websites der Windkraftgegner*innen durch den Verein ‚Europäische Energiewende‘ hat jedoch ergeben, dass von den deklarierten 1.674 Bürgerinitiativen nur 290 tatsächlich existieren und aktiv sind (Europäische Energiewende, 2020a). Und davon wiederum nur ein kleiner Teil (23 Initiativen) den Bau neuer Windkraftanlagen erfolgreich verhindern konnte. Die aufgeblähten Zahlen – die, wie im Folgenden gezeigt wird, von den Medien unreflektiert übernommen werden – bilden also nicht die reale Situation in Deutschland ab. Eine

umfassende Befragung von 14 Initiativen kam außerdem zu dem Ergebnis, dass die meisten Anti-Windkraft-Gruppen auch fossile und nukleare Energien ablehnen und nur sehr wenige den anthropogenen Klimawandel in Frage stellen (Europäische Energiewende, 2020a). Die Bereitschaft zu einer regenerativen Energiewende scheint also auch unter Gegenwindinitiativen weitgehend vorhanden zu sein, die Problemfelder ergeben sich eher aus der konkreten Umsetzung der Energiepolitik.

Diese „Energiewende ja, aber“-Tendenz spiegelt sich auch in der medialen Diskussion um die Sinnhaftigkeit des Windkraftausbaus wider. Die von den Gegner*innen der Windkraft identifizierten Problemakteure – neben Politik und Profiteuren auch „Klimaalarmisten, Windkraftlobbyisten, Wetterretter-Ideologen“ (Windwahn 2023) – stehen eins zu eins auch in den Beiträgen windkraftskeptischer Journalist*innen am Pranger. Noch deutlicher schlägt sich in den Zeitungen aber die Bündelung höchst unterschiedlicher Problemfelder zu einer übergreifenden „Kulturlandschaft“ nieder, die sowohl Eigeninteressen als auch Naturschutz und wirtschaftliches Allgemeinwohl umfasst und letztlich auf einen impliziten Widerspruch zwischen Kultur und Klima hinausläuft. So lautet die unterschwellig auch medial verbreitete Frage oftmals: Ist dieses Land wirklich gewillt, seine kulturelle Identität für ambitionierte, dafür aber unklare und immer wieder neu bezifferte Klimaschutzziele oder für eine nachhaltige deutsche Energieautarkie zu opfern?

2.4 Medienberichterstattung und Windkraft in der Wissenschaft

Geisteswissenschaften: *Energy Humanities*

Die vorliegende Analyse setzt an der Schnittstelle zwischen den geisteswissenschaftlichen Bereichen der *Energy Humanities* und der Kommunikationswissenschaft an. Die erst seit etwa zehn Jahren existierende Disziplin der *Energy Humanities* (in etwa Energie-Geisteswissenschaften, obwohl auch sozialwissenschaftliche Aspekte behandelt werden) beschäftigt sich mit den sozialen, kulturellen und politischen Herausforderungen von Energiesystemen im Kontext von Klimawandel und Naturschutz. Im Zentrum dieses interdisziplinären Fachdiskurses steht die globale Industrialisierung, die sich im Zeitalter der Moderne – vorwiegend auf der Grundlage der fossilen Energieträger Kohle, Erdöl und Erdgas – vollziehen konnte (Szeman/Boyer 2017). Die daraus hervorgegangene Forschung (vgl. unter anderem Perron 2013, Huber 2013, Johnson 2014, Barrett/Worden 2014, LeMenager 2014, Pinkus 2016, Wilson et al. 2017) hat die Verflechtung von kohlendioxidemittierenden Ressourcen und dem ausufernden Konsum- und Mobilitätsverhalten des ‚fossilen Menschen‘ gut herausgearbeitet.

Gleichwohl werden erneuerbare Energien auch in diesem ausschließlich energiebezogenen Forschungsfeld meist nur als Hoffnungshorizont der Energiegeschichte wahrgenommen und in ihren kulturellen Dimensionen zu wenig intensiv erschlossen. Das Primärmaterial für wissenschaftliche Studien in den *Energy Humanities* umfasst

in der Regel sowohl kreative Arbeiten (Belletristik, audiovisuelle Kunst) als auch historische Quellen sowie philosophische und politische Debatten. Wie in den Geisteswissenschaften üblich, dienen diese Quellen dazu, einen bestimmten Abschnitt der Energiegeschichte oder eine konkrete Energieform zu dokumentieren (siehe z. B. Yeager 2011), die bereits identifiziert und eingegrenzt sind, bevor man sich dem thematisch einschlägigen Bild- und Textmaterial zuwendet. Erstaunlicherweise wird in diesen Studien den Nachrichtenmedien wenig oder gar keine Aufmerksamkeit geschenkt, obwohl diese doch für die meisten Bürger*innen die allererste Informationsquelle über neue Energiesysteme bilden – viel eher als die Kunst oder die Literatur – und das öffentliche Bewusstsein für deren Vorteile und Risiken schärfen.

Kommunikationswissenschaften:

Negativity Bias

Gleichzeitig fällt auch die kommunikationswissenschaftliche Forschung über die deutsche Presseberichterstattung zur Windenergie meist spärlich aus, auch wenn die Windkraft, siehe oben, zweifelslos *der* Sektor ist, der den Energiewandel in Deutschland aktuell in Schwung bringt.

Eine Studie zur deutschen Medienberichterstattung und PR-Kommunikation rund um die Offshore-Windenergie hat gezeigt, dass Stakeholder aus Industrie, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft vorwiegend Pro-Argumente und die Relevanz von Windenergieanlagen für die Energiewende betonen, die Medien aber ten-

denziell negative Effekte wie höhere Kosten und Verzögerungen bei der Netzanbindung in den Vordergrund stellen (Schmidt 2017). Eine andere Untersuchung zu Energiethemen in deutschen Zeitungen und Fernsehsendungen (Schmidt et al. 2017) stellt darüber hinaus fest, dass konservative Zeitungen häufiger über Windenergie berichten als Mitte-Links-Zeitungen, die sich stattdessen stärker auf Kohle konzentrieren. Zum Teil lässt sich dies auf die sogenannte Negativitätsverzerrung (*negativity bias*) zurückführen, also auf die Tatsache, dass die Medien sich verstärkt für Themen interessieren, zu denen sie eine kritische Position einnehmen können. Wie die Studie allerdings herausarbeitet, wurde die Windenergie – von allen Energieoptionen, seien sie nun konventionell oder erneuerbar – am häufigsten mit negativen Folgen und Risiken in Verbindung gebracht. Also häufiger als Nuklearenergie oder Fracking.

Unmittelbar nach der energiepolitischen Kehrtwende im Frühjahr 2011 konzentrierte sich die Presse zunächst auf die Bedeutung des Reaktorunglücks in Japan für die deutsche Energiepolitik. Erneuerbare Energien wurden dabei nicht einzeln, sondern in ihrer Gesamtheit thematisiert – auch um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass sie nur in Kombination eine glaubhafte Lösung darstellen. Wie eine Studie feststellt, wurde in Deutschland vor Fukushima paradoxerweise mehr über Windenergie berichtet als unmittelbar danach. Bereits zu diesem Zeitpunkt, so die Beobachtung der Autoren, ließ sich eine Abwertung der erneuerbaren Energien in der konservativen Presse feststellen (Zeh und Odén 2014, 226).

Die Praxis in der genannten Literatur besteht in einer cursorischen Auswertung einer großen Anzahl von Texten, die nach sehr allgemeinen Rubriken kodiert sind. Daraus lassen sich – wie die Autoren selbst anmerken (Zeh und Odén 2014, 227) – nur grobe Argumentationslinien ableiten. Zum Beispiel, dass konservative Zeitungen ein breiteres Spektrum an Rahmungen des Themas aufweisen, nämlich neben Wirtschaft auch Technik, Sicherheit und Umwelt, während linksorientierte Medien sich damit begnügen, einzelne Energieformen als entweder zukunftssträchtig (Windkraft) oder eben nicht weiterführbar (Kernenergie) zu bewerten, ohne der dahinterstehenden Logik große Beachtung zu schenken. Diese Tendenz bestätigt sich, wie noch zu zeigen ist, auch in der vorliegenden Studie.

Landschaft und Umwelt

Etwas differenziertere Akzente setzen dagegen geographische Ansätze aus dem Forschungsbereich Mensch-Umwelt-Beziehungen. Wie eine Studie zur medialen Konstruktion von „Energiewindlandschaften“ in deutschen Printmedien festhält, werden immer dann, wenn Landschaft mit Energie in Verbindung gebracht wird, zwei Aspekte deutlich: Erstens ist die Debatte von Aussagen zur Landschaftszerstörung dominiert, und zweitens geht es dabei fast immer um Windkraftanlagen und Windparks (Weiss 2017). Durch die Dezentralisierung der erneuerbaren Energieerzeugung spielt die Frage der öffentlichen Akzeptanz eine immer wichtigere Rolle, da stetig mehr Menschen im unmittelbaren Umfeld von Windkraftanlagen und Windparks leben. Wie der Autor anmerkt, verändern erneuerbare

Energien nicht nur die Umgebung von Energieanlagen, sondern auch die „Kulturlandschaft“. In der Analyse von Weiss deckt sich der Begriff Kulturlandschaft mit dem, was Gerhard Hard in seiner grundlegenden Studie zur Semantik des Landschaftsbegriffs als *paysage* bezeichnete (Hard 1970, 235): eine Form der Raumwahrnehmung mit starken ästhetischen und emotionalen Komponenten, die mit Vorstellungen von Schönheit, Diversität, Homogenität und heimatlichen Werten verknüpft ist.

Um die besondere Art von Kulturlandschaft zu durchdringen, die durch die Windenergie entsteht, ist es notwendig zu ermitteln, welche medial vermittelten Bilder und Narrative die öffentliche Wahrnehmung von Windkraftanlagen prägen, denn von dieser Wahrnehmung hängt vieles ab: der schnelle Vormarsch der Windenergie, deren Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit des Landes und sogar auf die physische Unversehrtheit der Menschen in Ländern wie der Ukraine. Indem sie Eindrücke und Assoziationen in die Öffentlichkeit tragen, prägen die Medien die persönlichen Einstellungen des Einzelnen zu den neuen, unübersehbaren Infrastrukturen der Windenergie. Genau diese Medienbilder und -narrative werden im Folgenden analysiert.

So beleuchtet diese Arbeit – anders als die oben genannten Studien – vielmehr die mit den verschiedenen Positionen verbundenen ‚Über-Frames‘, das heißt die soziokulturellen Mentalitäten, in die sich die Zeitungsartikel mehr oder weniger bewusst einordnen und die – unabhängig von der jeweiligen redaktionellen Linie –

die Berichterstattung überformen. Die genaue Wortwahl, der metaphorische Sprachgebrauch, der rhetorische Stil und die politische Rahmung geben Aufschluss darüber, wie die deutsche Gesellschaft Windenergie in einem umfassenderen Kontext sieht, der auch die nationale Identität, die persönlichen Werte und die Frage der globalen Verantwortung miteinschließt.

Klimawandeldiskurse

Diesem noch wenig konturierten Forschungsbereich um die Medienberichterstattung zur Windenergie steht ein umfangreiches Korpus von Analysen gegenüber, die den medialen Diskurs um benachbarte Themen wie den Klimawandel behandeln. Manche der dort gesetzten Impulse sind ohne weiteres auch auf die Berichterstattung zur Windenergie transferierbar. Eine Studie zu Metaphorisierungen im medialen Klimawandeldiskurs resümiert: „Korpusübergreifend dienen Metaphern dazu, (räumliche und mentale) Distanz zum Klimawandel abzubauen und ihn von ‚fern‘ zu ‚nah‘ heranzuholen.“ (Tereick 2016, 313) Auch im Korpus der vorliegenden Studie finden sich interessante Semantisierungen und Allegorisierungen der Windenergie – wenngleich mehr im Sinne einer Distanzierung vom Objekt Windanlage als einer Annäherung – und an mehreren Stellen in den folgenden Abschnitten dienen solche Diskursmittel als Einstieg in eine tiefer gehende Mentalitäts- und Werteanalyse des jeweiligen Beitrags.

Und sollten sich die Leser*innen nun fragen, warum der Schwerpunkt hier auf windkritischen Perspektiven liegt, so ist zu beachten, dass im

breiteren medialen Themenkomplex Klima/Energie tatsächlich ablehnende Sichtweisen auf die Klimaschutzmaßnahmen dominieren. Wie eine Studie nachweisen konnte, spiegelt die deutsche Medienberichterstattung zum Klimawandel zwar den politischen Konsens über die Notwendigkeit einer Emissionsbegrenzung wider, stellt also nicht den Klimawandel an sich in Frage, befeuert aber gleichzeitig die gesellschaftliche Kontroverse über die Wirksamkeit einzelner Reduktionsmaßnahmen (Tschötschel et al. 2020). Die Medien erkennen also die bevorstehende Klima-Katastrophe durchaus an, reagieren aber mit einer stark kritischen Haltung, welche Maßnahmen am sinnvollsten wären, und stellen jede Lösungsmöglichkeit, auch die kohlenstofffreie Energie, auf den Prüfstand. Diese permanente Hinterfragung und Neuverhandlung der Klimapolitik durch die Medien wirkt sich bremsend auf die Energiewende aus, da sie ihrerseits die politische Kommunikation und Strategiegestaltung beeinflusst (Haßler 2017).

Warum der Mediendiskurs über Windenergie einer mentalitäts- und werteorientierten Analyse bedarf, verdeutlicht auch die internationale Forschung zum medialen Klimawandeldiskurs. Wie eine auf Australien, Frankreich, Indien, Norwegen, Großbritannien und die USA fokussierte Studie ergab, besteht ein weitgehender gesellschaftlicher Konsens über den anthropogenen Klimawandel. Doch der übergeordnete ‚Frame‘, also die Rahmensetzung, über die genauen Kausalitäten zwischen der langfristigen Erderwärmung und den jüngsten Naturkatastrophen sowie über die Risikoproggression über Jahrzehn-

te und Jahrhunderte ist von einem ausgeprägten Unsicherheitsdenken gekennzeichnet (Painter 2013).

Im Gegensatz dazu steht die grundsätzliche Alternativlosigkeit der erneuerbaren Energien, insbesondere der Windenergie. In der deutschen Presseberichterstattung zur Windenergie wird – auch dies zeigt sich im hier analysierten Material – das Risiko dagegen in ein abstrakteres Feld verlagert, das probabilistische Berechnungen über zukünftige Entwicklungen nicht zulässt. Mit anderen Worten: Die Windenergie muss entfesselt werden, das dafür notwendige Tempo kennt man auch. Aber, so die häufig wiederkehrende Frage der Journalist*innen: Was ist mit den inneren Landschaften der Nation? Sollen das deutsche Herz und die deutsche Heimat auf einen Windradflügel aufgespießt werden, ohne Rücksicht auf die damit verbundenen sozialen und seelischen Verluste?

Weder in der Forschung zu postfossilen Energiekulturen noch in Analysen der Medienberichterstattung über erneuerbare Energien ist ein differenziertes Bewusstsein für die kulturelle Verankerung der Windkraftdebatte erkennbar. Sowohl aus kulturwissenschaftlicher als auch aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive besteht daher ein klares Forschungsdesiderat, das im Folgenden sowohl systematisch als auch pointiert-provokatorisch adressiert wird. Damit soll das Forschungsfeld der *Energy Humanities*, diesmal mit Blick auf publizistische Windkraftdiskurse, weiter ergänzt und der bislang eher semantisch-stilistische Ansatz der ökologischen

Kommunikationswissenschaft durch eine vertiefende Fokussierung auf ideologische Denkmuster erweitert werden.

2.5 Auswahl der Primärtexte und Methoden

Quantitative Sortierung

Der Methodenmix, der hier zum Einsatz kommt, speist sich aus den Kultur- und Kommunikationswissenschaften, beinhaltet sowohl quantitative Erhebungen als auch qualitative Erkenntnisse und wurde auf die konkreten Ziele der Studie abgestimmt. In Anlehnung an typische kommunikationswissenschaftliche Datenauswertungen baut die Studie auf einer initialen quantitativen Sortierung auf. In einem ersten Schritt wurden vier Presseorgane ausgewählt, die eine gewisse Spannweite des politischen Spektrums abbilden: Der SPIEGEL und die *Süddeutsche Zeitung* (SZ) aus dem linksliberalen bzw. linksgrünen Lager, WELT und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) aus dem bürgerlich-konservativen bzw. rechtsliberalen Segment. Erstaunlich ist, dass zwar jedes der genannten Presseorgane eine etwas andere Sichtweise auf die Windenergie vertritt, über den 10-jährigen Untersuchungszeitraum jedoch immer wieder die gleichen Punkte anführt – siehe die obige Bemerkung über ständig wiederkehrenden Einwände gegen bereits fortgeschrittene klimapolitische Maßnahmen – als ob die Debatte gerade erst begonnen hätte, so dass kaum Verschiebungen oder Weiterentwicklungen in der Themenwahl und Tonalität sichtbar werden (siehe die Handlungsempfehlungen in Abschnitt 5).

Nach mehreren Auswahlritten (siehe unten) kam es zu einer Endauslese von 40 Artikeln, die im Quellenverzeichnis der Studie ausgewiesen sind. Dabei wurde nicht zwischen Artikeln unterschieden, die nur online, nur in Printform oder sowohl online als auch in Print erschienen sind, da hier nicht die Reichweite der Texte, sondern deren Inhalt im Vordergrund steht. Anhand der Datenbank LexisNexis sowie der jeweiligen eigenen Zeitungsarchive wurden einschlägige Texte aus den genannten Zeitungen und Zeitschriften nach den folgenden Kriterien erfasst:

- (1) Sie wurden zwischen dem 1. Januar 2011 und dem 31. Dezember 2021 veröffentlicht (siehe Abschnitt 2.2 für eine Begründung des Zeitraums).
- (2) Sie enthielten die Begriffe „Windkraft“ und „Wald“: Ersterer freilich deshalb, um das Thema Windkraft in den Mittelpunkt zu rücken, und Letzterer, weil schon das Vorkommen des Wortes „Wald“ auf eine komplexere Auseinandersetzung hindeutet, die über den rein informativen Gehalt, etwa zu wirtschaftlichen Trends im Energiesektor, hinausgeht und als Beitrag zur Debatte ‚Klimaschutz vs. Natur‘ zu verstehen ist. Sobald das Wort „Wald“ gefallen ist, geht es schon um den vermeintlich unästhetischen Eingriff der Windenergie in die Landschaft – also um kulturelle Werte bzw. die sinn- und stimmungstiftende Funktion von Natur im Gegensatz zur reinen Zweckmäßigkeit von Windenergieanlagen. Journalist*innen werden kaum explizit von „Werten“ und „Kultur“ oder ähnlich abstrakten Begriffen sprechen, auch wenn sie sich durchaus auf kulturelle Konstrukte wie Naturromantik,

Landschaftsnostalgie oder nationale Identität beziehen. Die Ausgangsauswahl über den Waldbegriff bringt diese kulturrainen Artikel zuverlässig ans Licht.

Die besondere Eignung von „Wald“ als Leitbegriff und Auswahlkriterium ergibt sich ferner aus zwei logischen Gedankenschritten. Aufgrund des in der Kommunikationswissenschaft bereits mehrfach festgestellten Negativitätsbias der Medien ist davon auszugehen, dass auch die Berichterstattung zum Thema Windenergie tendenziell die Nachteile dieser Energiequelle hervorhebt. Und die Landschaftszerstörung ist – neben der Rentabilität – *der* entscheidende Nachteil der Windenergie, also das Pendant zur Atomüllendlagerung bei der Kernkraft und zum CO₂-Ausstoß bei fossilen Energieträgern. Und in einem Land wie Deutschland, in dem die Onshore-Windenergie die Offshore-Kapazitäten bei weitem übertrifft, ist das sinn- und wertgebende, jetzt von Turbinenflügeln bedrohte Naturelement nun eben nicht der unverbaute Meerblick, sondern der Wald.

(3) Aus der resultierenden Artikelmasse wurde nach Sichtung der (vollständigen) Überschriften und einer ersten Einschätzung der Inhaltrelevanz eine überschaubare Anzahl von Texten herausgefiltert. Relevanz bezieht sich hier darauf, dass die Beiträge eine gewisse inhaltliche Tiefe und Breite im Kontext der Windkraftdebatte aufweisen, das heißt, dass sie deutlich über die bloße Berichterstattung zu einem einzelnen Gerichts-urteil, einem einzelnen Windkraftstandort etc. hinausgehen. Nicht alle der im Auswahlschritt

(2) ausgewählten Artikel sind in die Analyse eingeflossen, da sich in vielen Fällen nach sorgfältiger Lektüre doch nicht genügend brauchbare kulturell relevante Betrachtungen ergaben. So wurden beispielsweise aus der FAZ 33 Artikel im Detail gelesen, aber letztlich nur acht zitiert. Aus der Welt kamen 39 Artikel in die nähere Auswahl, von denen sich nur 18 als geeignet erwiesen.

(4) Darüber hinaus wurde darauf geachtet, dass die ausgewählten Artikel aus möglichst unterschiedlichen Ressorts stammen, von Politik über Wirtschaft bis hin zum Feuilleton. Denn diese eher oberflächliche Zuordnung durch die Redaktion sagt wenig darüber aus, in welcher kulturalistischen Tiefe sich die Autor*innen dem Thema widmen. Zum Beispiel hat sich ein Artikel von Stefan Aust, der am 25. Januar 2020 im Wirtschaftsressort der WELT erschienen ist, auch in kultureller Hinsicht als sehr wertvoll erwiesen.

(5) Die Artikel wurden zusätzlich nach ihrem Umfang ausgewählt, in der Regel zwischen 1.000 und 3.000 Wörtern, um möglichst viele Berichte mit Tiefgang zu erfassen, was allerdings kein striktes Ausschlusskriterium darstellte (der kürzeste Artikel umfasst knapp 180 Wörter, trifft aber genau das Thema Windenergie und Kultur).

(6) Es wurden sämtliche journalistischen Darstellungsformen analysiert, von umfangreichen informationsorientierten Artikeln über einordnende, meinungsbetonte Stellungnahmen bis hin zu Interviews, Gastbeiträgen und sogar Buchbesprechungen. Nicht, weil in der reinen Berichterstattung keine prinzipiellen Auffassun-

gen zur Energiewende zum Ausdruck kämen. Tatsächlich spiegelt fast jeder Artikel ab einer gewissen Länge die Wertvorstellungen und weltanschaulichen Prioritäten des*der jeweiligen Autor*in wider. Sondern weil pointierte, rhetorisch eloquente Kommentare, die mehr reflektieren als informieren, einen wichtigen Bestandteil der publizistischen Auseinandersetzung mit der Windenergie als Werte- und Mentalitätskonflikt ausmachen.

Zitierte Gastbeiträge sind im Fließtext als solche gekennzeichnet. In der Regel sind die Beiträge von aktiven Akteur*innen in der Debatte (Politiker*innen, Schriftsteller*innen, Konzernchefs etc.) polemisch und zugespitzt abgefasst. Der Unterschied zu ausführlichen Reportagen oder Hintergrundanalysen von Journalist*innen fällt aber nicht so drastisch aus, dass journalistische Artikel und Gastbeiträge getrennt analysiert werden müssten.

(7) Wichtig bei der Auswahl der Artikel war nicht zuletzt die rhetorische und stilistische Vielfalt der Texte. So dominiert in den informativen Berichten ein sachlicher Ton, während in vielen Gastbeiträgen ein tendenziöser Diskussionsstil gepflegt wird und andere wiederum emotional aufgeladen sind. Vor allem an den beiden letztgenannten Kategorien lässt sich exemplarisch ablesen, auf welche rhetorischen Mittel die Journalist*innen oder Gastbeitragenden zurückgreifen, um ihren Ideen Nachdruck zu verleihen, darunter unterschwellige Ironie, Wortwitz, poetische Sprache, aber auch sarkastische und überspitzte Formulierungen.

Kulturwissenschaftliche Methoden

Um den Blick auf die Energiewende als Mentalitätswandel zu lenken – und um der stellenweise durchaus lesenswerten und tiefenscharfen Berichterstattung in deutschen Presseorganen gerecht zu werden – ist es jedoch notwendig, sich mit den Argumenten der Journalist*innen intensiver auseinanderzusetzen, als es eine rein quantitative Analyse anhand von Stichwortsuchen erlauben würde. Eine qualitativ-hermeneutische Inhaltsanalyse eignet sich am besten, um die Gräben sichtbar zu machen, die eine ideologisch behaftete Debatte aufgerissen hat. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde wie folgt vorgegangen:

(a) Herausarbeitung von Subtexten

Im Kern geht es der vorliegenden qualitativ-hermeneutischen Inhaltsanalyse darum, die etwas abstrakteren Zusammenhänge zur Windenergie in den untersuchten Texten zu verstehen, insbesondere diejenigen, die Aufschluss darüber geben, warum die Windenergie in die Akzeptanzfalle geraten ist. Liegt beispielsweise in der Erhaltung des deutschen Waldes eine nationale Aufgabe? Oder: Können die Kosten des Windenergieausbaus demokratisch gerecht verteilt werden? Im Einzelnen gilt es, die vor allem indirekt transportierten Positionen hinter den objektiv erscheinenden Artikeln herauszufiltern und auf ihre subjektiven Subtexte hin zu interpretieren. Ausgehend von den Vorkenntnissen der Autorin zur literarisch-diskursiven und visuellen Darstellung der Energieträger Erdöl (Banita 2020, 2017 a/b, 2014, 2013, 2012), Kohle (Banita 2015) und Windkraft (Banita 2022) sollen nun, als logischer nächster Schritt, auch publizistische Aus-

drucksformen einer Prüfung unterzogen werden. Denn Zeitungsartikel operieren häufig mit den gleichen Begriffen und Symbolen wie Literatur, Fotografie und Film: erhabene Technikgebilde, geschundene Landschaften, bombastische Bildsprache, Mitgefühl mit den menschlichen und nichtmenschlichen Opfern der Energieerzeugung. Die bisherigen Forschungsarbeiten der Autorin haben aufgezeigt, dass Energiesysteme mentalitätsprägend für verschiedene wirtschaftspolitische und soziokulturelle Epochen waren. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Der Öl-Boom zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte fundamentale Auswirkungen auf die unternehmerische Denkweise und den ausgeprägten Individualismus des amerikanischen Charakters. Oder: Die Windenergie steht im Einklang mit einem Trend zur Verlangsamung und Achtsamkeit

in der Arbeits- und Freizeitgestaltung westlicher Nationen.

(b) Erstellung eines Motivkatalogs

Aus diesen und anderen Beobachtungen haben sich acht Motive herauskristallisiert, die als Richtschnur für die Analyse dienen: Wald, Ästhetik/Landschaft, Artenschutz, Demokratie, Kosten, Fortschritt, Nachhaltigkeit und Gesundheit (Abbildung 4). Gebildet wurden diese Kategorien zunächst durch Erkenntnisse aus den Vorarbeiten der Autorin zum Thema Windenergie (Wald, Landschaftsästhetik) und durch Problempunkte aus den Programmen der Bürgerinitiativen gegen Windenergie (Artenschutz, Demokratie, Kosten, Gesundheit). Andere Motive entstanden erst später aus der Empirie, das heißt durch die Lektüre der Artikel (Fortschritt und Nachhaltigkeit).

Abbildung 4:
Kernmotive in der Berichterstattung zur Windenergie



Quelle: Eigene Darstellung.

(c) Faktencheck

Im Hintergrund der Inhaltsanalyse findet auch eine sekundäre Prüfung statt, ob die im Text gemachten Angaben, die Beobachtungen der Autor*innen bzw. die vorgeschlagenen Alternativen zur Windkraft realitätsnah und realpolitisch umsetzbar sind. Oder etwas härter formuliert: ob die Artikel falsche oder irreführende Behauptungen zu den Defiziten der Windenergie aufstellen oder den Leser*innen absurde Luftschlösser als praktikable Lösungen für den Klimawandel unterjubeln. Dabei geht es nicht darum, Behauptungen als grundfalsch oder abwegig bloßzustellen, sondern darum, zu prüfen, ob die Inhalte und ihre Vermittlung den Ansprüchen der journalistischen Praxis und dem, was man als moralische Verantwortung bezeichnen könnte, Rechnung tragen. Auch geht es nicht um eine abschließende Abwägung zwischen Natur- und Klimaschutz – zwei Ziele, die durchaus in Konkurrenz zueinander stehen. Vielmehr stellt sich die Frage, ob die Journalist*innen mit der gebotenen Sorgfalt vorgegangen sind, um Daten, Einordnungen und Positionen fair und nach bestem Wissen und Gewissen zu kommunizieren.

(d) Bias-Check

Darüber hinaus liefert die Analyse einen Bias-Check der Presseartikel, prüft also, was ausgeklammert wird, um eine parteiische Aussage plausibler erscheinen zu lassen, und vor allem, welche Aspekte Erwähnung finden, die einer illusionsfreien und realitätsgerechten Kompromissfindung im Kampf gegen den Klimawandel besonders zuträglich wären. Gerade in der Mischung aus Sachlichkeit und Überzeugungsar-

beit transportieren die Artikel wertvolle Erkenntnisse über die Debattenkultur rund um die Windenergie und wie sich diese Diskussion in einer der wichtigsten demokratischen Diskursplattformen, den auflagenstarken Zeitungen und Zeitschriften des Landes, niederschlägt.

Aussagefähigkeit und Limitationen

Die Aussagekraft der Studie wird durch die breite Materialauswahl und die gründliche Untersuchungsmethode gewährleistet. Erstens ist die Beständigkeit der identifizierten Motive und Argumentationsmuster durch das diachrone Analyseverfahren über einen Zeitraum von rund 10 Jahren abgesichert. Zweitens spiegelt sich eine gewisse Verallgemeinerbarkeit in der Vielfalt der ausgewählten Presseorgane und der evaluierten Artikeltypen wider. Repräsentativ, wenn auch nicht im statistischen Sinne, sind die Ergebnisse auch insofern, als die Analyse die in den Zeitungen und Zeitschriften vertretenen Positionen detailliert auffächert und ihre oft problematischen Implikationen aufdröselte.

Wie alle wissenschaftlichen Untersuchungen weist allerdings auch diese Studie Limitationen auf. Obwohl darauf geachtet wurde, die identifizierten Motive mit exemplarischen Argumenten, das heißt mit immer wieder vorkommenden Thesen, zu illustrieren, haben sich doch einzelne Schwerpunkte herausgebildet, denen die Autorin besondere Bedeutung beimisst: Dazu gehören beispielsweise der nationalistische Gedanke hinter dem Appell zur Rettung des deutschen Waldes, oder die Frage der sozialen Gerechtigkeit, also die Tatsache, dass die Bevölkerungs-

gruppen, die am meisten von billigem Ökostrom profitieren – junge, diverse Stadtbewohner*innen – oft unter die Räder der Windkraft-Skeptiker*innen geraten, die lieber den Wert von Luxusimmobilien im Grünen bewahren wollen. Weiterführende Studien könnten noch mehr Aspekte in den Blick nehmen, etwa wirtschafts- und technikspezifische Themen oder auch die Resonanz der Berichterstattung bei den Bürger*innen, etwa anhand von Beiträgen in den Kommentarspalten und/oder Meinungsumfragen.

Insgesamt liefert die Analyse von Themen, Tonalität und Rhetorik der jeweiligen Zeitungs- und Zeitschriftentexte, wie sie in der vorliegenden Studie vorgenommen wurde, eine eindrückliche Chronik der Wandlungen, die das Akzeptanzniveau der Windenergie durchlaufen hat: von dem Zeitpunkt, an dem sie zum ersten Mal als wirklich plausible Alternative zur Atomkraft erschien, bis zu dem Moment, als sie schließlich für den Wandel zu einer emissionsarmen Energieversorgung unentbehrlich wurde.

3 Werte im Konflikt

Die Kategorisierung und Ausdifferenzierung dieser Chronik erfolgt durch eine Reihe von Themenblöcken. Zwar kommt es auch zu Überschneidungen und Mischformen, dominant sind jedoch die in Abbildung 4 genannten acht Motive. Weitergehende Überlegungen zum Klimawandel und/oder zur Frage, wie die Kosten der Energiewende auch im Sinne sozialer Gerechtigkeit gemeinsam getragen werden können, klingen in der überwiegenden Zahl der Artikel an. Manche der hier aufgezählten Oberbegriffe – wie Wald und Ästhetik – korrelieren deutlich mit dem Tenor konservativer Publikationen wie FAZ und WELT. Die Idee der Fortschrittlichkeit neuer Energietechnologien – verbunden mit der Vorstellung eines neuen deutschen Wirtschaftswunders – spielt eher in progressiven Medien eine Rolle. Doch die offensichtlichste Wehklage gegen die Windenergie, nämlich ihre Auswirkungen auf Naturräume und Biotop, wird quer durch alle Lager geäußert. Auch aus diesem Grund stehen Wald und Landschaftsbild an der Spitze des Motivkatalogs und werden im Folgenden als erste analysiert. Schematisch zusammengefasst verdeutlichen die Motive:

1. Keine der mit großem Elan und Kampfgeist behandelten Fragen erhält mehr Aufmerksamkeit als die des Naturschutzes, nicht nur, aber speziell mit Blick auf den *Wald*. Schließlich ist ein Drittel der deutschen Landfläche bewaldet, und die Vorstellung, dass die Bäume nun immer größeren Windrädern weichen müssten, löst bei Windkraftgegner*innen heftige Reaktionen aus.
2. Dabei wird neben der Gefahr, die Windräder für den Wald als nationales Identifikationssymbol darstellen, noch ein Bedenken geäußert: die Beeinträchtigung der *Ästhetik* vertrauter Landschaftsbilder durch optisch auffällige, scharfkantige Windturbinen.
3. Ebenfalls von zentraler Bedeutung in der Berichterstattung ist der *Artenschutz*, also die inständig vorgetragene Sorge um die Gefährdung verschiedener Tierarten, deren Habitate sich in unmittelbarer Turbinennähe befinden.
4. Inwieweit der Handlungsrahmen, der durch immer ambitioniertere Anpassungen des Erneuerbare-Energien-Gesetz abgesteckt wird, mit dem Verständnis bürgernaher *Demokratie* vereinbar ist, darüber gibt es zum Teil massive Meinungsunterschiede zwischen publizistischen Befürworter*innen und Gegner*innen einer solidarisch gestalteten Energiewende.
5. Ob die mit dem Ausbau der Windenergie einhergehenden erheblichen *Kosten* und Investitionen überhaupt vertretbar sind – und wer letztlich zur Kasse gebeten wird –, auch das ist Gegenstand kontroverser Diskussionen.

6. Auch zum neuen Technologieschub wird Stellung genommen: Braucht Deutschland nicht ohnehin mehr Antrieb und Inspiration für einen längst überfälligen industriellen *Fortschritt*? Und können innovative Windkraftanlagen vielleicht sogar zu einem deutschen Exportschlager werden?
7. Die Frage nach der *Nachhaltigkeit* bzw. der tatsächlichen Umweltbilanz der Windenergie weist über den momentanen emissionsmindernden Effekt der Windkraft hinaus: Wird mittels Windenergie der CO₂-Ausstoß reduziert, um am Ende doch nur mehr Technikschrott in die Landschaft zu streuen?
8. Viele Anwohner*innen sehen und hören gleich mehrere Drehflügler vor ihrer Haustür. Der Eindruck, dass schädliche Auswirkungen von Windparks auf die *Gesundheit* dieser Menschen allzu oft verschwiegen werden, gibt in der Berichterstattung ebenfalls Anlass zur Besorgnis.

3.1 Der deutsche Wald

Die Gewalt der Windmaschinen

Immer häufiger stechen über den Baumkronen der Wälder in Deutschland die grazilen Silhouetten weißer Rotorblätter hervor. Auch deshalb wird der Wald als Hauptleidtragender der Windkraftwende ins Feld geführt, weil er mit dem spärlich belaubten – dafür aber umso höher hinausragenden – Blätterdach der Windturbinen regelrecht zu konkurrieren scheint. Während der Naturwald durch Dürre, Brände, Stürme und

Schädlinge um 110.000 Hektar pro Jahr schrumpft (von insgesamt 11 Millionen Hektar, einem Drittel der deutschen Landesfläche), vermehren sich die Turbinen unaufhörlich (Jahberg et al. 2019). In einem WELT-Artikel ist sogar von einem „neuen künstlichen Wald der 200 Meter großen Windmaschinen“ die Rede, der über die Wipfel des unzerschnittenen Pfälzerwaldes emporragt (Guratzsch 2014). Derartige Darstellungen, die Bäume und Turbinen neben- bzw. gegeneinanderstellen, verheißen eine unheimliche Wiederaufforstung des Planeten durch technische Bauwerke, die Angst einflößen soll, in Wirklichkeit aber niemals ein Drittel der deutschen Landesfläche (also die gesamte bewaldete Landmasse) einnehmen könnte. Denn selbst wenn das Ziel der neuen Bundesregierung erreicht wird, zwei Prozent der Fläche Deutschlands für die Windenergienutzung zu reservieren – eine deutliche Steigerung gegenüber den bisher ausgewiesenen 0,8 Prozent –, ist noch unklar, wie viel davon auch windhöffig ist (ließe also energetisch nutzbare Luftbewegungen erwarten) und wie viel Waldfläche die geplanten Anlagen in Anspruch nehmen würden (Ohlenburg 2022).

Nach aktuellen Erhebungen der Fachagentur Windenergie an Land (FA Wind 2022, 18) waren Ende 2021 in Deutschland lediglich 2.274 Windenergieanlagen – acht Prozent des gesamten Anlagenbestandes – auf Waldflächen in Betrieb. Die Verteilung innerhalb der Bundesländer ist heterogen, wobei es in Norddeutschland kaum, im Süden und Westen dagegen viele Waldstandorte für die Windenergie gibt. Von den 2021 neu in Betrieb gehenden Anlagen steht rund jede

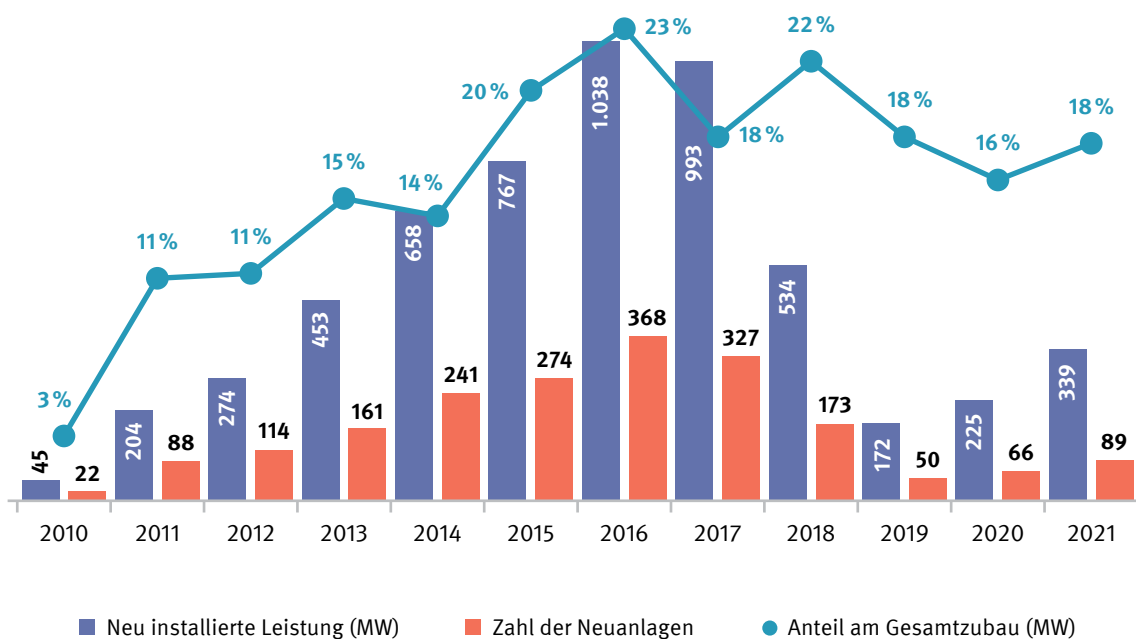
Fünfte (18 Prozent) im Wald, dieser Anteil blieb über die letzten zehn Jahre relativ konstant (Abbildung 5).

Zahlreiche kritische Berichte über den Ausbau der Windenergie bis tief in ökologisch sensible Forstgebiete hinein führen uns die ganze Dimension der Energiewende vor Augen. Auch zeigen sie, wie sehr erneuerbare Energien das, was uns lieb und kostbar ist, tatsächlich tangieren. Im erwähnten WELT-Artikel befasst sich Dankwart Guratzsch etwa mit den Plänen der Landesregierung, im Pfälzerwald Windkraftanlagen hochzuziehen – also in einem UNESCO-Biosphärenreservat, dessen Öffnung für den Windradbau

den Schutzstatus des Waldes gefährden und einen immensen Verlust für die beiden Länder (Deutschland und Frankreich) darstellen würde, auf deren Gebiet das Reservat sich erstreckt (Guratzsch 2014).

Diese besondere Lobpreisung des Waldes ist keine Marotte der konservativen Presse, sondern Ausdruck einer Sakralisierung der Natur, die der Religionswissenschaftler und Naturschützer Bron Taylor als dunkelgrüne Religion bezeichnet hat – eine spirituelle Glaubensform, die das Heilige in der Natur verortet (Taylor 2010). Die Waldlandschaft, die viele windkraftskeptische Journalist*innen so vehement bewahren wollen, ist

Abbildung 5:
Neue Windenergieanlagen in deutschen Wäldern



Quelle: Eigene Darstellung nach FA Wind (2022, 18).

eine puristisch anmutende, von der Zivilisation verschonte Leerstelle. Ein verlorenes Paradies, zu der weder Industrie noch Menschheit gehört. Eine nahezu magische Erscheinung, die als Relikt einer heilen Vergangenheit fungiert und sich von den profanen Formen der Windkraftanlagen – und den Energiegelüsten der Gesellschaft – deutlich abhebt. „Bewaldete Höhen, menschenleere Idylle, wären da nicht die Windräder am Horizont, um die 200. Sie bestimmen die Skyline, es gibt kaum ein Ort, von dem aus sie einem nicht entgegenspitzen, die Spargel mit ihren trägen kreisenden Rotorblättern.“ (Stephan 2012)

Um den Eindruck einer ökologischen Instabilität noch zu verstärken, heben viele Artikel in der WELT und FAZ das gewaltige Gewicht und die erdrückende Wucht der Windrotoren hervor: „Wie baut man die Stahlbetonmassen zurück, auf denen die Windgiganten stehen?“, fragt Cora Stephan (2012) in der WELT. „Der Windpark, das gierige Raubtier“ – lautet der Titel eines Artikels (Ring 2018), ebenfalls in der WELT, in dem zwei konträre Bilder geschickt nebeneinandergestellt werden: der idyllische Windpark als Naturreservat, in dem die Photosynthese einfach durch Windenergie substituiert wurde, und die von Kritiker*innen heraufbeschworene, Ökosysteme überfordernde Gefahr eines stählernen Waldes. So wird die Bauweise der Turbinen häufig auf eine Weise beschrieben, die blanke Gewalt suggeriert, etwa: „Wie Nadeln ragen Windräder aus der Landschaft in den Himmel empor.“ (Ring 2018)

Die Autorin, Caroline Ring, die inzwischen zwei Bücher über Bäume und Vögel in den Städten

veröffentlicht hat, schließt die technischen Bauten als Gewaltfiguren sogar in das Ökosystem der umliegenden Gebiete ein. Hier würden die Windräder vermeintlich den Rang eines Spitzenprädatoren übernehmen. Dieser interessante Vergleich zwischen einem Windrad und einem Raubtier an der Spitze der Nahrungspyramide geht, wie die Autorin anmerkt, auf einen wissenschaftlichen Artikel in der Zeitschrift *Nature Ecology & Evolution* zurück. Die Studie verglich Gebiete mit und ohne Windparks in den indischen Westghats-Gebirgen und stellte fest, dass die Turbinen Raubvögel so stark abschreckten, dass sie in Regionen mit Windparks viermal seltener vorkamen. Dies wirkte sich wiederum auf die typische Beute dieser Vögel aus, was zu einer Vermehrung von Eidechsen und zu Verhaltensänderungen bei diesen führte, die auf eine plötzlich viel geringere Raubtierdichte zurückgingen (Thaker et al. 2018). Die Studie nimmt keinerlei Bezug auf deutsche Naturräume, gleichwohl beharrt die WELT-Autorin auf einer Parallele auch zu deutschen Windparks, die durch eine sogenannte „Effektkaskade“ das umliegende Biotop aus dem Gleichgewicht bringen würden.

Derartige – oder noch explizitere – Hinweise auf die vermeintliche Gewalt der Windkraftanlagen finden sich in vielen anderen Artikeln. So zitiert der bereits erwähnte Dankwart Guratzsch in einem weiteren WELT-Bericht durchaus anerkennend die Aussage eines Aktivisten: „Die Maschinen werden immer gewaltiger und immer gewalttätiger gegen Mensch und Natur.“ (Guratzsch 2014b) Der Verfasser ergänzt nicht minder leidenschaftlich: „Die wie auf Samt-

pfoten daher kommende Energiewende erweist sich hier als geradezu gewalttätiges Projekt.“ Als Beleg dafür zieht er eine ganze Palette destruktiver Kräfte heran, die bei der Energiegewinnung entfesselt werden – von der Beseitigung ganzer Gemeinden, um Platz für die Kohleförderung zu schaffen, bis hin zu den Monokulturen, die für eine nachhaltige Energieerzeugung aus Biomasse notwendig sind.

„Das mussten zuerst die Ortschaften erfahren, die für die Braunkohle weggebaggert wurden oder, wie an Ruhr und Saar, auf der Zeitbombe nachgebender Steinkohlestollen sitzen. Das mussten die Wälder erleiden, die im sauren Regen siechten und flächig abzusterven drohten. Das offenbarte sich beim Zusammenbruch des technischen Managements der Kernkraftwerke von Tschernobyl und Fukushima. Das lauert in Abklingbecken und Castor-Behältern als das noch immer ungebändigte Gespenst des Atommülls. Das kriecht in Gestalt der Energiepflanzen über den Erdball und lässt, wo sie angebaut werden, die Wälder und die Ernährungsbasis schrumpfen.“ (Guratzsch 2014b)

Was in dieser sonst recht umfassenden Liste doch unerwähnt bleibt, sind die Umweltverseuchung, die Schadstoffbelastung und der Tod, die durch Ölförderung und -verbrauch entstehen, sowie die weitaus radikaleren Eingriffe in die Landschaft durch den Einsatz von Schwermaschinen und Sprengstoffen beim Bergbau durch Gipfelabsprengung – oder die Umweltbelastungen durch ‚neuere‘ Methoden der Erdöl- und Erdgasförde-

rung wie das Fracking. Gleichwohl bietet die Liste einen aufschlussreichen Einblick in eine in der deutschen Presse offenbar weit verbreitete Kritik der Energiegewalt. Guratzschs Aufzählung beweist jedoch auch, dass es wenig zielführend ist, die verschiedensten Formen der Land- und Lebewesen betreffende Umweltbelastung über einen Kamm zu scheren. Sicherlich sollten die Tausenden von Opfern, die an den Folgen der Explosion und der Strahlenbelastung nach der Katastrophe von Tschernobyl verstarben, nicht im selben Atemzug genannt werden wie die ökologischen Auswirkungen von Pflanzen wie Mais und Raps, die zur Bioenergiegewinnung verwendet werden.

Schon im Titel seines Artikels – „Wer Windräder sät, wird Sturm ernten; Die Energiewende verwundet ganze Landstriche. Dagegen regt sich erbitterter Widerstand“ – warnt Guratzsch davor, dass die Windkraft nun auch die letzten malerischen Refugien Deutschlands in die Fänge nehmen wird (Guratzsch 2014b). Im weiteren Verlauf des Textes wird die Metapher gnadenlos weitergesponnen. Die projektierten Windkraftanlagen seien nicht nur 200 Meter hoch, sondern „höher als der Kölner Dom.“ Man soll sich also das Grauen ausmalen, wenn die zarte Naturoberfläche durch die „grell blitzenden Riesen mit den um sich schlagenden 60 Meter langen Armen“ zerschunden wird. Und sollte dieses Bild niederträchtiger Gewalt doch nicht ausreichen, warnt der Beitrag anschließend auch vor dem, was aus dem Wald einmal werden könnte: eine „Energieplantage“, also ein Ort grober Ausbeutung, wo Pflanzen, Tiere und Menschen zu entsorgbaren Sklaven der Großindustrie degradiert werden.

Nicht nur die FAZ und die WELT zweifeln, ob die Windkraft wirklich eine naturverträgliche Energieform ist. Auch der SPIEGEL berichtet von Waldeigentümer*innen, die geschlossen gegen die Waldrotoren zu Felde ziehen, denen sie nichts weniger als „die Hinrichtung unserer mythisch bezaubernden Landschaften“ zur Last legen (Kollenbroich et al. 2021). Das Magazin lässt auch Aktivist*innen zu Wort kommen, die „Waldwege von gewaltigem Gerät zerfurcht“ sehen (ebd.). In der SZ hingegen sieht man die Gewaltassoziationen in der Beschreibung des Windkraftausbaus eher kritisch und distanziert sich von solchen Darstellungen. „Minarette taugen gerade nicht mehr als Symbol der Bedrohung. Jetzt sind der ‚böse‘ Wolf und das Windrad dran“ – heißt es in der Bildunterschrift zu einem Foto von drei bedrohlich wirkenden Windrädern, verhüllt von dünnen Dunstschwaden, die wie Rauchwolken über den Himmel ziehen und die Sonne in Nebel tauchen. Windparks würden nicht nur von Naturschützer*innen bekämpft, sondern auch von AfD-Politiker*innen, so der Artikel, und zwar mit Panikmache (Bovermann 2020).

Der Wald als Nationalsymbol

Auch über den Zusammenhang von Wald und nationaler Identität kann sowohl progressiv als auch reaktionär berichtet werden. Der Unterschied besteht darin, dass FAZ und WELT die nationale Symbolik des Waldes eher indirekt thematisieren. Ihnen geht es eher um einen kulturübergreifenden Waldmythos, während SZ und SPIEGEL diesen Stellenwert des Waldes transparent machen und sachlich reflektieren.

Was in den untersuchten FAZ- und WELT-Artikeln nur andeutungsweise herauszulesen ist – etwa, dass die großen Wälder tief in den Erzähltraditionen eines Landes verwurzelt sind – tritt in aller Deutlichkeit in der SZ zutage, beispielsweise in einem Bericht zum Bürgerprotest gegen die Windkraft in Frankreich. In dem Dorf, das dem ersten Band des Romans von Marcel Proust *Auf der Suche nach der verlorenen Zeit* als Kulissen-vorbild diente, sollen nun zwölf Windturbinen gebaut werden. Bürgerinitiativen machen gegen die „gigantischen Ventilatoren“ mobil, die den Blick auf den im Buch so häufig geschilderten Kirchturm zu verstellen drohen. Für französische Denkmalschützer*innen seien die Windkraft-räder „eine Entweihung einer der berühmtesten literarischen Landschaften der Welt“ (Pantel 2020). Eine Einschätzung, die möglicherweise auch dadurch verstärkt wird, dass der französische Windkraftsektor – im Vergleich zu den Kernkraftwerken, die über 70 Prozent des französischen Strombedarfs decken – eine eher untergeordnete Rolle spielt. Der Anteil der Windenergie an der Nettostromerzeugung des Landes betrug 2021 lediglich sieben Prozent (Zapf 2023).

Auch der SPIEGEL betont den Wert des Waldes, doch zunächst aus ganz anderen Gründen. Allein der technologische Fortschritt bei der Gewinnung erneuerbarer Energien reiche nicht aus, um Emissionen zu reduzieren. Klimaneutralität erfordere zusätzlich die natürliche Kohlenstoffbindung unter anderem durch Wälder und Moore. Das SPIEGEL-Lob des Waldes fällt dementsprechend weniger romantisch als funktionalistisch aus: „Der Wald kommt ohne den Menschen aus,

aber der Mensch nicht ohne den Wald. Er braucht ihn nicht nur als Verbündeten gegen die Erderwärmung, sondern vom ersten Lebenstag an zum Atmen. Zum Bauen, zum Heizen. Und als Rückzugsort fürs Seelenheil.“ Der Wald ist „Sauerstoffspender, Trinkwasserfilter, Zufluchtsort für gestresste Städter, Arena für Bewegungswillige, Revier für Jäger, Mekka für Naturschützer, Ressource für die Holzindustrie. Und außerdem ist er auch noch Eigentum“ (Kollenbroich et al. 2021).

Auch bezüglich der Funktionen des Waldes als Nationalsymbol geht der SPIEGEL-Artikel viel tiefer als die konservativen Windskeptiker*innen in FAZ und WELT: „Die Anhänger der Nationalbewegung feierten die dicht an dicht stehenden Bäume nach dem Sieg über Napoleon als Sinnbild von Geschlossenheit und Stärke [...]. Der Dichter Joseph von Eichendorff erhob ihn zum Gegenentwurf der kalten ‚geschäftigen‘ Welt. Caspar David Friedrich malte hochragende Bäume vor dramatischen Himmelskulissen. Romantik pur.“ (Kollenbroich et al. 2021) Das fachlich fundierte Detail, der informativ-luzide Ton sowie der ironisch-distanzierende Verweis auf die „Romantik“ solcher Projektionen entkräften teilweise das Narrativ des Waldes als idealisierend-sentimentales Emblem des Nationalstolzes. Der SPIEGEL-Autor identifiziert sich nicht explizit mit dieser nationalsymbolischen Aufwertung des Waldes. Zwar erkennt er durchaus an, dass ein solcher Diskurs existiert, stellt ihn aber – anders als die Autor*innen von FAZ und WELT – nicht in ein direktes Spannungsverhältnis zu den Zielen der Energiewende und insbesondere dem Ausbau der Windenergie.

Nationalismus oder:

Entwaldung als Volksenteignung

Ein historischer, nicht unproblematischer Zusammenhang zwischen Klima- und Umweltschutzbewegungen und konservativem bis rechtem Gedankengut ist zwar mehrfach aufgezeigt worden, unter anderem bei den ‚grünen‘ Flügeln faschistischer Parteien bis zur französischen ‚Neuen Rechten‘ (vgl. Nüchter 2012, Powell 2016). Es wird daher kaum überraschen, dass die zunehmende Abwehrhaltung gegenüber dem Vordringen der Windenergie in naturbelassene Landschaften auch in der deutschen Presse eine Renaissance des Nationalismus eingeleitet hat. Viele der von Windrädern bedrohten Standorte wurden von mehreren Journalist*innen zu nationalen Wahrzeichen stilisiert, die so etwas wie einen deutschen Heimatstolz vermitteln: das Alpenvorland bei Zugspitze, der Schwarzwald bei Etscheid. Die emsig kreisenden Rotorblätter sollen diese Gefühlsstruktur zerfleddern und zerstören. Der WELT-Autor Dankwart Guatzsch schlägt in die gleiche Kerbe wie die besorgten, von Existenzängsten geplagten Anwohner*innen, wenn er feststellt: „Der Kampf gegen Windmühlenflügel ist kein Donquichottismus gegen neue Technologien, sondern in den Augen der Betroffenen Heimatwehr.“ (2014b)

Der Begriff „Heimatwehr“ evoziert das Bild von bewaffneten Deutschen, die sich gegen fremdländische Invasionsarmeen zur Wehr setzen. Tatsächlich, wie die SZ konstatiert, lässt sich im rechtspopulistischen Diskurs ein direkter Zusammenhang zwischen Öko-Konservatismus und migrationsfeindlichen Positionen feststellen.

Dazu zitiert die Frankreich-Korrespondentin der SZ die Behauptung von Marine Le Pen, Windenergieanlagen und Migrant*innen hätten sehr wohl eine gewisse Verwandtschaft: „Alle sind sich einig,“ hetzt Le Pen, „dass man sie braucht, aber keiner will sie in seiner Nachbarschaft haben“ (Pantel 2021). Und weil Frankreich – mit seiner ungebrochenen Atomkraftfixierung – im Bereich erneuerbare Energietechnik keine Vorreiterrolle einnimmt, folgert Le Pen, dass Subventionen für die Windkraft nur „fremde Industrien“ bereichern würden. Mehr noch: Die selbsternannten Öko-Patriot*innen (wie Le Pen) messen Migrant*innen und Windrädern das gleiche Gefährdungspotenzial für die ländliche Bevölkerung zu, das sich mit dem populistischen Begriff der „unkontrollierten Zunahme“ summieren lässt. In anderen Punkten schlägt Le Pens Kritik die gleichen Töne an wie ein von Guttenberg in der FAZ: Windkraftanlagen sollen „das Gesicht unseres Landes“ und das „natürliche und erbaute Erbe Frankreichs“ zerstören (Pantel 2021). Zwar konzediert Pantel, „wie sehr die Windkraftfrage in Frankreich inzwischen als Kulturkampf ausgetragen wird“ (Pantel 2021), lässt aber bedauerlicherweise Le Pens hasserfüllte Auslassungen unwidersprochen im Raum stehen, ohne sich auch nur ansatzweise von deren Gleichsetzung von Windrädern und Migrant*innen als unliebsamen Importen zu distanzieren. Auch der SPIEGEL berichtet über populistische und rechte Verbindungen in AfD-nahen Naturschutzverbänden, stellt diese aber in den größeren Zusammenhang von Bürgerprotesten nicht nur gegen Windkraftanlagen, sondern auch gegen Photovoltaikparks, Elektroautos und die Tesla-Fabrik in Brandenburg (Götze 2020).

Die romantische Verflechtung von Forst und Volk hat jedoch noch dunklere Schattenseiten. Das Waldsterben beunruhigt Deutschland schon seit langem (vgl. z.B. Lehmann 1999), und die Gefährdung dieses ohnehin schon schwindenden Kulturguts durch die Windenergie schürt die Angst vor der Entwaldung noch weiter. Und zwar nicht nur als ökologischer Verlust, sondern auch und vor allem als graduelle ‚Volksenteignung‘, als Entzauberung des deutschen Naturerbes. Mythen, schreibt der Politikwissenschaftler Herfried Münkler (2009, S. 11), „schaffen Orientierung und Zuversicht und sind damit kognitive wie emotionale Ressourcen der Politik“. Zu diesen Mythen zählt er auch den Wald, der als eines der wenigen nationalen Symbole die Mythenfeindlichkeit der Nachkriegszeit überlebt hat, aber ideologisch kontaminiert geblieben ist. Dass dieser Gründungsmythos des nationalen Selbstbewusstseins in der Windfrage nicht kontextualisiert wird, erschließt sich nicht. Denn politische Mythen transportieren, wie Münkler anmerkt, nicht nur eine abgrenzbare kollektive Identität, sondern auch „Überlegenheitsvorstellungen und Dominanzansprüche“ (ebd., S. 13). Die Assoziationen zwischen Waldwehmut und nationalsozialistischer Blut-und-Boden-Ideologien sind also kaum verblasst. Vor allem Hermann Göring als Reichsforstmeister sah Wald und Volk als untrennbar miteinander verbunden an und setzte sich für eine nachhaltige, ganzheitliche Forstkultur ein. Und zwar in Abgrenzung zu mechanisierten Maßnahmen zur Ertragssteigerung, beispielsweise durch Monokulturen (Radkau und Uekötter 2003). Natürlich sind die Darstellungen des Waldes als erhaltenswertes

Kulturgut in der Windkraftdebatte nicht mit den germanisch-puristischen Phantasien des Dritten Reiches gleichzusetzen, aber ein Nachdenken über die politische Emotionsgeschichte des Waldes wäre in diesem Kontext angebracht.

Eine solche Betrachtung findet jedoch eindeutig nicht statt. Wenn ein FAZ-Artikel über den „Irrsinn des Rotoren-Hochwalds“ (zu Guttenberg 2012) in Wut gerät, geht es nicht nur darum, dass Deutschland im Begriff sei, seine Wälder durch unbeseelte Riesentrupps zu ersetzen. Im Gange sei so etwas wie eine Bedrohung der im Mythos Wald verankerten und verfestigten Herrschaftsansprüche des Landes, eine ‚Umwaldung‘, könnte man sagen, passend zur von rechtspopulistischen Einwanderungskritiker*innen gern bemühten „Umvolkung“ Deutschlands. Deutsche Wälder werden in diesem Narrativ von stählerne Fremdkörpern abgelöst, die auch noch höher, drohender, dominanter über die liliputanisch darunterliegende Heimatlandschaft ragen.

3.2 (Landschafts-)Ästhetik

Der Überbegriff zur Kritik an der Waldzerstörung ist die umfassendere Vorstellung einer ursprünglichen Landschaftsästhetik. Die eingangs erwähnte Analogie zu Guttenbergs zwischen Windturbinen und den metallisch-grotesken Science-Fiction-Kreaturen aus dem „Krieg der Welten“ appelliert an unseren Sinn für das Natürliche, Gesunde und Schöne. Also gilt zu Guttenbergs Angriff vor allem einer naturästhetischen Sünde, erkennbar am sinnlichen Unbehagen, das sich einstellt, wenn „nach einer Steigung auf dem

nächsten Gipfelkamm vier oder fünf von diesen Ungeheuern aus dem Nichts auftauchen“ (zu Guttenberg 2012). Dieser ausgeprägte Schutzgedanke gegenüber einer vertrauten, heimischen Schönheit stellt nach meiner Klassifizierung den zweitwichtigsten Einwand gegen die Windkraft dar.

„Invasion der Hässlichkeit“?

Schon 2013 zog die FAZ eine düstere Bilanz der ästhetischen Opfer, die Deutschland im Zuge der Windkraftwende erbringen muss: „Kein anderes Land“, heißt es dort, „wird derart von Windrädern verunstaltet“ (Bartetzky 2013). Dass das deutsche Landschaftsbild wirklich am stärksten entstellt wurde, stimmt allerdings nicht. China steht bei der installierten Gesamtkapazität an Windenergie weltweit an erster Stelle, gefolgt von den USA und Deutschland auf Platz drei (Bundesverband Windenergie 2022). Mit einer Pro-Kopf-Leistung von 727 Watt nimmt Deutschland unter den Top 10 der windstärksten Länder zwar einen deutlichen Spitzenplatz ein (Olano 2022). Dänemark hat jedoch eine noch höhere Pro-Kopf-Leistung als Deutschland und ist mit 1.070 Watt pro Einwohner*in sogar Weltmarktführer (Dänisches Außenministerium o.J.). Wenn es also überhaupt ein Land gibt, das am stärksten von Windkraftanlagen verunstaltet ist, dann eindeutig Dänemark.

Unstrittig ist hingegen, was Kritiker*innen der Windkraft unter Schönheit verstehen: organische Formen, die den Mustern und Konturen der Natur möglichst nahekommen. Etwa die sanften Wölbungen eines Hügels oder die abgerundeten

Kuppen einer Baumkrone. Dagegen bringen die schärferen Winkel eines Rotors die Harmonie der Landschaft gehörig durcheinander. „Die Energiewende“, so die FAZ, „bringt ganz Deutschland eine Invasion der Hässlichkeit. Nachdem uns die Atomenergie das Fürchten gelehrt hat, zeigt nun das anbrechende postatomare Zeitalter sein hässliches Gesicht“ (Bartetzky 2013). Hässlichkeit lässt sich in diesem Zusammenhang als ästhetisches, aber auch als moralisches Urteil begreifen. Denn was der Autor im Grunde mit der Atomfurcht vergleicht, ist nicht nur die vermeintliche Unförmigkeit eines Windrads, sondern die panikartige Umsetzung diverser Klimaschutzkampagnen ohne Rücksicht auf Verluste. „Derweil wollen uns Lobbyisten und Politiker einbleuen (sic!), dass die brachialen Eingriffe im Namen von Ressourcenschonung und Klimaschutz ‚alternativlos‘ seien. Wer sich dagegen auflehnt, gilt als weltfremder, ja verantwortungsloser Ästhet.“ (ebd.) Damit moniert der Autor nicht unschöne Windräder an sich, sondern vor allem den – seiner Ansicht nach – falschen Gegensatz zwischen altruistischer Zukunftsvorsorge (Pro Windkraft) und selbstsüchtigem Naturgenuss in der Gegenwart (Gegen Windkraft).

Wenn in der SZ von den vermeintlich unästhetischen Windrädern die Rede ist, bzw. von den Menschen, die sich mit ihrem Anblick arrangieren müssen, kommen noch andere Aspekte hinzu. „Wir können uns nicht mehr dran gewöhnen, unsere Kinder vielleicht schon“, sagt eine Anwohnerin, und das Zitat bringt auf den Punkt, dass das Schönheitsargument doch sehr ich- und gegenwartsbezogen formuliert ist, denn

in wenigen Jahrzehnten werden vielleicht ganz andere Sehgewohnheiten herrschen (Leuthner 2021).

Häufig ist aber das Schöne an sich gemeint, also im universellen sowie im identitätsstiftenden Sinne. So stimmen nicht wenige Artikelautor*innen regelrechte Hymnen auf ein „berückend schönes altes Deutschland“ an, das aus jeder Pore Vollkommenheit, Raffinesse und Tradition („Altes“) ausstrahlt. In den Augen seiner Verehrer*innen bestehe dieses Land „aus einer in Jahrtausenden gewachsenen, geformten Landschaft, einem singulären Reichtum zivilisatorischer Strukturen und historischer Substanz“ (zu Guttenberg 2012).

Ein Land der Schönheitsprivilegien

In diesem ‚alten‘ Deutschland gelten intakte Landschaften als Reichtum, sie sind aber auch Luxus der wenigen, die einen leichteren Zugang zu ästhetischen Naturkulissen genießen als andere. Interessanterweise wird in den untersuchten Artikeln, die sich mit dem ästhetischen Aspekt befassen, grundsätzlich eine gewisse Universalität der Schönheit, genauer gesagt eine universelle Wertschätzung – und damit implizit auch Zugänglichkeit – harmonischer Landschaften vorausgesetzt. Die Diskussion um die Verspargelung des deutschen Waldes blendet ökonomische Faktoren aus, was an sich nicht zu kritisieren wäre. Aber auch soziale Fragen bleiben außen vor. Von der Verschandelung der Schreber- und Hausgärten, also der Naturoasen, die in verdichteten Quartieren zu finden sind, ist nicht die Rede. Auch Menschen in dicht be-

siedelten Städten, die in hohen Häusern und an lauten Straßen wohnen, würden sich über einen regenerierenden Waldblick freuen, wenn sie ihn bezahlen könnten. Doch wie das *Handelsblatt* berichtet, geht die Schere zwischen Gutverdienern, die sich einen Erholungsurlaub im Bayerischen Wald gönnen, und Menschen, die sich nur noch einen Urlaub auf Balkonien leisten können, immer weiter auseinander (Schlautmann 2023, vgl. Kleinhüchelkotten et al. 2016). Wem fällt zuerst auf, dass sich zu den alten Bäumen des deutschen Waldes neuere, stählerne Mammutbäume mit nur drei Ästen hinzugesellt haben?

In den Klagen über den Einzug von hässlichen Windkraftanlagen in die Wälder und majestätische mittelalterliche Innenstädte schwingt also auch ein Wohlstandsgefälle und eine gewisse Klassenarroganz mit. Ein Gefälle zwischen solchen Arealen, die von der Baukunst der Windturbinen verschandelt werden dürfen – also „Gewerbegebiete, Industriereviere, Siedlungswüsten und geplante Autobahnbrachen“ – und den gesellschaftlich wertvolleren „Kernregionen deutscher Geschichte und Kultur“ (zu Guttenberg), die zugunsten der Besserverdienenden geschont werden müssen. So gut und zukunftsweisend die Windkraft auch sein mag, Turbinen-Untaten dürfen in die Wohn- und Urlaubsorte der Wohlhabenden keinesfalls vordringen. Obwohl diese in der Regel klimaschädlicher leben als Menschen mit geringem Einkommen (Kleinhüchelkotten et al., 2016).

„Dieses Elendsbild eines besetzten, seiner selbst beraubten Landes“ (zu Guttenberg 2012)

beschäftigt manche Journalist*innen dermaßen, dass sie nebst der Planeteninvasion durch Marsmaschinen auch noch einen innerdeutschen Konflikt herbeischreiben: den zwischen einem bereits eroberten Norden und dem noch weitgehend unversehrten Bayerischen Wald und Alpenvorland. Denn nicht jedem deutschen Naturgebiet kommt derselbe Stellenwert zu: Das norddeutsche Flachland genießt offenbar eine geringere Wertschätzung als die erhabene bayerische Naturkulisse, die aus Sicht des fränkischen Dirigenten zu Guttenberg für „die prägenden Sichtachsen, die großen Perspektiven unseres Landschaftsbildes“ (ebd.) stehe.

Und wo wir schon bei ästhetischen Aspekten sind, drängt sich die Frage auf, ob die Artikel über die durch Windräder geschädigte Schönheit des Waldes auch adäquat abgebildet sind. Als Blickfang nutzen die Zeitungen doch eher unscheinbare dpa- oder sogar AdobeStock-Fotos, deren anonyme Ausstrahlung in keinem Verhältnis zur überbordenden Waldliebe der Autor*innen steht. Nur ganz selten, wie im Fall des eingangs abgedruckten, zur Krieg-der-Welten-Metaphorik passenden Motivs, stehen die Bilder in direktem Bezug zum Inhalt des Artikels. Und wenn ein solcher Bezug besteht, dann werden meist Fotos von Windkraftanlagen und Vogelzügen verwendet, da es meist um die Gefährdung von Greifvögeln und Fledermäusen durch Windenergieanlagen geht (mehr dazu in Abschnitt 3.3, „Artenschutz“).

Umso bildhafter wirken dagegen die poetischen Einleitungssätze von Artikeln mit Titeln

wie „Windkraft gegen Artenschutz“ (Unbekannt 2021): „Schon von Weitem sind die Silhouetten der Riesen zu sehen. Hinter der letzten Kurve zeichnen sie sich mit ihren über 200 Metern Höhe dann scharf gegen den wolkenverhangenen Himmel ab.“ Eines steht also fest: Eine Szene, in der Windräder zu sehen sind, unterliegt unweigerlich deren Bann und absoluter Oberhoheit. Denn sie reißen das Auge des Betrachters ruckartig nach oben, ob man nun will oder nicht. Eine Bewegung, die mit ihrem lautlosen, trägen Herumkreisen irritierend kontrastiert – und mit zu Guttenbergs geschichts- und bevölkerungshierarchischer „Sichtachse“ als Schlüsselmerkmal „seines“ Deutschlands.

Der neue Antihumanismus

Eigentlich müsste eine solche Beschreibung von Rotorblättern vor dem Hintergrund einer dichten Wolkendecke auch dazu animieren, ein Wort über das Klima zu verlieren, und sei es nur, um den Zusammenhang zwischen dem Ausbau der Windenergienutzung und dem Klimaschutz zu verdeutlichen. Denn ob effizient oder nicht, ob unästhetisch oder anmutig, immerhin handelt es sich bei der Windkraft um eine der wichtigsten Waffen der Menschheit im Kampf gegen den Klimawandel mit seinen unvorhersehbaren und oft verheerenden Naturereignissen. Stattdessen widmen sich viele Artikel lieber den Landschaftsschützer*innen, die, weit davon entfernt, die Klimakatastrophe zu fürchten, lieber die Windmühlen unter Beschuss nehmen. „Widerstand formiert sich“, heißt es in der FAZ, „wenn der Kampf gegen den Klimawandel vor der eigenen Haustür beginnen soll“ (Unbekannt 2021). Wird auch der

Klimawandel vor der Haustür der Windkraftgegner*innen haltmachen? Es ist schon erstaunlich, wie oft diese „Not in my backyard“-Haltung unkommentiert durch die Zeitungen geht, als sei es völlig legitim, sich in erster Linie um das eigene Haus zu sorgen, nicht aber um die Häuser vieler anderer Menschen, vor allem in Küstennähe.

Was hier erfolgt, ist eine extreme Fetischisierung der Naturästhetik im Gegensatz zur ‚technischen Erhabenheit‘ der Windkraftinfrastruktur – auch wenn eigentlich klar sein sollte, dass die natürliche Eleganz auch deutscher Wälder in nicht allzu ferner Zukunft durch unberechenbare Klimabedingungen zerstört werden kann (und bei weiterem Nichthandeln auch wird). Es ist verständlich und gerechtfertigt, dass der eine oder andere Artikel der Schönheit der Natur, die die Windkraftanlagen zumindest ‚neu erfinden‘, besondere Aufmerksamkeit schenkt. Aber der kumulative Effekt dieser Fokussierung in vielen Artikeln schlägt in weniger nachvollziehbare Bahnen um. Denn der Naturraum als solcher oder allenfalls als ästhetisches Erlebnis wird als absolut wertvoll in den Vordergrund gestellt, ohne nennenswerten Bezug auf seinen menschlichen Nutzwert und grundsätzlich ohne große Sorge um die klimabedingte Gefährdung von Millionen Menschenleben. Eine kürzlich in der Fachzeitschrift *Nature Communications* veröffentlichte Studie ergab, dass der Klimawandel bis zum Jahr 2100 zu 83 Millionen zusätzlichen Todesfällen führen wird (Bressler 2021).

Dass gerade der Themenkomplex ‚Naturschönheit‘ in der Berichterstattung zur Windenergie

einen vergleichsweise so hohen Stellenwert einnimmt, weit mehr als die so genannten „Mortalitätskosten“ der fossilen Gesellschaft (Bressler 2021) – also die bedrohten Leben und Existenzen vieler Menschen in akuter Klimagefahr – mag im nicht unmittelbar bedrohten Deutschland nicht verwundern. Es zeugt aber auch (a) von einem verzerrten Blick auf die eigentliche Abwägung in der Klima- und Energiedebatte: zwischen den Belangen der Anwohner*innen in Turbinennähe und dem Gemeinwohl, also auch dem Wohl der Anwohner*innen selbst, wenn auch etwas zeitversetzt. Und (b) von der fehlenden Einsicht, dass es ohne Abstriche nicht möglich sein wird, das Ruder in der Klimapolitik herumzureißen.

Um diese Haltung zu beschreiben, kann auf Naomi Kleins Begriff des „neuen Antihumanismus“ zurückgegriffen werden, mit dem die Autorin die menschenfeindliche Gleichgültigkeit konservativer und rechter Gruppierungen gegenüber den Folgen des Klimawandels für die Erdbevölkerung beschreibt (Klein 2012). Dadurch soll den Verfasser*innen dieser naturzentrierten Artikel nicht vorgeworfen werden, individuell menschenfeindlich zu denken, es macht jedoch bewusst, wie die Extremform der von ihnen vertretenen Haltung betitelt und beschrieben wurde.

Einer der lesenswertesten – und erfrischend anthropozentrischen – Gastbeiträge, den die WELT in diesem Zusammenhang veröffentlicht hat, stammt vom damals noch grünen Oberbürgermeister Boris Palmer. Seine Ausführungen hinterfragen den Aufruf von Waldschützer*innen, endlich innezuhalten, bevor die

heimische Landschaft dem großtechnischen Zukunftsprojekt Wind geopfert wird. Die „Alternative, nämlich auf alle Anlagen zur Bereitstellung von Energie zu verzichten,“ schreibt Palmer, „ist unmenschlich“ (Palmer 2014). Dann stellt er die bestrickende „ästhetische“ Logik der Windkraftkritik auf den Kopf: Nein zur Windkraft, schön und gut. Aber nicht-erneuerbare Energieträger wie Kohle und Öl würden mit ihren hohen Treibhausgasemissionen und Umweltverschmutzung nicht nur ganze Naturschutzgebiete belasten, sondern auch groteske Naturgebilde hinterlassen – „eher Mondlandschaften als ästhetischen Genuss.“ Dabei wägt Palmer also nicht zwischen reinen Landschaften und Turbinen-Groteske ab, sondern zwischen visuell belastenden und nicht so belastenden Energierohstoffen: „Ich muss nicht lange überlegen, um mich bei dieser Wahl für den Anblick von Windrädern zu entscheiden.“ Die Windkraft wegen ihrer optischen Auswirkungen abzulehnen, hält Palmer für unverantwortlich gegenüber künftigen Generationen. Und er geht besonders hart mit jenen ins Gericht, die ihre Naturverbundenheit erst dann entdeckten, als ihnen in direkter Nachbarschaft plötzlich ein Windrad aufgefallen ist.

Eine elitäre Debatte?

Auch die Journalist*innen der progressiven Zeitungen zeigen sich befremdet über die Tendenz, Windkraftanlagen als optische Störfaktoren aufzufassen. Als Beweis für die nicht zu unterschätzende Grazilität von Windenergieanlagen wird etwa in der SZ die Begeisterung vieler Kunstschaffender für Windmühlen angeführt. „Wind-

mühlen sind ein erstaunlich ergiebiges Sujet in Kunst und Literatur – vor allem in Anbetracht der Tatsache, dass Windrotoren heute vielen als ästhetisch unzumutbar gelten.“ (Weiß 2019) Der Kurzartikel, dem das Zitat entstammt, endet mit einem knappen Verweis auf die Gesetzesvorgabe, die einen Abstand von 1 km zwischen Windkraftanlage und Wohnbebauung vorschreibt. So bleibt die wichtige Frage unbeantwortet, inwiefern die genaue Entfernung, aus der man Windkraftanlagen wahrnimmt – also der exakte Abstand, der sie eher liebenswert oder eher abstoßend erscheinen lässt – ausschlaggebend auch dafür sein wird, wie zügig die Energiewende weiter voranschreitet.

Während traditionell-konservative Beiträge dazu neigen, das Schöne in der Natur mit kulturellem Erbe und nationalem Identitätsgefühl zu verknüpfen, hat für progressivere Stimmen die Schönheit der Natur einen rein ästhetischen Wert – im Sinne von Kunst um der Kunst willen, von geistigem Genuss. Was genauso weltfremd daherkommt wie die Vorstellung, dass sich die Deutschen noch heute mit germanischen Waldlandschaften identifizieren. Viele Artikelverfasser*innen in der SZ und SPIEGEL begreifen schöne Landschaftsbilder (seien sie nun natürlich oder technisch-industriell) als eine Erscheinung, die insbesondere das künstlerische Schaffen inspiriert.

Diese Fokussierung auf ästhetische Aspekte trägt auch zu einer Elitisierung der Debatte bei. Die Stimmen der gebildeten Schichten, die mit den Windmühlengemälden eines Rembrandt oder

Monet vertraut sind, werden stärker gewichtet als die eher ‚profanen‘ Anliegen der Menschen, die Windkraftanlagen zum Beispiel wegen der damit verbundenen Schaffung von Arbeitsplätzen befürworten. Der auch in der SZ prominent zitierte Satz von Botho Strauß, Windräder würden angeblich „die Auslöschung aller Dichter-Blicke der deutschen Literatur“ und ihrer „tiefgreifenden Erinnerungsräume“ herbeiführen, spricht nicht gerade für eine klassenbewusste Diskussion (Etscheid 2016).

„Transformatoren einer neuen Ära“

Nun könnte man einwenden, dass nicht nur Künstler*innen und Schriftsteller*innen, sondern auch ‚normale‘ Bürger*innen das Schöne genießen können, sind sie doch nicht permanent von materiellen Sorgen um die Zukunft ihrer Arbeitsplätze geplagt. Um die Energiewende für anspruchsvolle Kunstgenießer*innen als auch Naturliebhaber*innen, aber auch für engagierte Bürger*innen im Kampf gegen den Klimawandel sowie für qualifizierte Arbeitskräfte attraktiv zu machen, hat die SZ eine ganz einfache Lösung parat. Und diese rüttelt am scheinbaren Widerspruch zwischen einem *schönen* Leben, das vermeintlich mit dem Genuss von Landschaftsbildern verknüpft sein soll, und einem *nachhaltigen* Leben, das in puncto Naturerlebnis anscheinend gewisse Abstriche machen muss, um den Planeten auch für kommende Generationen bewohnbar zu machen. Warum kann ein nachhaltiges Leben nicht auch schön sein? „Die Energiewende muss ästhetischer werden“, titelte die SZ entschlossen und zuversichtlich im August 2021 (Matzig 2021).

Anhand eines futuristischen Windrads, das als „Nachhaltigkeitsspektakel“ im Hafen von Rotterdam gebaut werden soll, hinterfragt der Verfasser des Artikels die voreilige Etikettierung zukunftsfähiger Architekturen als grundsätzlich unästhetisch. Windkritische „Stadtbildbewahrer“ und „Landschaftsbildbewahrer“ seien in überholten „Sehgewohnheiten“ gefangen, könnten aber durch emblematische Sinnbilder vielleicht doch noch für eine Schönheit begeistert werden, die – anders als bei Kant, der Schönheit als unabhängig von Nützlichkeit oder Moral definiert – durchaus von ihrer Zweckmäßigkeit geprägt ist. Zu diesen Bedeutungsträgern des postfossilen Zeitalters gehören auch Windräder, die als „Transformatoren einer neuen Ära“ in Szene gesetzt werden. „Vielleicht benötigt die Energiewende, deren faktische Grundlage ausreichend belegt ist, nicht noch mehr Fakten. Sondern mehr Augenschein. [...] Zeichen der Hoffnung und Architekturen des Versprechens.“ (Matzig 2021)

Für eine erfolgreiche Energiewende durch Windkraft bedarf es also weit mehr als leistungsfähiger Ingenieurstechnik. Auch wird dieser Wandel nicht allein aus klimapolitischer Notwendigkeit heraus einfach über Nacht stattfinden. Motivierend und elektrisierend wäre hingegen die „Überzeugungskraft der Form“, die der Artikelverfasser in einem „futuristischen Manifest 2.0“ konkretisiert sehen will (Matzig 2021). Ein vielversprechender Ansatz, der zugleich aufzeigt, was den journalistischen Analysen der Windenergie nur allzu selten gelingt, nämlich die Herausarbeitung einer Reihe nachvollziehbarer

Grundsätze für ein erneuerbares Zeitalter: Entschleunigung, Achtsamkeit, eine neue dekarbonisierte Naturästhetik und eine entsprechende Neuverhandlung unseres eigenen Platzes auf der Welt.

Frankens denkmalschonende Energiewende

Bei aller Begeisterung für die futuristischen Formen von Windturbinen ist es wichtig – so die scheinbar einhellige Ansicht –, dass der Windkraftausbau in geordneten, möglichst natur- und kulturrumschonenden Bahnen verläuft. Dazu gehört auch, dass man zuerst andere Eignungsflächen in Betracht zieht, bevor man sich ausgerechnet an einem Biosphärenreservat oder am Ausblick auf denkmalgeschützte bzw. -würdige Bauten (wie dem Proust'schen Kirchturm) vergreift. Die oft beschworenen Kulturlandschaften bezogen sich schon zu Beginn der medialen Debatte um die Energiewende sowohl auf Naturräume als auch auf erhaltenswerte, denkmalgeschützte Bauwerke.

Und doch fällt es schwer, denjenigen Stimmen Glauben zu schenken, die sich gegen die Vorrangstellung von Windkraftanlagen als essentiellen Infrastruktureinrichtungen positionieren und sich stattdessen für die Priorisierung eher fragwürdiger „Kulturgüter“ einsetzen. So beklagt ein WELT-Artikel, dass die Pirmasenser Denkmalschutzbehörden, anstatt für den Erhalt von schutzwürdigen Objekten zu sorgen, einige im Jahr 1938 erbaute Immobilien abreißen (Guratzsch 2014). Also Gebäude aus einer Zeit, die vor allem für brutale Pogrome gegen Jüdinnen und Juden in Erinnerung geblieben ist. Man

könnte den weiteren Ausbau der Windenergie eventuell auch zum Anlass nehmen, genauer abzuwägen, was wirklich schützenswert ist, und was vielleicht doch lieber Solaranlagen oder Windrädern weichen sollte.

Die natur- und denkmalorientierte Kritik an der Windkraft beruft sich aber nicht nur auf die Kulturjuwelen einer Rheinland-Pfalz, sondern vorzugsweise auf den Freistaat Bayern, wo Denkmäler dicht gesät sind und Naturschönheit ein Kernstück des regionalen Kulturerbes ausmacht. Sollte es jemals einem Bundesland tatsächlich gelingen, dem angeblichen Wildwuchs von Windrädern und dem vermeintlich blinden Aktionismus der Energiepolitik die Stirn zu bieten, dann nur Bayern. „Bei Windrädern bemüht man sich“, merkt ein FAZ-Artikel zum bajuwarischen Sonderweg geradezu begeistert an, „die bisherige zerstörerische Willkür bei der Standortwahl durch ein besser geordnetes und behutsames Vorgehen abzulösen, das zum Beispiel auf Sichtbeziehungen Rücksicht nimmt“ (Bartetzky 2013). Dabei begrüßt man ein Projekt des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege, das die denkmalgeschützte Kulisse des Freistaats bis ins Kleinste kartieren soll. Der damals noch in Erarbeitung befindliche Denkmalatlas liegt inzwischen vor und attestiert dem Freistaat in der Tat eine erstaunliche Häufung „landschaftsprägender Denkmale“ (Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege 2023). Der Atlas zeigt zum Beispiel, dass im Landkreis Bamberg, in dem es mehr Denkmäler gibt als im Landkreis Bayreuth, auch weniger Windenergieanlagen (35) installiert sind als im Landkreis Bayreuth (50).

Der nördliche Teil Bayerns, Franken, könnte im Mediendiskurs allerdings die doppelte Rolle des traditionsbewussten und trotzdem ökologisch weitsichtigen deutschen Naturjuwels übernehmen. So bietet der Landesteil als malerische Naturkulisse voller bedeutender Bauwerke nicht nur das perfekte Terrain, um Natur-, Denkmal- und Klimaschutz im Idealfall in Einklang zu bringen. Wie die FAZ erfreut, wenn auch etwas verfrüht, bemerkte, sieht der fränkische Energienutzungsplan auch tatsächlich einen rücksichtsvollen Umgang mit denkmalgeschützten Altstadt-kernen vor (Bartetzky 2013). Was Städte wie Iphofen in Unterfranken folglich einer Verschandelung der Dachlandschaft mit Solarmodulen vorziehen, sind örtliche, regenerative Energiequellen. Dazu kommen kleinteilige Lösungen, die im Endeffekt auf eine heimische und „heimliche“ Energiewende abzielen, deren optische Folgen sich im Alltag also wenig bis gar nicht zeigen. Es ist kaum verwunderlich, dass eine konservativ ausgerichtete Zeitung wie die FAZ, die schon häufig gegen die Unschönheiten der Energiewende polemisiert hat, nun diejenigen erneuerbaren Infrastrukturen gutheißt, die praktisch nicht sichtbar sind. Hohe Anerkennung erntete 2013 in der FAZ etwa das Biomasse-Heizwerk von Iphofen, unter anderem für seinen nachwachsenden Brennstoff, Holzhackschnitzel aus dem Stadtwald (Bartetzky 2013). Hier tut sich allerdings ein Widerspruch auf: Da Stahlwindräder die schönen Frankenwälder verspargeln würden – so der „heimische“ Ansatz – sollen nun organischere Alternativen wie Stadtwaldholz Vorrang haben; aber auch diese kommen nicht ohne Rodung aus (stören allerdings die Waldoptik weniger.)

Darüber hinaus zeigen weitere Presseberichte, dass von einer harmonischen Entwicklung der fränkischen Windenergie – zumindest im Hinblick auf die Erhaltung der landschaftlichen Schönheit – trotz des Energienutzungsplans noch nicht die Rede sein kann. Die FAZ verfolgt das Geschehen mit Besorgnis. Im „malerischen Taubertal in Unterfranken“ verläuft die „Romantische Straße“, die „älteste und beliebteste Ferienstraße Deutschlands“, vor Schönheit strotzend, in selbiger Unkenntnis der bevorstehenden Katastrophe. „Denn drei Kilometer flussabwärts droht Ungemach, initiiert durch die Windkraft-Pläne der Nachbargemeinde“ – die ihre Windräder vermeintlich aus niederer Gesinnung dicht an der Grenze aufstellen will. Die Stimmung zwischen den zwei Dörfern sei „reichlich vergiftet. [...] Wo früher Frieden herrschte, regiert heute die Zwietracht“ (Kloepfer & Fuchs 2015).

Im März 2021 öffnete Iphofen seine Altstadt des Weiteren doch noch für Photovoltaikanlagen. Nur zaghafte und nur dort, wo „der Denkmalwert eines Gebäudes nicht beeinträchtigt wird“ (Lenz 2021). Dennoch setzte die Stadt damit ein starkes Signal gegen gestalterische Argumente und gab Grund zu der Annahme, dass auch in kultursensiblen Gebieten Stromautarkie und Klima-Verantwortung nach und nach ästhetische Ansätze gegen die Erneuerbaren überwiegen werden.

3.3 Artenschutz

Die markantesten windkraftkritischen Positionen speisen sich aus dem Bekenntnis zu einer nicht verhandelbaren Artenschutzpflicht. „Wind-

kraftanlagen sind nicht nur Geländefresser“, stellt ein FAZ-Artikel fest. „Sie sind zudem hoch-effiziente Geräte zur Vernichtung von Vögeln und Fledermäusen.“ (zu Guttenberg 2012) Dieser und ähnliche Artikel setzen die durch Windenergie getöteten Tiere in Deutschland allerdings nicht mit tierischen und menschlichen Opfern des Klimawandels ins Verhältnis. Mit keinem Wort wird beispielsweise die ungleich höhere Zahl verkohlter Tiere, darunter Koalas und Kängurus, sowie durch die Flammen getöteter Menschen erwähnt, die schon 2009 (Verghis 2019), also einige Jahre vor zu Guttenbergs Artikel, und seither immer wieder den immensen Buschbränden in Australien zum Opfer fielen. Was hier eindeutig zum Ausdruck kommt: Die ‚heimischen‘, durch die Infrastrukturen zur erneuerbaren Stromerzeugung getöteten Vögel und Fledermäuse haben einen höheren Stellenwert als die ‚ausländischen‘ Menschen und Tiere, die an den Folgen des Klimawandels zugrunde gehen. Tatsächlich stellt der Fokus auf die diversen Storch- und Falkenarten, „die vom Sog der Windräder einge-zogen und buchstäblich zehäckselt werden“ (zu Guttenberg 2012) eine wirksame kritische Taktik dar. Die Auswirkungen des Klimawandels auf die globale Artenvielfalt werden gänzlich ausgespart, bei gleichzeitiger Fürsorge und biologische Ausführlichkeit im Hinblick auf die hierzu-lande bedrohten Lebewesen.

Um eine noch stärkere Wirkung zu erzielen, stellt ein anderer FAZ-Bericht das Schicksal einzelner Tiere in den Vordergrund, und zwar mit einem Pathos, das die abstrakteren Vorstellungen von einer langfristig größeren Gefahr für *alle* Tiere –

sollte der Kampf gegen den Klimawandel an Fahrt verlieren – effektiv überlagert. Allein schon der knappe Vermerk, dass die niedersächsischen Bestimmungen zum Artenschutz „auf den Erhalt der ganzen Art zielen und nicht auf den Schutz des einzelnen Tieres“ (Germis 2021) reicht aus, um das Bild eines verwaisten, schutzbedürftigen Vögelchens hervorzurufen, auf dessen Einzelschicksal das Gewinnkonzept des Windgeschäfts keinerlei Rücksicht nimmt. Zwar liegen den Artikelautor*innen keine konkreten Zahlen vor, auf die sie ihre Analyse der Gefährdung von Vogelarten durch Windkraftanlagen stützen können. Und sie räumen selbst ein, dass bisher nur wenige einschlägige Untersuchungen unternommen worden sind. Dennoch zeichnen sie ein Bedrohungsszenario, das selbst bei geringeren Opferzahlen Beunruhigung stiften soll: „Wie es den Zugvögeln ergeht, die jährlich über ein Gebiet

ziehen, das von immer mehr und immer höheren Rotoren verstellt wird, weiß noch niemand. Bei 1600 Windsammlern wären zwei tote Vögel pro Jahr eine bedrohliche Strecke.“ (Stephan 2012)

Zwischen den Anfangsjahren der Debatte um Windenergie und Artenschutz, vor allem Vogelschutz, und den neueren Medienberichten zu diesem Thema haben sich allerdings die illustrativ verwendeten Fotos verändert: von schlichten, generischen Bildern von Windrädern hin zu Aufnahmen, auf denen Turbinen und Vogelschwärme gemeinsam zu sehen sind, oft aus einem Winkel, der die Vögel in unmittelbarer Rotornähe erscheinen lässt. Auch die Bildunterschriften haben es in sich. „Das ging noch mal gut: Wildgänse vor einem Windrad“ lautet die Beschreibung eines Fotos von Windrad und Wildgänsen in einem FAZ-Artikel (Geinitz 2022, vgl. Abbildung 6).

Abbildung 6:

Beispielhafte Fotografie in einem kritischen Artikel der FAZ zum Zusammenhang von Artenschutz und Windkraft



Quelle: Entnommen aus Geinitz (2022). © dpa. Alle Rechte vorbehalten.

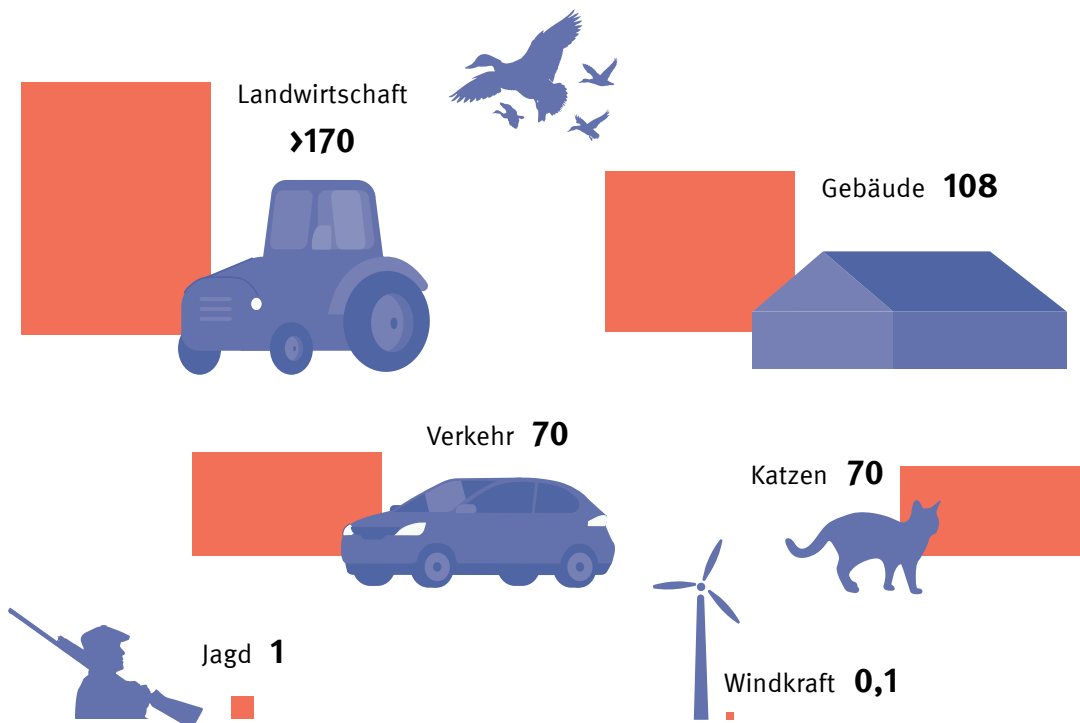
Für Befürworter*innen der These, dass Windkraftanlagen Vogelmörder sind, werden die Statistiken mit den Jahren immer ernüchternder. In den USA schätzen Studien die Zahl der durch Windkraftanlagen getöteten Vögel auf 100.000 bis 450.000 pro Jahr, was im Vergleich zu der Zahl der Vögel, die durch Kollisionen mit Gebäuden (etwa 1 Milliarde pro Jahr allein in den USA) und Katzen (etwa 1 bis 4 Milliarden in den USA) getötet werden, verschwindend gering ist (Birdfact 2022). Jüngste Untersuchungen aus Frankreich belegen, dass eine Windkraftanlage im Durchschnitt sieben Vögel pro Jahr tötet, was einem Anteil von einer von 10.000 unfallbedingten Vogeltötungen entspricht (*The Brussels Times* 2022). Der Naturschutzbund Deutschland

hat errechnet, dass von den Millionen jährlich in Deutschland getöteten Vögeln nur 0,1 Millionen durch Kollisionen mit Windenergieanlagen sterben – gegenüber 170 Millionen durch die allgemeine Landwirtschaft oder 70 Millionen durch den Verkehr (Rueter 2021, vgl. Abbildung 7).

Das ist nicht unerheblich, aber auch weniger verheerend, als die oben genannten Artikel suggerieren. Wissenschaftler*innen betonen außerdem, dass die Auswirkungen von Windkraftanlagen auf den Vogelbestand räumlich sehr begrenzt sind und daher in den meisten Fällen vermieden, verringert oder kompensiert werden können – Kontextinformationen, die in den untersuchten Artikeln jedoch keine Erwähnung finden.

Abbildung 7:

Anteil der Windkraft am Vogelsterben in Deutschland im Vergleich (Tod & Verlust in Millionen Tieren pro Jahr in Deutschland)



Quelle: Eigene Darstellung nach Rueter (2021).

Äußerst spärlich, ja teilweise irreführend, fallen in den windkritischen Zeitungsberichten die Angaben zum Anlagenbau in Wasserschutz-zonen II – das heißt im Gelände in der Umgebung der Wasserfassung bis zu einer Breite von 100 Metern – aus. So behauptet die WELT, es handele sich hierbei um einen Verstoß gegen geltendes Gesetz; die Zeitung blendet jedoch die speziellen Bedingungen aus, unter denen solche Bauvorhaben durchaus genehmigungsfähig sind. Aus dem Zusammenhang gerissen wirkt ferner die Tatsache, dass „demnächst Schneisen durchs Biosphärenreservat geschlagen und Wege geplant“ werden „für die tonnenschweren Laster, die bis zu 200 Meter hohe Metalltürme auf die Höhenzüge schleppen sollen“ (Wetzel 2014) wie ein glatter Rechtsbruch. Durch diese bewusst selektive Berichterstattung entsteht der Eindruck einer plan- und kopflosen Energiepolitik – vom gleichen Verfasser als „Wildwuchs der Windspargel“ betitelt –, so dass die immer wieder gern angeführten Namen der Bürgerinitiativen („Vernunftkraft“, „Vernunftwende“) eine umso stärkere Wirkung entfalten.

Fragwürdig ist dabei auch die unkritische Wiedergabe in der WELT der von Bürgerinitiativen bemühten, stark vereinfachenden Slogans wie „das Wohlergehen der Menschen, die Schonung von Natur und *Lebensraum* und den Erhalt der wirtschaftlichen Basis“ (Wetzel 2014, meine Hervorhebung). Dass Lebensraum in diesem engeren Zusammenhang die Habitate verschiedener Insekten- und Vogelarten bezeichnet, steht außer Frage. Dennoch schwingt hier auch die historisch vorbelastete Bedeutung des Begriffs

„Lebensraum“ mit, geht es diesen Bürger*innen implizit doch auch um den Erhalt *ihres* (also des deutschen) Territoriums, und nicht etwa um den Schutz von klimabedrohten Inselbevölkerungen im fernen Ausland. Denn, wie wir im gleichen Bericht über eine vom ‚Bündnis Energiewende für Mensch und Natur e.V.‘ initiierte Petition erfahren, lautet der Aufruf, der in der Bevölkerung auf Resonanz stoßen soll: „Schützen Sie *unsere* Menschen, *unsere* Natur und Umwelt gegen diesen derzeitigen Windradwahn.“ (Wetzel 2014, meine Hervorhebung)

Gerade um ebensolche Vorwürfe der Artengefährdung zu entkräften rekurren auch die Energiekonzerne – zumal in der Art und Weise, wie sie sich nach außen präsentieren – auf ein eher traditionelles, also auf Arten- und Naturschutz abstellendes Ökologieverständnis. Wenn ein solches Unternehmen mit einem Bild wirbt, auf dem ein kleines Mädchen und ihr Bambi zu sehen sind, so verweist es auf die Zukunft unserer Kinder bzw. der jungen Generation im Allgemeinen und auf das Überleben der Tierarten, für die in der Gegenwart möglicherweise einzelne Tiere geopfert werden müssen. Skeptiker*innen würden einwenden, dass Rehe kaum durch Windräder bedroht sind und das Plakat weniger gut funktioniert hätte, wäre das Mädchen stattdessen neben einem Schwarzstorch zu sehen gewesen – denn diese Vögel verenden ja immer wieder in den Rotorblättern. Der WELT-Artikel, der auf dieses Bild Bezug nimmt, höhnt: „Denn was erzeugt ein modernes Energieunternehmen heute? Nicht nur Wärme und Strom, nein: Zukunft. Und das alles ist gut für die Natur.“ (Stephan

2012) Klar ist, dass dieser Artikel nicht eine solche, vermeintlich werbetechnisch ‚konstruierte‘ Zukunft, sondern die Gegenwart favorisiert. Und damit nicht die drohende Erderwärmung, die in einigen Gebieten zu einem Artenverlust von 50 Prozent führen wird (Warren et al. 2018), sondern die neun Rotmilanbrutpaare, die in den letzten 15 Jahren unter die Windräder gekommen sind, aus einem Bestand von 10.000 (Stephan 2012). Der leicht sarkastische Unterton des Artikels lässt vermuten, dass die Autorin diesen geringen Zahlen skeptisch gegenübersteht, aber sie kann keine alternativen Statistiken anführen.

Im Gegensatz dazu beziehen sich windtolerante Zeitungen – wenn sie überhaupt auf die Gefahr von Windkraftanlagen für Tierarten eingehen –, nicht auf einzelne betroffene Tiergruppen oder einzelne Tiere. So plädiert die SZ etwa nicht direkt *für* eine Fauna gefährdende Windenergie, also als Gegenpol zu den Pro-Artenschutz-Argumenten in konservativen Zeitungen. Vielmehr werden in der SZ neue Konfliktlinien aufgezeigt zwischen einer ökologisch unerlässlichen Energiewende und der ökologisch nicht minder essentiellen Aufgabe, die Artenvielfalt zu schützen. Und somit auch davor zu bewahren, dass Industrieunternehmen hierzulande immer mehr Naturräume der menschlichen Erholungsnutzung entziehen (Ritzer 2021).

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass der Artenschutzgedanke in der Kritik am Ausbau der Windenergie auf drei – mitunter auch unbewussten – Ebenen operiert. Erstens dient die Fokussierung auf einzelne bedrohte

Vogelarten und einzelne getötete Vögel als emotionales Mittel der Kritik an Windkraftanlagen und ihren Betreiber*innen bzw. Befürworter*innen. Zweitens knüpft der Appell zum Erhalt der Artenvielfalt an die Vorstellung eines Primats deutscher Lebensräume an. Nichtheimische Arten, die durch den Klimawandel akut gefährdet sind, werden als nachrangig präsentiert. Und drittens werden in den Artikeln Statistiken instrumentalisiert, um den Eindruck einer vogelschreddernden Windkraftindustrie zu zementieren, ohne diese Zahlen kritisch zu hinterfragen oder mit anderen Statistiken in Beziehung zu setzen, die den Leser*innen einen belastbaren Referenzrahmen bieten könnten.

3.4 Demokratie

Ein anderer Themenkomplex, der sich durch den Artikelkorpus zieht, ist der Konflikt zwischen Einzel- und Gemeinschaftsinteressen. Eine demokratische Energiewende setzt voraus, dass die Entscheidungen über das Tempo der Wende die Interessen aller Bevölkerungsgruppen integrieren und die Lasten der Umsetzung solidarisch getragen werden. Eine schwierige Diskussion, denn diese Aushandlung findet im Schatten einer sich anbahnenden globalen Transformation statt, über die nicht abgestimmt oder verhandelt werden kann: dem Klimawandel. Zwei Aspekte stehen im Folgenden im Mittelpunkt: (1) die als ungleich wahrgenommene Lastenverteilung zwischen verschiedenen sozialgeographischen Gruppen, zum Beispiel Stadt und Land, und (2) der Top-down-Ansatz, mit dem die Politik den Ausbau der Windenergie vorantreibt.

Stadt, Land, Strom

Es ist sicherlich keine leichte Abwägung zwischen einerseits dem Recht deutscher Dorf- und Kleinstadtbewohner*innen, ohne den kreisenden Schatten der Rotorblätter zu leben, und andererseits den Rechten der Mehrheit der Weltbevölkerung, die in Städten lebt (57 Prozent, Statistisches Bundesamt 2023) auf nachhaltige Energieerzeugung. Hinter den Argumenten einiger Artikelautor*innen – und der Bürgerinitiativen – verbirgt sich möglicherweise die Sorge, dass Bürger*innen, die aufs Land gezogen sind, um der Enge und Hektik der Städte zu entfliehen, sich nun mit immer schneller aus dem Boden schießenden Windkraftanlagen konfrontiert und in ihrem Selbstbestimmungsrecht beschnitten sehen. Während die Politik im ländlichen Raum auf infrastrukturelles Wachstum setzt – mehr Schulen, Arztpraxen, Bushaltestellen usw. (Hafert 2022) – gehören Windkraftanlagen nicht gerade zu den Wunschvorstellungen des infrastrukturell schwachen ländlichen Raumes.

Auch scheint in den Artikeln ein gewisser Stadt-Land-Konflikt durch, zwischen den industrialisierten und ‚kultivierten‘ Großstädten, also den sogenannten Gewinnern der Energiewende, und ihren vermeintlichen Verlierern, den ländlichen und naturnahen Kommunen, die am meisten unter der neuen Infrastruktur zu leiden haben, die zur Versorgung der stromverschlingenden Ballungszentren errichtet wird. In den Worten des Journalisten Dankwart Guratzsch: „Betroffen sind überall Ortschaften, so klein, dass keiner sie kennt. Denn die Ausschlusskriterien für Windräder – Rentabilitätsschwelle, Mindestab-

stand zu Siedlungen, Straßen, Krankenhäusern, Flugplätzen, Kulturstätten, Naturschutzgebieten et cetera – bewirken, dass typischerweise nur 0,5 bis zwei Prozent der Fläche der jeweiligen Bundesländer für die Windmühlen genutzt werden können. Deshalb richtet sich die Begehrlichkeit der Energieerzeuger auf die Nischen – und damit auf die letzten unberührten Naturrefugien überhaupt.“ (2014b) Für den Autor hat es daher den Anschein, dass im Zuge der Energiewende das eher unsichtbare Transitland zwischen den Großstädten zu Gunsten der deutschen Großindustrie und des urbanen Lifestyles geopfert werden soll. Viele der FAZ- und WELT-Beiträge über einzelne von Windkraftanlagen betroffene Ortschaften lesen sich tatsächlich wie ein ABC deutscher Kleinstädte, allerdings stehen mittlerweile auch in größeren Städten wie Karlsruhe (Schütt 2019) und Freiburg (Lutz 2021) etliche Windräder.

Kritik der ‚Klima-Diktatur‘

In den wenigsten Diskussionen in der WELT und FAZ über die Windkraft und ihre Auswirkungen auf Umwelt und Anwohnerschaft wird auch nur angedeutet, was bei der Energiewende überhaupt auf dem Spiel steht, also die Verhinderung eines rasanten Klimawandels. Stattdessen drängt sich der Eindruck auf, dass hier ein Staat aus rein wirtschaftlichem und politischem Gewinnstreben willkürlich beschließt, unzählige Windturbinen quasi über Nacht in die Landschaft zu pflanzen. Eine eigenartige Interpretation, zumal es mehr als zweifelhaft ist, ob „die großen Existenzfragen der Landeskultur“ (Guratzsch 2014) wirklich die Brisanz der Fra-

ge übertreffen, ob und wie lange eine – uns und anderen Lebewesen gewogene – Erde noch existieren wird.

Für die FAZ ist der Glaube an die Windenergie eine rein politisch aufoktrozierte Ideologie, gegen die man geflissentlich eine Gegenmacht aufbauen muss. Im Tauziehen zwischen Industrie, Politik und Genehmigungsbehörden einerseits und der Bevölkerung andererseits gehe es um nichts weniger als um die Selbstbestimmung des deutschen Volkes. „Die Zahl der Bürgerinitiativen in Deutschland gegen Windkraftprojekte ist auf mehr als 1.000 gewachsen“ (Ashelm 2019), jubelte die FAZ. Zum einen stimmt diese Zahl nicht (siehe oben), zum anderen werden die Argumente dieser Initiativen nur knapp erwähnt bzw. impliziert und nicht näher beleuchtet. Hier leistet schon der Begriff ‚Bürgerinitiative‘ – als Gegenpol und Korrektiv zum vermeintlichen Regierungs- bzw. Industriediktat – semantische Schwerarbeit. Denn er wird generell im öffentlichen Diskurs häufig im Zusammenhang mit dem kommunalen Widerstand gegen verschiedene industrielle Großprojekte wie die Südlink Stromtrasse oder die Tesla Gigafactory in Brandenburg verwendet, soll in diesem engeren Kontext also den Ausbau der Windenergie in die Nähe anderer industrieller Megaprojekte rücken.

Es fällt schwer, manchem FAZ-Artikel sein Interesse an demokratischer Mitbestimmung zugute zu halten, wenn er der sogenannten Volksmeinung so unreflektiert eine intrinsische, geradezu absolute Legitimität zuspricht. So zitiert ein mit der Überschrift „Aufstand gegen die Windkraft“

versehener FAZ-Artikel (ebd.) einen häufig erhobenen Einwand gegen die Windkraft – „Der Lärm der Windräder mache krank“ – und lässt unwidersprochen gelten, dass eine angeblich große Zahl wissenschaftlicher Studien diese Vermutung bestätigt. Zwar haben Bürgerinitiativen tatsächlich häufig Gesundheitsbedenken als Argument gegen Windparks angeführt, doch die Beweislage für ihre Behauptung ist recht dünn. Außerdem leben viel mehr Menschen in der Nähe von Windparks, als sich den Protest-Initiativen angeschlossen haben. Warum sollten die Meinungen von Anwohner*innen außer Acht gelassen werden, die sich nicht durch den Lärm gestört fühlen und vielleicht sogar an den Erlösen der Windparks beteiligt sind, wie in nicht wenigen Gemeinden der Fall?

„Zugleich“ – konstatiert der Verfasser mit unverhohlener Entrüstung, „wehren Umweltschutzverbände und Verbraucherschutzorganisationen alle Bedenken ab, während sie in der Debatte um zu hohe Abgaswerte im Straßenverkehr auf die Barrikaden gehen und Fahrverbote erzwingen“ (Ashelm 2019). Doch der Vergleich greift zu kurz, aus zwei Gründen. Zunächst einmal sind lang- und kurzfristige Zusammenhänge zwischen CO₂-Emissionen aus dem Straßenverkehr und Gesundheitsschäden – anders als die negativen Folgen der Turbinengeräusche – hinreichend belegt und absolut unstrittig. Zweitens geht es im Kampf gegen zu hohe Treibhausgase und Luftschadstoffe ausschließlich um diesel- und benzinbetriebene Autos, nicht aber um Elektrofahrzeuge, die Menschen und Umwelt zwar weniger belasten, dafür aber Strom verbrauchen, der

wiederum aus der zunehmenden Erzeugung von Windenergie gewonnen wird.

Die Ängste der betroffenen Anwohner*innen vor einer undemokratischen Benachteiligung umfassen auch ihre Besorgnis über einen Wertverlust turbinennaher Immobilien von bis zu 100 Prozent. Auch hier schlägt sich die FAZ auf die Seite der betroffenen Bürger*innen, verzichtet allerdings auf jeglichen Nachweis, dass beispielsweise ein bestimmtes Wohnhaus nach dem Bau einer Windkraftanlage in der Nähe weit unter Wert verkauft wurde im Verhältnis zu dem, was es ohne das Windrad nebenan eingebracht hätte. Den von Anwohner*innen behaupteten oder vermuteten Auswirkungen von Windenergieprojekten auf die Immobilienpreise stehen dementierende Studien von – wohl befangenen – Energieagenturen gegenüber. Mit Ausnahme einer einzigen kontroversen Studie gibt es keine Belege dafür, dass Windenergieanlagen die Werte der umliegenden Wohnimmobilien beeinflusst hätten, wohl aber mehrere Studien, die diesen Effekt widerlegt haben (Europäische Energiewende 2020b).

Eine besondere Sensibilität für die wirtschaftlichen Turbulenzen der Energiewende legt die FAZ auch dahingehend an den Tag, dass die Zeitung im Aufschwung der Windenergie weniger eine begrüßenswerte Wende hin zu einer regenerativen Energieform sieht, als reine Geldmachelei. Und mit dem Fokus auf Finanzen geht auch ein geschärfter Blick auf Gewinnende und Verlierende einher: „Die einen verpachten ihr Land teuer an die Windkraftbetreiber. Die anderen

fürchten den Preisverfall ihrer Häuser“ – verkündet ein FAZ-Artikel unter der Überschrift „Windkraft spaltet die Dörfer“ (Kloepfer & Fuchs 2015). Die FAZ stellt hier also nicht die Investitionskosten der Windenergie in den Mittelpunkt – die wohl alle, die eine Stromrechnung zu bezahlen haben, gleichermaßen mitfinanzieren –, sondern das Privatvermögen einzelner Immobilienbesitzer*innen. Es sei mal dahingestellt, dass ein Wertverlust von turbinennahen Immobilien bisher noch nicht nachgewiesen werden konnte: Hier wird also gefragt, wem das große Geld winkt und wer um sein Hab und Gut geprellt wird. Damit hat die Zeitung leichtes Spiel, einen gesellschaftlichen Konflikt aufzuspüren, den sie anschließend genüsslich ausschachtet. Genau aus diesem Bündel von Emotionen – Gier, Missgunst und Unrechtsbewusstsein – bezieht die FAZ die ihrer Ansicht nach ‚negative Energie‘ der Windkraft. „Die Windenergie emotionalisiert die Menschen“, heißt es dort, „sie entzweit sie – und gesellschaftliche Gefüge, die eigentlich mal gut funktioniert haben, zerbrechen.“ (ebd.)

Eigeninteresse vs. Allgemeinwohl

Zwei unterschiedliche Demokratieverständnisse stehen hier im Raum: Das eine entspringt der Enttäuschung und Wut von Windkraftgegner*innen über einen empfundenen Ausschluss aus dem politischen Diskurs, das andere räumt auch künftigen Generationen ein Mitspracherecht ein, die sich in Zukunft – durch die wahrscheinlich ungleich verteilten Auswirkungen des Klimawandels – ausgegrenzt und diskriminiert fühlen könnten. Einem FAZ-Interview mit dem damaligen RWE-Chef Rolf Schmitz wird die lapidare

Überschrift „Windkraft an Land ist praktisch tot“ verpasst, obgleich der Satz in einem Abschnitt auftaucht, in dem sich der Interviewte kritisch und mit interessanten Argumenten über die mangelnde Akzeptanz von Windkraft an Land äußert (Astheimer & Bündler 2020). Schmitz schlussfolgert, dass Onshore-Windkraft in Deutschland deshalb zum Scheitern verurteilt ist, weil zu viele Bürger*innen sich mehr Gedanken über die subjektiv gefühlte Optik einer Anlage machen als über die Vorteile der Branche insgesamt: „Alle sind für Wind und sauberen Strom, aber die Anlagen sollen irgendwo stehen, wo sie keiner sieht, und schon gar nicht in der Nähe des eigenen Hauses. *Da steht Eigeninteresse häufig vor Allgemeinwohl.*“ (ebd., meine Hervorhebung)

Ein WELT-Bericht zitiert – ohne weiterführende Hintergrundinformationen und implizit zustimmend – die steile These, dass mit der Nennung von Windparks unter den privilegierten Bauvorhaben des Baugesetzbuches die Politik die Rechte des Einzelnen (hier: der Großgrund- und Waldbesitzer*innen) den Kollektivrechten ganzer Gemeinden vor Ort aufgeopfert habe (Wetzel 2014). Dabei wird übersehen, dass ein energiebezogenes Gemeinwohlargument nicht erst bei der Windenergie zur Anwendung kommt. Aus zwingenden Gründen des Gemeinwohls konnten schon Tagebaubetreiber Grundabtretungen durchsetzen. (Damit ist zukünftig wiederum Schluss, denn das Gemeinwohl erforderte angesichts des Klimawandels den Kohleausstieg).

Keine der untersuchten Pro-Windkraft-Organe, SZ und SPIEGEL, prangert Bürgerbeteiligung aus-

drücklich als Hemmschuh an. Die SZ bescheinigt ihr eine wichtige demokratische Funktion, selbst wenn sie die Umsetzung von Großprojekten erschwert und die Kosten in die Höhe treibt. Dennoch hinterfragt sie die genauen Gründe für den erbitterten Protest gegen von der Allgemeinheit eigentlich schon positiv bewertete Initiativen in der Klima-, Verkehrs- und Energiewende. Die Bürgerinitiativen gegen die Windkraft, stellt man in der SZ fest, werden vielerorts von immer mehr vermögenden Hausbesitzer*innen angetrieben, die mit der altbekannten Gruppe der deklassierten und verunsicherten „Wutbürger“ ein gewisses Misstrauen gegenüber dem Staat, seinen Institutionen und der Politik teilen. Bei so vielen Investitionsprojekten, die ausgerechnet in strukturschwachen Regionen auf lokaler Ebene torpediert werden, steht für den Autor außer Frage, dass Deutschland nicht in einer Demokratiekrise, sondern „im Modernisierungstau“ feststeckt (Ritzer 2021).

Insgesamt zieht sich also die Diskussion um das Wesen der Demokratie – vor dem Hintergrund des Klimawandels und des dafür notwendigen massiven Infrastrukturwandels – als Schlüsselthema durch die Berichterstattung. Dabei werden Debatten über den sozialen und politischen Stadt-Land-Graben neu belebt, oder vielmehr die Vorannahmen der Journalist*innen zu diesem Spannungsverhältnis offengelegt. Die Demokratie-Frage fördert auch schwelende Unrechtsvorstellungen darüber zutage, wer beim Ausbau der Windkraftinfrastruktur profitiert und wer nicht. Und sie macht deutlich, wie paradox es sowohl für Windkraftbefürworter*innen als

auch -skeptiker*innen sein kann, das Totschlagargument des ‚Gemeinwohls‘ als Moralkeule zu schwingen, um sich in der Debatte eine Position zu erkämpfen, aus der auch sie persönlich, sei es als Anwohner*in oder Konzernchef*in, Vorteile ziehen.

3.5 Kosten

Politisch gewollte Mehrkosten

Dass umweltbewusste Kritiker*innen der Windenergie Stimmung gegen wirtschaftliche Profiteure machen, dürfte keine Überraschung sein. Man darf ja nicht vergessen, dass sich ökologische Zielsetzungen ursprünglich gegen die wirtschaftliche Ausbeutung von Naturräumen durch Großkonzerne richteten – im Energiesektor etwa durch Exxon, Shell, oder BP, durch Siemens und AEG (als Kraftwerk Union AG) in Deutschland (vgl. u. a. Klein 2014, Graf 2014, Lieb 2022). Da also die Naturschutztradition anfänglich von einer konzernfeindlichen, antikapitalistischen Rhetorik getragen wurde, sorgt der Investitionsaufschwung im Energiesektor vor allem bei Umweltaktivist*innen der ersten Stunde zwangsläufig für Unmut. Doch auch die sonst wirtschaftsfreundliche, einer wachstumskritischen Agitation ganz unverdächtige FAZ wirft mit Begriffen wie „Goldgräberstimmung“ und dem „schnellen Reibach“ (zu Guttenberg 2012) um sich. Der Artikelverfasser, der bayerische Naturschützer zu Guttenberg, betrachtet die Situation allerdings aus der Sicht des Freistaats, wo das Wohlstandsniveau pro Kopf bundesweit am höchsten ist. Es kann also schon sein, dass für viele Menschen in

diesem Bundesland Naturreichtum mehr wiegt als Geldrendite. Es steckt also mehr als stilistische Überzeichnung in diesem FAZ-Artikel, der in Windkraftanlagen nichts als „die Riesentotems eines Kults der unbegrenzten Energie, die Fetische des Wachstumsglaubens, die Verkünder einer Religion des merkantilen Hochmuts“ (zu Guttenberg 2012) zu erkennen glaubt. Das wohlhabende Süddeutschland kann sich einen solchen wachstumskritischen Ansatz durchaus leisten. Und das passt zu dem bereits erwähnten Aspekt, dass Naturschönheit nicht zuletzt auch eine Frage des Privilegs ist.

Die Folge: Was auch immer als ökonomische Begründung für den Umstieg auf die Windenergie angeführt wird, ist jede Logik allein schon deshalb verdächtig, weil sie von der regenerativen Energiewirtschaft, also diesem zweifelhaften Moloch ökonomischer Profitmacherei, vorgebracht wird. Bei der Erwähnung der Gefahr eines „dramatisch voranschreitenden Klimawandels“ weist ein FAZ-Artikel darauf hin, dass die Urheber*innen dieser Kritik an der „Verweigerungshaltung einzelner Kommunen“ nicht etwa selbstlose Kämpfer*innen für die Rettung des Planeten seien, sondern der Lobbyverband Erneuerbare Energien (Germis 2021).

Mit den vermeintlich exorbitanten Kosten der Windkraftanlagen geht auch der Eindruck einher, dass der Staat über das immer wieder aktualisierte Erneuerbare-Energien-Gesetz unvertretbar hohe Subventionen bereitstelle. Schon 2015 berichtete die FAZ von den Plänen der Bundesregierung, die Windkraftförderung

zurückzufahren, und unterstellte, die Energiewende in Deutschland hänge letztendlich am Tropf unfinanzierbarer Umlagen. Und das soll als Beweis dafür gelten, dass der Ausbau der Windenergie „politisch so gewollt“ sei (Kloepfer & Fuchs 2015) – also das Gegenteil dessen, was sich organisch aus marktwirtschaftlichen Gesetzen heraus entfalten könne. Hier ließe sich einiges einwenden. Erstens: Laut einer Studie des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme sind Photovoltaikanlagen und Onshore-Windenergieanlagen unter allen Kraftwerkstypen die Technologien mit den durchschnittlich niedrigsten Stromgestehungskosten in Deutschland – also den Kosten, welche für die Energieumwandlung von einer anderen Energieform in elektrischen Strom notwendig sind (Kost et al. 2021). Und wenn es um Energiesubventionen geht, steht nicht die Windkraft an erster Stelle, sondern der Atomstrom. Wie die *Berliner Zeitung* vor dem Hintergrund der Laufzeitverlängerung für deutsche Atomkraftwerke in der aktuellen Energiekrise betonte: „Ohne staatliche Subventionen würde auf der ganzen Welt kein einziges AKW mehr gebaut werden.“ (Brunnengräber 2022) Zweitens: Die Tatsache zu verkennen, dass energiepolitische Lenkungsziele grundsätzlich bei der Umsetzung gesellschaftlicher Aufgaben eine Rolle spielen, also eine strikte Trennung von Staat und Marktgeschehen nicht plausibel ist, oder die Rolle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes als staatlichen Dirigismus abzuqualifizieren, zeugt nicht von einem besonders differenzierten analytischen Blick auf die Entwicklung der Windenergie in Deutschland.

Die WELT blickt zwar über den Tellerrand hinaus auf andere europäische Länder, tut dies aber nicht, um Zukunftsperspektiven aufzuzeigen, sondern um fehlende Überlandleitungen und Speicherlösungen – etwa für die Nutzung von Offshore-Windstrom aus der Irischen See oder Solarstrom aus Griechenland – zu beklagen (Evert 2011). Genau dieser europaweite Netzausbau, so der häufig zitierte damalige EU-Kommissar für Energie, Günther Oettinger, solle vorrangig durch politisch gewollte Strompreiserhöhungen finanziert werden, und nicht etwa die regenerative Energie, ausgerechnet in den letzten Naturrefugien des Bayerischen Waldes (Evert 2011).

In einigen der untersuchten Artikel werden zwar Behauptungen aufgestellt, die nicht ganz zutreffend sind, aber in vielen Fällen werden die verborgenen Kosten der Windenergie überzeugend dargelegt. Etwa durch Informationen darüber, zu welchem Prozentsatz die Stromübertragungskosten (also nicht nur die direkten Produktionskosten) die Rechnung des Endverbrauchers belasten. Insbesondere bei wetterbedingten Stromüberschüssen und der darauffolgenden drohenden Überlastung der Leitungsnetze entstehen durch die notwendigen Gegenmaßnahmen, die die Drosselung einiger Kraftwerke mit der Erhöhung der Stromeinspeisung anderer Kraftwerke zum Schutz der Netze koordinieren (sogenannte Redispatch-Maßnahmen, vgl. Bundesnetzagentur 2021), besonders hohe Kosten. Immerhin zeigen diese kostspieligen Effekte, warum es beim Ausbau der Windenergie nicht nur darum geht, wie viele oder wie hohe Anlagen aufzustellen sind, sondern auch um die Erweite-

rung der Hochspannungstrassen zwischen Nord- bzw. Ostdeutschland und dem Süden.

Zu beachten ist auch die Diskussion darüber, wer am Ende für den finanziellen Aufwand der Windenergie geradestehen muss. Erst im späteren Verlauf der hier behandelten Zeitachse finden sich in den untersuchten Medien deutlichere Aussagen über die finanziellen Belastungen der Bürger*innen – teils auch deshalb, weil auch die Politik inzwischen etwas offener dazu Stellung nimmt. Wenn die WELT 2021 den grünen Ministerpräsidenten Kretschmann mit der Aussage zitiert, nicht die Bundesregierung, sondern „die Investoren und Bürgerinnen und Bürger“ werden die Hauptlasten tragen (Crolly 2021), bestätigt die WELT also abermals, was das Blatt seit etwa 2015 verbreitet. Nämlich, dass die Energiewende spätestens mit dem Auslaufen staatlicher Subventionen zu einem teuren Vergnügen werden könnte. Denn, wie ein WELT-Artikel schon 2012 suggerierte: „[W]omöglich entpuppen sich die Betonmassen als ein weiterer Irrtum der Geschichte. Oder der Politik.“ (Stephan 2012)

Natürlich werden die Kosten der Windenergie nach Auslaufen der Subventionen auf die Anlagenbetreiber und die Verbraucher*innen umgelegt, aber wie bereits erwähnt, bleiben diese Kosten überschaubar, zumindest preislich wird die Windenergie für die Verbraucher*innen immer attraktiver. Dass damit auch das Risiko einhergeht, in eine Technologie investiert zu haben, die in 50 oder 100 Jahren möglicherweise nicht mehr rentabel ist, dürfte klar sein, gilt aber auch für jede andere Technologie, mehr noch: Unren-

tabel geglaubte Infrastrukturen wie die Eisenbahn werden derzeit wieder populär und profitieren von massiven Investitionen. Hier zeigt sich wieder eine Tendenz zur ‚Risikoaversion‘ in der Berichterstattung, über die zum Schluss noch einmal zu sprechen ist – und die aber umgekehrt für die Risiken des Klimawandels in den untersuchten Medien nicht festgestellt werden kann.

Und dennoch wäre es verfehlt, zu behaupten, die WELT stehe der Windkraft ausnahmslos ablehnend gegenüber. Denn sie vertritt auch jene in der FAZ so vehement gegeißelte Position der Industrieprofiteure, die sich – aus Sicht der FAZ-Artikel – angeblich auf Kosten von entmündigten Hausbesitzer*innen an der Windenergie bereichern wollen. In der WELT wird dieses Profitstreben jedoch eher im Sinne eines gesellschaftlichen und nicht eines persönlichen Gewinns dargestellt.

Auch beim Thema Kosten kommt es also zu einer vom Demokratiedanken geprägten Abwägung zwischen privater und kollektiver Wertschöpfung. Soll der Energiewandel von jedem Einzelnen mühsam überstanden, oder doch gemeinsam als Nation meisterhaft vollbracht werden, als eine Nation, die – nach der Wiedervereinigung und der Finanz- bzw. ‚Migrationskrise‘ – zum wiederholten Mal unter Beweis stellen soll, was alles möglich ist, wenn alle an einem Strang ziehen?

Globale Ungleichheit

In den gesichteten Artikeln zeichnet sich ein erbitterter Kampf um Deutungshoheit hinsichtlich der Rolle Deutschlands im globalen Wettlauf gegen den Klimawandel ab. Die eine mediale

Strömung favorisiert einen national-lokalen, auf das Notwendigste beschränkten Ansatz, der die Notwendigkeit großflächiger Windenergiegebiete in Deutschland grundsätzlich in Frage stellt. Eine andere Fraktion setzt auf eine innovative „denkmal- und landschaftsfreundliche Gestaltung“ der Windenergie, die zu einem veritablen „Exportschlager“ für Deutschland avancieren könnte. Und ein weiterer Trend begrüßt den Umstieg auf die Windenergie als moralische Verpflichtung aller Erdbewohner*innen und längst Realität gewordene Dimension einer nachhaltig geprägten *conditio humana*.

Globale Aspekte beim Ausbau der Windenergie kommen indes nur selten zur Sprache, und wenn, dann eher unreflektiert. Es mag zwar für die Anwohner*innen des Pfälzerwaldes undenkbar erscheinen, ausgerechnet in einem Biosphärenreservat Windräder zu errichten – und die WELT zitiert schon mal gerne die Beobachtung, dass niemand in Ayers Rock oder an den Niagarafällen Windkraftanlagen aufstellen würde (Guratzsch 2014b). Doch was sich zunächst ganz vernünftig anhört, erweist sich als weitaus kontroverser, wenn man bedenkt, dass es tatsächlich Biosphärenreservate gibt, wo die Windenergie bereits Einzug gehalten hat (zum Beispiel das rumänische Donaudelta). Außerdem wirkt es nicht gerade vorbildlich, über die wunderbaren Standorte zu schwärmen, die in Deutschland durch die Windkraft in Mitleidenschaft gezogen werden, wenn die Bundesrepublik schon seit Jahrzehnten fossile Energieträger importiert, deren Abbau in Ländern wie Russland, den USA, Nigeria oder Kolumbien schlimme Verwüstungen anrichtet.

Ausführlich zitiert die WELT auch die pessimistischen Einschätzungen des für seine kritische Haltung gegenüber der deutschen Energiewende berüchtigten damaligen EU-Energiekommissars Günther Oettinger (die Oettinger unter anderem auf ein von der föderalen Staatsordnung begünstigtes Defizit an Gemeinsinn zurückführt), insbesondere seine Prognose zur Modellwirkung der deutschen Energiewende im europäischen Kontext: „Einige EU-Staaten verlassen sich weiterhin auf die Kernenergie. Es wird Nachrüstung und auch Neubau von Atomkraftwerken in Europa geben. Die deutsche Energiewende wird nur eingeschränkt Nachahmer finden.“ (Gaugele 2014)

Soziale Gerechtigkeit

Für die SZ stellt sich das Problem etwas anders. Im Mittelpunkt stehen dabei weniger die großen Gewinnmargen der Energiekonzerne als vielmehr die Vorteile derartiger Investitionen für die Arbeitnehmer*innen, darunter viele, die durch die Stilllegung von Bergwerken und die Abkehr von fossilen Brennstoffen abgehängt worden sind. Hier werden Fortschritt und Reichtum auf eine Art und Weise verknüpft, die auf die Bedürfnisse und Interessen einer ganz anderen Bevölkerungsgruppe Rücksicht nimmt: nicht auf diejenigen, die auf die Straße gehen, um sich über Ästhetik und kulturelle Landschaftsbilder aufzuregen, sondern auf die Arbeiterschicht, die auf Arbeitsplätze angewiesen ist, um die Miete zu bezahlen. In solchen Artikeln ist Infrastruktur kein Schimpfwort, sondern der einzige ökologisch und sozial gerechte Weg vorwärts (Ritzer 2021).

Wenn Georg Etscheit in der SZ voller Häme über Energielandschaften herzieht und dabei anmerkt, dass Windparks ausgerechnet in Regionen gebaut werden, die „bislang von den ärgsten Folgen der Industrialisierung verschont geblieben sind“, lässt er tief in die Kulturgeschichte des fossilen Brennstoffabbaus in Deutschland blicken, eine Geschichte, die nicht zuletzt deshalb in Vergessenheit geraten ist, weil sich ihre Spuren auf weniger privilegierte – weil ärmere und migrantischer geprägte – Ecken des Landes auswirken (Etscheit 2016).

3.6 Fortschritt

Der Gegensatz liegt klar auf der Hand: zwischen der rauen Landschaft und den „gigantischen weißen Masten“ (Etscheit 2016a, 13), die sie nach und nach überwuchern wie Schiffe das Meer; zwischen den wuchtigen Turbinentürmen – „jeder für sich hoch wie ein Fernsehturm“ (ebd.) – und den steinalten Dorfkirchtürmen, die sie regelrecht zwergenhaft wirken lassen. Hier prallen Archaik und Tradition auf Techno-Moderne und Zukunftsdenken. Ganz im Sinne der konservativen Prägung der FAZ urteilt auch ein dort erschienener Artikel, dass die Energiewende einem „blinden Fortschrittsglauben“ verfallen sei, der bereits in den 1960er Jahren erhaltenswerte Altbauten mit Asbestplatten zugemauert habe (Bartetzky 2013). Nun seien diese Platten von Styropordämmschichten abgelöst worden, die – so die stillschweigende Annahme – später einmal als Folge einer unreflektierten, nicht nur wirkungslosen, sondern geradezu gesundheitsschädlichen Massenhysterie entlarvt werden sollen.

Zu einer „klimagerechten Transformation unserer Industriegesellschaft“ (Vassiliadis 2019) gehöre auch der technologische Fortschritt, erklärt der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie in der WELT. Statt also nur die Klimaziele des Pariser Abkommens einhalten zu wollen, biete es sich an, den Industriestandort Deutschland „zum Innovationsmotor klimagerechten Wirtschaftens“ avancieren zu lassen. Eine Hebelwirkung im Kampf gegen den Klimawandel ließe sich nur dann entfalten, wenn man klimaneutrale Innovationen zum Exportschlager der Nation deklariert. Anstatt in der drohenden Dekarbonisierung eine Gefahr für den deutschen Wohlstand zu sehen, plädiert dieser Ansatz für einen Investitionsturbo, der Deutschland zum weltweiten „Technologieführer der Transformation“ macht und treibhausgasneutrale Produktionsverfahren zur Grundlage eines neuen deutschen Wirtschaftswunders werden lässt. Das sei durchaus realistisch – vorausgesetzt, die Denkmal-, Wald- und Tierschützer*innen würden ihre Prioritäten entsprechend überdenken (ebd.).

Die SZ beschreibt den Widerstand der Anwohner*innen gegen den ‚fortschrittlichen‘ Zubau von Windkraftanlagen in einem anderen Rahmen, und zwar vor allem als Symptom einer breiteren gesellschaftlichen Skepsis gegenüber dem industriellen Aufschwung als soziale Ressource. In einem Artikel mit der Überschrift „Republik der Neinsager“ erkennt der Autor den scheinbaren Widerspruch, dass die alten Feinde Großindustrie und Gewerkschaften nun im Grunde die gleiche Forderung stellen, nämlich dass Deutschland sich frage, ob es ein Wirtschaftsstandort bleiben wolle – einer, der nicht nur Gewinne und damit

Wachstum, sondern auch sichere Arbeitsplätze garantiert. „Aber woher sollen künftig Arbeitsplätze und Wohlstand kommen, wenn Investitionen und Arbeitsplätze massenhaft verhindert werden?“ (Ritzer 2021)

3.7 Nachhaltigkeit

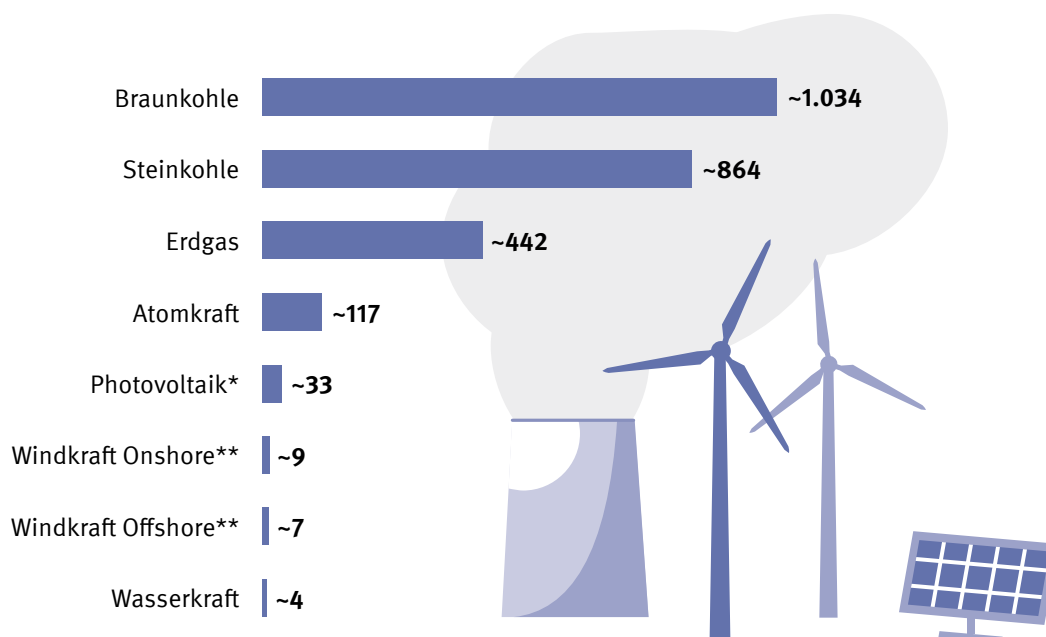
Besonders verzwickelt und verfahren wird die Debatte, wenn Gegner*innen der Windenergie die Befürworter*innen mit ihren eigenen Waffen – also dem Klima- und Nachhaltigkeitsgedanken – angreifen. Nämlich indem sie kritisch festhalten, dass die Kohlenstoffbilanz und der ökologische Fußabdruck der Windkraft zu leichtfertig kleingeredet werden. Dem vergleichsweise geringfügigen Anteil der Windenergie an der Eindämmung des

Klimawandels stünden „der Rohstoffverbrauch und die Umweltbelastung bei Erzeugung, Transport und Montage gegenüber. Wegen mangelnder Umweltverträglichkeit und geringer Haltbarkeit der verwendeten Materialien entstehen zudem Sondermüllberge von morgen“ (Bartetzky 2013).

Was in den untersuchten Artikeln fehlt, ist eine konkretere, möglichst objektive Auseinandersetzung mit den Daten, die eine solche Aussage untermauern oder auch nicht. Im erwähnten FAZ-Artikel wird der Kontext – dass die Windenergie nur ein Tropfen auf den heißen Stein im Kampf gegen den Klimawandel sei – ohnehin tendenziös dargestellt. Einerseits wird der Vorwurf geäußert, es gäbe zu viele Windparks, andererseits wird kritisiert, dass die Windkraft einen zu geringen

Abbildung 8:

Wie klimafreundlich ist welcher Strom? (CO₂-Emissionen in Gramm pro kWh)



Quelle: Eigene Darstellung nach Rueter (2021). Angegeben ist jeweils das CO₂-Äquivalent für den kompletten Lebenszyklus. *für PV-Anlagen mit Silizium-Technologie **für Windräder der aktuellen Generation

Beitrag zur Klimavorsorge leiste. Zweifellos ist der energetische Fußabdruck von Windenergieanlagen nicht zu unterschätzen. Sie bestehen zu einem großen Teil aus konventionellen Baustoffen wie Stahl und Beton, die unter hohem Einsatz fossiler Energieträger hergestellt werden. Auch der Transport der Anlagenteile und ihre Montage vor Ort sind energieintensiv. Laut einer Stellungnahme des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz vom April 2015 liegt jedoch die energetische Amortisationszeit – also der Zeitraum, über den die Anlage rechnerisch Strom produzieren muss, bis sie die in ihren Bau investierte Energie wieder eingespielt hat – sowohl im Offshore- als auch im Onshore-Bereich unter einem Jahr, bei einer angenommenen Betriebsdauer von 20 Jahren (FragdenStaat 2015). Nach einer aktuelleren Berechnung des Umweltbundesamtes erzeugen Windenergieanlagen sogar in 2,5 bis 11 Monaten Betriebszeit die Energiemenge, die zu ihrer Herstellung benötigt wurde (Rueter 2021, vgl. Abbildung 8).

Natürlich lassen sich solche Zahlen nicht immer elegant in die Berichterstattung einbauen, aber es verwundert schon, dass über so gewichtige Themen ohne solide Datenbasis und ohne die Geduld, diese Daten im Detail zu interpretieren, eine Bewertung vorgenommen wird.

3.8 Gesundheit

Eine beachtliche Angriffsfläche bieten auch die oft beschworenen gesundheitsschädlichen Folgen von Windparks auf die Anwohnerschaft, etwa durch Geräuschemissionen. Windenergieanlagen erzeugen im Betrieb – wie andere groß-

technische Anlagen auch – Geräusche. Die als Schall bezeichneten Druckschwankungen, die sich als Wellen in der umgebenden Luft ausbreiten, entstehen vor allem an den sich drehenden Rotorblättern. Auch von Getriebe und Generator gehen Geräusche aus, diese werden aber als weniger störend empfunden. Ob Infraschall – also Schall, dessen Frequenz unterhalb des menschlichen Hörbereiches liegt – von Windenergieanlagen ein Gesundheitsrisiko darstellt, ist noch nicht eindeutig geklärt. Bisherige Studien konnten zwar nachweisen, dass die Symptome einiger Anwohner*innen auf die Wirkung des Infraschalls zurückzuführen sind (vgl. zum Beispiel Schmidt und Klokker 2014). Allerdings wohnten die Betroffenen in diesen Studien deutlich näher an den Windparks, als dies in Deutschland inzwischen gesetzlich zulässig ist. Nach den derzeitigen Vorgaben der zuständigen Immissionsschutzbehörden und den geltenden Mindestabständen zu Wohngebieten sind die auftretenden Schallimmissionen als unbedenklich einzustufen. Diese Einschätzung könnte sich natürlich durch weitere Untersuchungen ändern, bisher gibt die Datenlage jedoch keinen Anlass zur Besorgnis.

Vielleicht auch wegen dieses Mangels an Beweisen für eine körperliche Belastung durch Windenergieanlagen konzentrieren sich die untersuchten windkritischen Artikel auf diffusere Gesundheitsaspekte, wie die empfundene Lebensqualität im Umland. Für die FAZ ist beispielsweise der Mensch die am stärksten von den stressauslösenden Windkraftanlagen betroffene Tierart. Und während man die psychische Befindlichkeit von Fledermäusen und Vögeln im Nahbereich der Turbinen höchstens

erahnen kann, berichten menschliche Zeug*innen nur zu bereitwillig von ihren anstrengenden Erfahrungen mit den unliebsamen Hochtürmen. Denn im Schatten der Turbinen sind die Schattenseiten der Windkraft besonders spürbar.

Eine FAZ-Reportage lässt die Leser*innen hautnah spüren, wie die Ruhe der Wiesen durch die schwirrenden Maschinen zerrissen wird: „Bereits in deutlicher Entfernung zu den Masten mischt sich ein Grundrauschen ins Frühlingsgezwitz der Vögel.“ (Unbekannt, 2021) Und hier wird wieder auf jene unberührte Landschaft angespielt, die jetzt nicht nur durch die geometrischen Linien der Windräder, sondern auch durch deren mechanisches Dröhnen gestört wird: „Heute geht eine steife Brise, die mächtigen Rotoren zerschneiden die Luft. Ansonsten relative Stille. Grasende Pferde, ein einsamer Traktor schleicht über den Feldweg.“

Andere FAZ-Artikel befassen sich mit den vermeintlich unzumutbaren körperlichen Auswirkungen der Anlagen auf die Anwohner*innen – bis hin zu detaillierten Anamneseberichten, die so vielfältige Beschwerden umfassen wie Herzrasen, Kopfschmerzen, innere Unruhe, Müdigkeit, Schlafstörungen, Schwindel, Übelkeit und Durchfall (Ashelm 2019). Weitere Schäden rühren angeblich von verschiedensten Aspekten der Bauform, Größe und Funktionsweise der Turbinen her, mit entsprechenden Folgeeffekten wie Schattenwurf, Eiswurf und elektromagnetischer Strahlung, die sich zu den physischen und psychischen Belastungen durch Infraschallimmissionen addieren. Und doch fließen in die Berichterstattung keine stichhaltigen wissenschaftlichen Er-

kenntnisse ein – während FAZ-Artikel bei anderen Themen, wie zum Beispiel den Auswirkungen der Windkraftanlagen auf das Landschaftsbild, sehr wohl auf wissenschaftliche Studien verweisen, unter Angabe des vollständigen Titels und der beteiligten Forschungseinrichtungen (Hein 2018).

So legt die FAZ in den untersuchten Artikeln den Disput um die gesundheitlichen Gefahren der Windkraft so aus, dass die Wissenschaft dezidiert auf der Seite der Windkraftkritiker*innen steht. „Fachleute und Windkraftgegner werfen der Politik und den Unternehmen der Branche eine gezielte Desinformation vor.“ (Ashelm 2019) Dabei beruft sich das Blatt auf die „Ärzte für Immissionsschutz“ – eine Organisation, die sich selbst bei der kursorischsten Google-Recherche als kleines Wissenschaftsgremium entpuppt, von dem nur ein einziges Mitglied in der Öffentlichkeit auftritt, um dilettantisch zusammengestapelte, wissenschaftlich zweifelhafte Folien vorzustellen, die wiederum zusammenhangslose Forschungsdaten aneinanderreihen mit dem Ziel, Panik zu verbreiten (vgl. Holzheu 2021). Das Umweltbundesamt möge zwar die Schallbelastung durch Windräder als „gesundheitlich unbedenklich“ abtun, doch „Arbeiten von Universitäten, Ärzten und Forschungsgruppen sehen das teils anders“ – notiert die FAZ nicht ohne Genugtuung, zählt sie sich doch eindeutig zu denjenigen, die den Schwindel des politisch-industriellen Windkraftkomplexes durchschauen (Ashelm 2019). Das geht so weit, dass sich eine gigantische Verschwörung abzuzeichnen beginnt, in die alle namhaften Umweltschutzbehörden und -organisationen von der Deutschen Umwelthilfe bis zum BUND und WWF verwickelt sind.

Der SPIEGEL hingegen sieht die Immissionsgefahr durch Windenergieanlagen vergleichsweise entspannt. Eine Haltung, die zum Teil daher rührt, dass man sich hier die Mühe gemacht hat, auch die Gegenargumente zu prüfen. So hinterfragt ein Artikel (Weber 2013) das sogenannte Wind Turbine Syndrome („Windradsyndrom“), ein von der amerikanischen Ärztin Nina Pierpoint beschriebenes Krankheitsbild. Die Forschungen der Ärztin sind umstritten – während der Corona-Pandemie stellte sie durch fehlerhafte Studienauswertungen auch die Notwendigkeit einer Impfpflicht in Frage (Hasan 2022) – somit hat der SPIEGEL-Artikel in ihr ein etwas zu leichtes Angriffsziel gefunden. Zu Recht weist die SPIEGEL-Autorin aber auch auf die Allgegenwärtigkeit von Infraschallimmissionen hin: „An den Strand brandende Wellen sind beispielsweise auch eine Infraschallquelle, ohne dass sie für zahlreiche gesundheitliche Leiden verantwortlich gemacht werden. Auch beim Autofahren sind Menschen beträchtlichen Mengen an Infraschall ausgesetzt.“ (Weber 2013) Und sie geht ausführlich auf eine Studie ein, nach der schon die bloße Befürchtung, dass Infraschall die Gesundheit schädigen könnte, genau die Symptome auslöst, die für das Windradsyndrom charakteristisch sind. Verantwortlich dafür sei der Nocebo-Effekt – das Gegenteil des bekannteren Placebo-Effekts – bei dem die Angst vor den Nebenwirkungen einer Behandlung diese Nebenwirkungen erst hervorruft (vgl. Crichton et al. 2014).

Der Artikel verlinkt relevante Studien und berichtet aus wissenschaftlicher Sicht korrekt und sauber, die Interpretation der Daten bleibt jedoch

selektiv, cursorisch und stark vereinfachend. Ein Zusammenhang zwischen dem Wohnen in der Nähe von Windparks und einer Reihe von Symptomen wurde schon nachgewiesen, wenn auch nur in sehr geringer Entfernung von den Anlagen. Ein mögliches Syndrom muss daher nicht unbedingt erfunden worden sein. Dass die Symptome psychosomatisch sind, lässt sich natürlich nicht ausschließen, gilt aber für viele unspezifische Erkrankungen, insbesondere für neuroimmunologische Leiden wie das „Chronic Fatigue-Syndrom“. Hierzu schreibt die Autorin den verblüffenden Satz: „Es bezweifelt zwar niemand, dass die Geräusche der Windräder nerven können. Aber wie sollen sie eine derartige Symptomkette auslösen?“ (Weber 2013) Dass störende Phänomene tatsächlich auch physische Symptome auslösen können, scheint sie nicht in Betracht zu ziehen. Ebenso können die Folgen eines Nocebo-Effektes durchaus als Krankheit gewertet und behandelt werden.

Hier blitzt ein Aspekt der Berichterstattung durch, auf den abschließend noch einmal zurückzukommen ist: der Unwille, im Ungewissen zu bleiben, zuzugeben, dass zu einigen Aspekten der Windenergie noch keine eindeutigen Aussagen möglich sind; dass Windenergieanlagen Chancen und Risiken bergen, die momentan nicht ganz bezifferbar sind. Es lohnt sich, auf die noch unzureichende Datenbasis aufmerksam zu machen, ohne gleich die eine oder andere Position als unhaltbar abzustempeln bzw. auszuschließen. Es handelt sich hierbei um eine von mehreren defizitären Darstellungsweisen, die im folgenden Abschnitt erörtert werden sollen.

4 Die analysierte Berichterstattung und ihre Defizite

4.1 Geschichtsvergessenheit

Ein Bewusstsein dafür, wie sich die Infrastrukturen der Windenergie in die Industriegeschichte Deutschlands eingliedern lassen, ist in den untersuchten Medienberichten kaum zu erkennen. Beispielsweise werden die Windkraftanlagen nicht vor dem Hintergrund der deutschen Energiegeschichte, insbesondere der Energielandschaften im Ruhrgebiet, betrachtet. Eine solche Kontextualisierung würde den wesentlich reduzierten ökologischen und gesundheitlichen Fußabdruck der Windenergie deutlich machen. Allerdings sind die Bergbaureviere kleinräumig und die Kulturlandschaften des Ruhrgebiets längst nicht mehr zu retten. Dass die Artikel auf diese Region nicht eingehen, ist insofern nicht verwunderlich, als Energie in Deutschland bisher nicht dezentral erzeugt wurde und daher weite Teile des Landes auf Importe angewiesen blieben, was sich nun mit der Verbreitung von riesigen, aus nächster Nähe zu bestaunenden Windkraftanlagen in allen Regionen des Landes grundlegend verändert hat.

Die USA, Kanada und weite Teile Osteuropas, wo Energie regional erzeugt wird, sind hingegen längst an den Anblick von energiewirtschaftlich modifizierten Landschaften, etwa Bohrtürmen, gewöhnt. Der Trend zu noch invasiveren Lösungen wie der Bergbau durch Gipfelabsprengung

hat in vielen Regionen der Welt den Horizont nicht nur verformt, sondern regelrecht plattgedrückt. In solchen Gebieten wirken Windkraftwerke geradezu erfrischend. Ihre Art, die Reliefstruktur optisch anzuheben, statt sie auszuradiieren, kann in solchen Gegenden als geradezu beruhigend empfunden werden. In Texas, der Heimat von Öl und Fracking-Gas, werden Turbinenlandschaften als industrielles Kunstwerk gefeiert (Patoski 2019). Dass die Windenergie vergleichsweise deutlich weniger Giftstoffe als die Kohle- und Erdölförderung freisetzt, ist ein weiterer Pluspunkt. Es gibt weder undichte Pipelines noch Giftmüll aus chemischen Anlagen, wie er beispielsweise bei der Ölsandförderung anfällt. In punkto dezentrale Energiewirtschaft ist Deutschland noch Neuland, und schon die kleinste Umgestaltung der Umwelt gleicht – jedenfalls in den Augen vieler journalistischen Beobachter*innen – einem Riss in der heimischen Urlandschaft. Insgesamt hat sich das Ausmaß der Umweltschäden, die Begriffe wie „Zerstörung“ oder „Gewalt“ rechtfertigen, in den letzten Dekaden drastisch verringert. Während beim Abbau fossiler Brennstoffe enorme Landflächen ausgeplündert und ausradiert wurden bzw. noch werden, genügen heute – sofern man den WELT- und FAZ-Artikeln Glauben schenkt – schon die Abgase des Diesels, der beim Transport der Windradteile verbrannt wird, um ein Windradstandort als schwer beschädigt auszuweisen.

Bedauerlicherweise mangelt es solchen Artikeln auch an soziohistorischem Tiefgang, sodass sie die soziokulturellen Umwälzungen ausblenden, die eine Energiewende überhaupt notwendig machen und die gewaltigen Dimensionen ihrer Apparate bestimmen. „Hat man das Bild der im Flachland friedlich und im Gleichmaß vor sich hin mahrenden Mühlen vor Augen,“ kommentiert Dankwart Guratzsch in der WELT, „müssen Ressourcenverbrauch und Größenverhältnisse der neuen Mühlengeneration erschrecken“ (Guratzsch 2014b). Das ist aber insofern ein eher unpassender Vergleich, als unser Energieverbrauch – unser so selbstverständlicher Elektroluxus, enormer Transportbedarf und generell energieaufwändiger Lebensstil – ebenfalls explodiert ist, verglichen mit dem Zeitalter, in dem holländische Maler eine Windmühle noch als wohlthuende, idyllische Erscheinung empfanden.

Selbstverständlich sollte man auch die realen, noch ungelösten Herausforderungen des Ausbaus der Windenergie im Auge behalten, etwa, dass bei zu starker Windausbeute im Norden der überschüssige Strom ins europäische Ausland abwandert. Daran wird sich auch nichts ändern, solange kein ausreichendes Leitungsnetz vorhanden ist, um den Strom aus dem windreichen Norden in den hoch industrialisierten Süden zu transportieren. Wie ein WELT-Artikel (Exner 2014) anmerkt, ist der Ausbau der Windenergie nur in dem Umfang rentabel, in dem entsprechende Kabelkapazitäten zur Verfügung stehen. Doch jede Energiewende unterliegt Anlaufschwierigkeiten und ist nicht ohne Tücken. Wie die Umstellung auf fossile Brennstoffe zu Beginn des 20. Jahr-

hunderts beweist, wurde anfangs viel mehr Erdöl gefördert als verbraucht werden konnte (vgl. zum Beispiel Black 2020), jedenfalls vor dem Bau von Schnellstraßen und dem Aufschwung der Plastikfaserindustrie um die Jahrhundertmitte.

4.2 Der Verzicht, der nicht so heißen darf

Nicht selten offerieren die Artikel auch Alternativen zu dem, was sie als Fehlentwicklung in der Energiepolitik werten, die uns mit der Zeit teuer zu stehen kommen werde. An erster Stelle rangiert die Senkung des Energieverbrauchs, doch nicht in dem Maße, dass sie als Verzicht zu spüren wäre. Statt den Verbraucher*innen nahe-zulegen, den Energiegürtel enger zu schnallen, empfiehlt ein FAZ-Beitrag zum Beispiel staatliche Effizienzaufgaben, wie die Abschaffung des Stand-by-Modus für Elektrogeräte (zu Guttenberg 2012). Solche Überlegungen, die den Windkraftausbau mit fundamentalen Verhaltensfragen verbinden, offenbaren den Leitgedanken der Energiewende: Es geht nicht um eine Wende weg vom verschwenderischen Konsumverhalten der Gesellschaft, wohl aber um eine minimal invasive Lösung, die ein Festhalten an diesen Gewohnheiten – ohne spürbare Einbußen an Lebensqualität – zulässt.

Anklang bei der FAZ finden auch die Anregungen branchenfreundlicher Politiker*innen, die Akzeptanz der Windenergie dadurch zu steigern, indem man nicht am Konzept selbst rüttelt, sondern an dessen Umsetzung herumschraubt. Statt viele einzelne Windräder aufzustellen, so wird 2013 in der FAZ ein Vorschlag von Hes-

sens damaligem Wirtschaftsminister aufgegriffen, würde man den Bürgerinitiativen durchaus entgegenkommen, wenn man die Anlagen in Schwerpunktgebieten bündelte (Holl 2013).

Die interessantesten und brauchbarsten dieser Artikel stellen zunächst fest, dass die meisten Bundesbürger*innen die Energiewende befürworten, aber eben nur so lange sie nicht in Sichtweite ist, um anschließend konkrete Lösungsvorschläge zu unterbreiten, die der Unübersehbarkeit der Windkraft entgegenwirken. Etwa die Errichtung von kompakteren Windtürmen und Strommasten, die sich „sehr viel leichter hinter Wäldern und Höhenzügen verstecken“ lassen (Wetzel 2015).

4.3 Emotionen

Es ist schon erstaunlich, wie die Verfasser*innen windkritischer Artikel einen Anspruch auf Glaubwürdigkeit erheben, ohne entsprechende Beweise vorzulegen oder auch nur anzudeuten, dass sie im Besitz solcher sind. Stattdessen ziehen sie alle Register mit einer Leidenschaft, die sie dazu verleitet, getrennte Sachverhalte in einen Topf zu werfen – wie zum Beispiel den Abstand zwischen einer Windkraftanlage und Wohnbauungen, im Gegensatz zum Abstand der Windkraftanlage zu einem Vogelschutzgebiet. Gewiss müssen beide großzügig bemessen sein, doch sicherlich aus unterschiedlichen Gründen. Und bei einer Aussage wie „Von Gerichten bestätigte Abstände werden ignoriert“, die den Schlusssatz eines Beitrags bildet, geht es weniger darum, Überzeugungsarbeit zu leisten (man erfährt ja

nichts darüber, welche Gerichte welche Abstände wo festgelegt haben sollen), als vielmehr darum, Ängste zu schüren, also eine emotionale Resonanz zu erzielen.

Ebenfalls überraschend ist die häufige Nennung von Zahlen und Fakten – wie zum Beispiel zum Gewinnausfall durch Windkraftanlagen in touristisch attraktiven Regionen, die Anzahl der von Rotoren erschlagenen Vögel oder die genaue Windstärke eines bewaldeten Gebietes – ohne auch nur eine einzige Quelle, bis auf die Aussagen von Windkraftgegner*innen.

Emotionen begleiten natürlich alle Frames, also die Gestaltung einer Nachricht exakt so, wie die berichtende Zeitung sie für ihre Stammleser*innen gerne sehen und auslegen möchte. So tragen Emotionen automatisch auch dazu bei, wie verschiedene deutsche Zeitungen den Windkraftboom behandeln – die einen mit Skepsis und tiefer Besorgnis, die anderen mit viel Enthusiasmus und mit dem guten Gewissen, genau das Richtige fürs Klima (und damit auch für alle, die ihm ausgesetzt sind) getan zu haben: von den Menschen, die aufgrund des steigenden Meeresspiegels ihre Inselstaaten verlassen müssen, bis hin zu den kleinsten Vögeln und Insekten, die Windkraftgegner*innen durch Rotorblätter in ihrer Existenz bedroht sehen.

Oft tritt Emotion jedoch auch deshalb in den Vordergrund der Berichterstattung zur Windenergie, weil die Energiewende selbst aus einer Reihe gefühlsbetonter Handlungen hervorgegangen ist: zum einen aus der Angst vor der Kernener-

gie (Bundeskanzlerin a. D. Merkel beschloss den Ausstieg aus der Atomkraft infolge der Fukushima-Katastrophe, was viele als unreflektierte Kurzschlussreaktion bewerteten), zum anderen aus der Angst vor der bevorstehenden Klimakrise, die schon heute verheerende Naturkatastrophen anrichtet und deren Berichterstattung darauf getrimmt ist, Trauer auszulösen und die Menschen zu einer schnellen Bekämpfung der Erderwärmung zu animieren.

Der Einsatz emotionalisierender Mittel, um Botschaften zu transportieren, zieht sich durch alle analysierten Artikel. Aber auch der Emotionalität als Merkmal unserer unbewussten Bindung an Energiequellen und Konsumstrukturen im Alltag sollen hier einige Überlegungen gewidmet werden, allein schon, weil solche Emotionen in den Gesprächen der Journalist*innen mit betroffenen Anwohner*innen immer wieder aufscheinen. Darüber hinaus ist Emotion ein entscheidendes Element politischen Handelns gerade bei den profiliertesten Klimaschutzinitiativen, wie der Bewegung Fridays for Future, deren Aktivismus einen wesentlichen Beitrag zum richtungweisenden Klimagerichtsurteil von 2021 geleistet hat, das wiederum den weiteren Ausbau der Windenergie forcieren wird.

Mit der Energiewende wird eine Vielzahl von Emotionen aktiviert, die ihrerseits konkurrierende Narrative hervorbringen. Oder, wie ein Journalist anmerkt: „Hier geht es nicht nur um Wind und Strom, sondern zugleich um so schwer messbare Güter wie Heimat, Identität, Schöpfung, Lebensstil.“ (Guratzsch 2014b) Denn Landschaften

sind mehr als nur Kulissen, sie sind ein Spiegel unser selbst, oftmals der Grund, warum wir an einem Ort und nicht woanders leben, Teil unserer Sicht auf die Welt und auf die Heiligkeit ihrer Schöpfung, außerdem für die Gestaltung von Freizeitaktivitäten im Familienkreis maßgeblich mitentscheidend. Aus bayerischer Sicht stellen pittoreske Landschaften oft auch ein Argument für einen – womöglich etwas übersteigerten – Heimatstolz dar. Ganz zu schweigen von den Akteuren, die sich diese Gefühle zunutze machen um neue Fans zu werben, von der Tourismusbranche über den Immobiliensektor bis hin zu Hochschulen.

Nicht zu übersehen sind zudem die überaus poetischen Passagen, die das Thema gefährdeter Natur bei vielen Kontra-Journalist*innen inspiriert. „Brummen die Riesenmühlen dem stillen Tal bald die Todesmelodie?“ – fragt sich Dankwart Guratzsch in der WELT (ebd.). Im anderen Lager herrscht dagegen – zumindest aus stilistischer Sicht – mehr Besonnenheit: So verweisen Zeitungen wie die SZ lieber auf Literaturschaffende, die Windkraftanlagen grundsätzlich ablehnen und schlechtreden (beispielsweise Monika Maron in Schmidt 2021) oder sich angesichts des Klimanotstands über den zähen Fortschritt erneuerbarer Energien geradezu verzweifelt zeigen (Jonathan Franzen in Rühle 2020).

4.4 ‚Fakten‘

Viele FAZ-Artikel übernehmen einfach die Behauptungen und Klagen der Bürgerinitiativen gegen die Windkraft, ohne ihren Wahrheitsgehalt

zu überprüfen oder sie mit ergänzenden oder entkräftenden Informationen zu versehen. Eine beispielhafte Aufzählung sieht in etwa so aus: „Die Fundamente der 200 Meter hohen Räder beeinflussen den Grundwasserfluss. Der Infraschall kann Menschen krank machen. Der Schlagschatten der Rotorblätter ebenso. All die Windkraftanlagen hätten bisher nicht dazu geführt, dass ein einziges konventionelles Kraftwerk abgeschaltet worden sei [...]. Für den Bau würden absurderweise auch noch Wälder abgeholzt, die eigentlich die CO₂-Bilanz des Landes verbessern. Und außerdem hinterlassen Windräder Sondermüll einschließlich des giftigen Neodym, einer seltenen Erde.“ (Kloepfer & Fuchs 2015)

Unerwähnt bleibt, dass die Auswirkungen von Windturm-Fundamenten auf das Grundwasser zu den besonders sorgfältig kontrollierten Aspekten ihrer Installation gehören und dass zum Schutz vor einer Verunreinigung des Grundwassers rigorose Bestimmungen erlassen worden sind. Zum Thema Infraschall sei hier auf die vorangegangenen Ausführungen verwiesen. Dass der Schlagschatten in einem Atemzug mit Infraschall genannt wird, macht stutzig. Denn während eine gesundheitliche Beeinträchtigung durch Infraschallimmissionen wissenschaftlich nur teilweise belegt ist, konnte eine Untersuchung des Psychologie-Instituts der Universität Kiel 1999 durchaus nachweisen, dass Schattenwurf bei einer Belastung von über 15 Stunden pro Jahr die Lebensqualität erheblich beeinträchtigt. Seitdem baut man die Windkraftanlagen jedoch deutlich weiter weg von Wohnsiedlungen, so dass ihr Schattenschlag so gut wie kei-

ne bewohnten Gebiete mehr tangiert. Zusätzlich wurden strikte Vorkehrungen getroffen (unter anderem eine sensorgesteuerte Abschaltautomatik), um sicherzustellen, dass bei schattenwurfbegünstigenden Wetterlagen die Anlage abgeschaltet wird.

Dass durch die Stromerzeugungsleistung der Windenergie keine konventionellen Kraftwerke abgestellt werden konnten, wirkt geradezu absurd angesichts der Tatsache, dass bereits ein Jahr vor der Veröffentlichung des betroffenen Artikels die erneuerbaren Energien in Deutschland die Braunkohle als Hauptenergieträger verdrängt hatten (IWR Online 2014) und über einen Zeitraum von 10 Jahren überdeutlich wird, wie sehr Windkraft dazu beigetragen hat, den Anteil der fossilen Energieträger an der Stromerzeugung weiter herunterzudrücken.

Der unwidersprochene Hinweis auf die kontraproduktive Abholzung, die zur Errichtung von Windkraftanlagen erforderlich sei, offenbart ein eklatantes Unwissen um die doch sehr begrenzten Areale, die für den Bau von Windparks abgeholzt werden müssen (vgl. die Informationen zum geringen Anteil von im Wald installierten Windkraftanlagen in Abschnitt 3.1), sowie um die Tatsache, dass diese Rodungen vorschriftenkonform durch Wiederaufforstung an anderen Stellen ausgeglichen werden. Die Gefahr der giftigen Seltenen Erde Neodym, die in nicht einmal 25 Prozent der Windturbinen verbaut wird – und selbst das überwiegend im Offshore-Bereich (IWD 2017) – ist vielfach diskutiert worden, zumal die überhöhten Preise dieses hauptsächlich

in China gewonnenen Materials in den letzten Jahren die Suche nach Ausweichmöglichkeiten beschleunigt haben (siehe Abbildung 9).

Viele Artikel zeigen wenig Interesse an den technischen Details der Windenergie sowie eine grundsätzliche Ignoranz gegenüber der Gefahr, halb wahre oder sogar falsche Aussagen über die branchentypischen Technologien und Gesetzgebungen zu machen. Stimmt es wirklich, dass die nächtlichen Blinklichter auf den Turbinen die Lebensqualität mindern? Einschlägige wissenschaftliche Quellen werden nicht geliefert, man behauptet es einfach – in aller Kürze und mit der Selbstverständlichkeit eindeutiger Fakten – und heizt damit die Wut der Anwohner*innen an, indem man ihre Auffassung bekräftigt, dass nur

„Grundstückseigentümer profitieren“, während die Nachbarschaft durch Schatten, Lärm und Flackerlicht gequält wird.

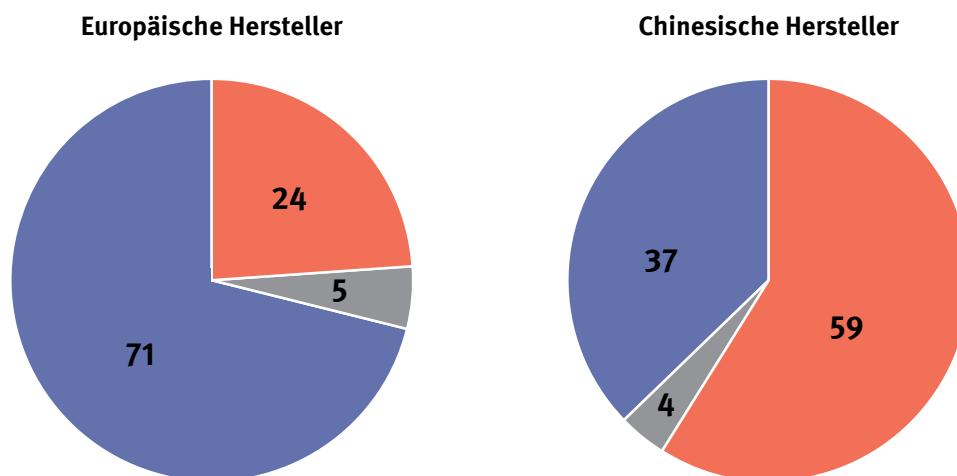
Zwar äußern viele Artikel auch ernstzunehmende Bedenken über die Folgen der Windenergie für unsere Wahrnehmung des Naturraums und unseren Umgang mit ihm, doch verrennen sich einzelne von ihnen zu sehr in ihrer Kritik und gelangen so zu ziemlich realitätsfernen Aussagen. Laut Dankwart Guratzsch in der WELT „wandeln sich die zwei Prozent Landesfläche im Nu auf 20 Prozent und mehr. Denn jedes Windrad, das auf einen Berg gestellt wird, sieht man 20 Kilometer weit“ (Guratzsch 2014b). Allerdings werden wohl kaum die gesamten zwei Prozent, die der Windenergie offiziell zugewiesen werden, auch

Abbildung 9:

Der Anteil Seltener Erden in den Windkraftanlagen europäischer und chinesischer Hersteller

So viel Prozent der momentan lieferbaren Windkraftanlagen enthalten ...

■ einen hohen Anteil Seltener Erden ■ einen geringen Anteil Seltener Erden ■ keine Seltenen Erden



Quelle: Eigene Darstellung nach IWD (2017).

tatsächlich in Anspruch genommen. Und auf den Flächen, die überhaupt genutzt werden, erhebt sich praktisch keine einzige Turbine auf einem Bergkamm, so dass sich kaum eine Turbine aus 20 km Entfernung abzeichnet. Und selbst wenn, ließe sich daraus nur schwer ableiten, dass die ganze Biosphäre sowie alle Anwohner*innen in einem Umkreis von 20 km um ein Windrad irgendwelche nachteiligen Wirkungen verzeichnen. Hier zeigt sich einmal mehr, wie der Begriff „Belastung“ aufgeweicht und einer Energieform angepasst wurde, die wesentlich leiser, weniger umweltbelastend und schlichtweg flächenschoener ist als beispielsweise eine Zeche, ein Ölfeld oder sogar ein Photovoltaik-Park.

Was in dieser Bestrebung, nur die – gemessen an anderen Energiequellen eher moderaten – Nachteile der Windenergie aufs Korn zu nehmen, ohne auch nur einen einzigen ihrer Vorteile zu erwähnen, auf der Strecke bleibt, ist die Widerspruchs- und Debattierkultur, die Zeitungen eigentlich abbilden und vorantreiben sollen.

4.5 Dissens und Debattenkultur

Die doch recht einseitige Wahrnehmung in den beiden Fraktionen der Windkraftbefürworter*innen und -gegner*innen – vor allem aber auf konservativer, die Windkraft ablehnender Seite – wirft kein vorteilhaftes Licht auf den Umgang der untersuchten Medien mit Dissens. Man bemüht sich kaum, die eigene Einschätzung in einen zumindest halbwegs ausgewogenen Gesamtkontext einzuordnen, der auch die Gegenposition zu Wort kommen lässt oder die Leser*innen vor

eine Wahl stellt. Und das geht weit über die akuten Auswirkungen von Windkraftanlagen hinaus. „70 Meter hohe Strommasten! Die will ja nun wirklich keiner geschenkt haben“ – befindet die WELT und verweist auf den beliebten Slogan „Not in my backyard“ (Bitte nicht bei uns!) (Exner 2014). Natürlich bringt das die Meinung vieler Anwohner*innen auf den Punkt. Doch die Einwände laufen ins Leere, sofern ihnen nicht der gegenteilige Standpunkt gegenübersteht.

In welchem Verhältnis zueinander stehen die Vor- und Nachteile der Windkraft? Überwiegen die Bedenken einer Minderheit betroffener Bürger*innen den Gewinn für die Gemeinschaft als Ganzes? Jede Energieform hat ihre Achillesferse. Ist die der Windenergie etwa problematischer als die der Fossil- und Atomenergie, die noch bis vor einem Jahrzehnt das Rückgrat der deutschen Energieversorgung bildeten? Viele dieser Texte klingen eher wie die Schlusszeilen einer Diagnose, die uns abervorenthalten bleibt, einer Analyse, die zuerst verschiedene Energieoptionen vergleichend untersucht und erst dann zum Ergebnis kommt, dass für die Windenergie keine vertretbaren umwelt- oder klimapolitischen Argumente vorliegen.

Wohlgemerkt: Nicht alle windkraftkritischen Artikel lassen Gegenargumente völlig außer Acht. Kommen Pro-Windrad-Positionen zur Sprache, werden diese oftmals jedoch als weniger differenziert – weil unverhältnismäßig militant und idealistisch – gerahmt. Die WELT frozelt: „Konfrontiert mit den Bildern demonstrierender Bürger, fiel der zuständigen Ministerin Evelin Lemke

(Grüne) nicht mehr ein als: ‚Ohne das Klima zu schützen, wird’s hier keine Artenvielfalt mehr geben.‘“ (Vahrenholt 2014) Ein windkraftskeptischer Autor nimmt für einen Artikel in der WELT als Motto den Heinrich-Heine-Spruch „Luftreich des Traums“, um deutlich zu machen, wie viel heiße Luft in der Windenergie steckt – aus seiner Sicht nichts als ein Wunschtraum, der schon bald zum Albtraum verkommen könne (Aust 2020). Nach Auffassung des Verfassers liegt das Problem darin, dass solche Luftschlösser rein gar nichts mit der Realität zu tun haben. Denn „Irrationalität ist geradezu das Kennzeichen der Gegenwart geworden.“ Die Entscheidung, welche Energieträger unsere Häuser beheizen und unsere Autos antreiben, sei nunmehr eine moralische Frage, ebenso wie ein Werturteil. „Kohle ist so schwarz wie die Seele des Kapitalismus.“ (ebd.) Mit dem bereits beschlossenen Ausstieg aus der atomaren und fossilen Energie und angesichts der Tatsache, dass die Windenergie gegenwärtig nur einen kleinen Teil der Energietorte ausmacht, fragt der Autor, wie es wirklich um die Ethik des Übergangs zu einer erneuerbaren Energiegewinnung steht. Denn Deutschland bezieht in erheblichem Umfang Erdgas aus Russland, erklärt der Artikel, wobei die Vereinigten Staaten Deutschland und Europa vor ihrer unethischen Abhängigkeit von russischem Gas bewahren wollen, um sie stattdessen mit aus Fracking gewonnenem amerikanischem Flüssiggas abzuspeisen. Dabei sind die Zahlen, die der Artikel nachvollziehbar präsentiert, wahrlich ernüchternd. Allein um die Kernkraft und den Kohlestrom zu substituieren, müssten in Deutschland rund 300.000 Windräder aufgestellt werden – etwa eines pro

Quadratkilometer – und noch viel mehr, wenn man zusätzlich auf die russischen Gasimporte komplett verzichten sollte. Hinzu kämen wegen der Unberechenbarkeit regenerativer Energievorkommen noch gasbetriebene Reservekraftwerke, um Blackouts vorzubeugen (ebd.). Solche Analysen sind insofern wertvoll, als sie die Wende zur Windenergie in einen größeren realpolitischen Kontext stellen und die manchmal naiven Vorstellungen einer moralisch geprägten ‚Energiewende im Handumdrehen‘ entlarven.

Es ist der SZ hoch anzurechnen, dass sie auch solche Positionen zulässt, die der positiven Grundtendenz ihrer windkraftbezogenen Berichterstattung zuwiderlaufen, wie etwa die Ansicht, dass es trotz aller futuristischen Manifeste für eine Energiearchitektur der Zukunft nicht ganz vertretbar ist, romantische Landschaftsvorstellungen lediglich als ästhetisches Konstrukt abzustempeln, das einfach über Nacht überschrieben werden kann. Die Zeitung toleriert sogar Ausschnitte aus Enoch zu Guttenbergs flammenden Reden über den „Vernichtungsfuror gegen unsere letzten Lebensräume, gegen unsere Heimat, gegen eben jene Natur, die uns einst Schutz und Identität bedeutete“ (Etscheid 2016).

Eine gesunde Debattenkultur zeigt sich nicht in der Begeisterung der Medien für die eigene redaktionelle Linie, sondern in ihrer Toleranz gegenüber konträren Positionen. Und zwar in doppelter Hinsicht: bezogen auf den einzelnen Artikel und bezogen auf die Zeitung als Ganzes. Schließlich besteht die publizistische Aufgabe des/der Autor*in eines Artikels zum Ausbau

der Windkraft darin, eine Abwägung zwischen Natur- und Klimaschutz bzw. zwischen Vor- und Nachteilen der Technologie sachlich zu formulieren und mögliche Kompromisse zu skizzieren. Dabei liegt der Kern einer solchen Analyse in der Erfassung belastbarer und handlungsrelevanter Argumente, selbst wenn sich der/die jeweilige Autor*in auf die eine oder andere Seite des Grabens festlegt. Auf der Ebene der Gesamtedaktion besteht die Verantwortung, alle demokratischen Meinungen und Sichtweisen zum Thema Windenergie abzubilden und die entsprechenden Hintergründe und Fakten zu liefern bzw. die Beiträge daraufhin zu überprüfen und gegebenenfalls Änderungen einzufordern, wenn das Ziel der kritischen Vermittlung verfehlt wird. Dies scheint den progressiven Zeitungen häufiger zu gelingen als den konservativen. In der SZ kommt sogar der Windrad-Allergiker Georg Etscheit (2016) zu dem Schluss, dass Windkraftgegner*innen nicht nur den Wildwuchs beim Ausbau der Erneuerbaren kritisieren, sondern auch Lösungen benennen sollten, die sowohl dem Klima- als auch dem Naturschutz dienlich sind.

4.6 Klima-Kleinredner*innen

Der Widerstand gegen die „teuren Wunschträume der Energiewende“ (Aust 2020) zeugt zuweilen von einer irrationalen Verweigerungshaltung oder dem Unvermögen vieler journalistischer Beobachter*innen, die Tragweite des Klimawandels überhaupt zu begreifen. So diskreditiert die WELT – in einem besonders einseitigen Artikel – die Windenergie als „Geschäftsmodell, das nur bei drohendem Weltuntergang zu rechtfertigen

sein dürfte“ (ebd.). Eine solche Apokalypse ist in den Augen des Autors folglich nicht abzusehen.

Um sicherzugehen, dass seine Kritik auch ernst genommen wird, relativiert dieser Artikel – wie schon andere zuvor – die Folgen des Klimawandels. So wird unterstellt, die australischen Buschbrände dienten lediglich dazu, „die Apokalypse plakativ zu machen“ (ebd.). Als Beweis dafür, dass nur Deutschland die Endzeit kommen sieht, andere Länder hingegen nicht, wird angeführt, dass China zum Beispiel nach wie vor und mit Hochdruck Kohlekraftwerke baut. Gemeint ist: Deutsche Unternehmen setzen stur und weltfremd auf den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen als eine Form von Zukunfts-Gerechtigkeit, während die Welt staunend zusieht, wie Deutschland nicht mehr nach Kohle gräbt, sondern sein eigenes wirtschaftspolitisches Grab schaufelt.

Besorgniserregend und, um es offen zu sagen, verblüffend sind jene Einwände gegen den Ausbau der Windenergie, die den massiven Eingriff des Klimawandels in die Natur kleinreden. So stichelt ein ehemaliges Vorstandsmitglied von Shell – und Autor eines Buches, das die Erderwärmung auf die Sonneneinstrahlung zurückführt – in der WELT gegen „eine Politik, die die Gefahren der Klimaveränderungen überhöht“ (Vahrenholt 2014). Zwar räumt der Autor ein, dass CO₂ die Klimaerwärmung mit vorantreibt, dennoch ist er erschreckend optimistisch, wie hoch die Temperaturen steigen können, bevor ernsthafte Schäden drohen: „Eine katastrophale Klimaerwärmung aber von drei bis sechs Grad

in diesem Jahrhundert, die eine Energiepolitik rechtfertigt, die die Lebensgrundlagen der heimischen Tierwelt gefährdet, ist nicht zu befürchten.“ (Vahrenholt 2014) Der gleiche Artikel holt sich mit Hans von Storch auch einen Klimaforscher ins Boot, der medienwirksam den grassierenden „Klima-Alarmismus“ in Deutschland anprangert. Getragen sei diese Hysterie von Fridays for Future und anderen aktivistischen Organisationen, die nicht wahrhaben wollen, dass zwischen Flutkatastrophen und dem Klimawandel eine hochkomplexe Kausalkette bestehe – das eine also nicht einfach aus dem anderen hergeleitet werden darf (Vahrenholt 2014).

Der SPIEGEL hingegen bietet eine gute Vorlage für einen faktenbasierten, nutzorientierten Umgang mit dem Wald als Klimawandelbremse – ob durch Freiräume für die Windkraft oder durch Kohlenstoffspeicherung – bei gleichzeitiger Wertschätzung des Naturerlebens als therapeutisches Ausgleichsmittel gegen die Leiden, die Urbanisierung und Digitalisierung mit sich bringen. Damit macht der SPIEGEL vor, was die ideale Herangehensweise an die Energiewende sein könnte: Weniger Weltanschauung und mehr pragmatisches Kalkül, nach dem Motto: Zuerst müssen Teile der Natur geopfert werden, damit wir langfristig die Natur als Ganzes schützen können. Denn der Klimawandel trotz ohnehin jeder Art von Naturpatriotismus. Sollte er schnell genug voranschreiten, müssen in Deutschland autochthone Baumarten rasch durch „fremde“,

trockenheits- und extremwetterresistentere Arten wie Douglasien aus Nordamerika ersetzt werden (Kollenbroich et al. 2021). Auch das würde das Gesicht des Waldes nachhaltig prägen und die Bürger*innen vor die Herausforderung stellen, neue Narrative zu entwickeln und neue Bindungen zu ihrer Umwelt aufzubauen.

Es ist schon faszinierend, wie wenig sich manche der hier angeführten Artikelverfasser*innen in der Energiepolitik Deutschlands wiederfinden und wie überschwänglich sie ihre gefühlte Wehrlosigkeit vor der Windkraft-Wende kundtun, als stünden sie einem aggressiven Feind gegenüber. Und gleichzeitig den Klimawandel nicht als akute Bedrohung erkennen. Insgesamt zeigt die Analyse ein unerwartet starkes Spannungsfeld zwischen den erweiterten Zeithorizonten des Klimawandels und den Fürsorgepflichten gegenüber zukünftigen Generationen einerseits und dem Genuss des Augenblicks bzw. der Augenweide der Gegenwart andererseits. Was die Debatte derzeit entscheidend voranbringen würde, ist nicht ein ‚Entweder-oder-Ansatz‘, sondern einer nach dem Prinzip ‚Sowohl-als-auch‘. Wie ein Waldbesitzer gegenüber dem SPIEGEL anmerkte (Kollenbroich et al. 2021), leistet er durch die Verpachtung seiner Waldstücke an Windparkbetreiber einen aktiven Beitrag gegen den Klimawandel, gleichzeitig könne er mit den erzielten Pachteinahmen den Umbau und die Aufforstung des Waldes finanzieren, was wiederum ebenfalls dem Klimaschutz dient.

5 Fazit und Handlungsempfehlungen

Aus den einzeln und vergleichend untersuchten Artikeln ergeben sich mehrere Beobachtungen zur Medienberichterstattung über den Ausbau der Windenergie (im Spannungsfeld zwischen Klimaschutz und Eingriff in die heimische Landschaft), der derzeit vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges in der Ukraine als ‚Freiheitsenergie‘ massiv vorangetrieben wird. Über einen Untersuchungszeitraum von zehn Jahren, genauer vom Jahr des Atomausstieges 2011 bis zum Jahr des Bundesverfassungsgerichtsurteils über die Unzulässigkeit des damaligen Klimaschutzgesetzes, 2021, lassen sich acht Schwerpunkte in der Berichterstattung zur Windenergie feststellen: Neben einer Fokussierung auf die Folgen des Windkraftausbaus für den deutschen Wald, stehen Fragen der Ästhetik, des Artenschutzes, der Demokratie und der durch die Energiewende anfallenden Kosten ebenso im Vordergrund wie Debatten über die Art des Fortschritts, Nachhaltigkeit und gesundheitliche Aspekte der Windenergieentwicklung. Durch die Schwerpunktsetzung der Analyse auf die windkraftkritische Berichterstattung in der FAZ und der WELT, ergänzt durch Verweise auf befürwortende Positionen im SPIEGEL und in der SZ, konnten relevante Thematisierungen deutlich nachgezeichnet werden. Auch problematische Tendenzen in der Berichterstattung – von mangelnder historischer Tiefe und fragmentarischem Umgang

mit Fakten bis hin zu unverhohlener Emotionalisierung und tendenziöser Selektivität – wurden herausgearbeitet.

Um die beschriebenen Defizite und blinden Flecken in der Berichterstattung zu beheben, seien Journalist*innen (und Verfasser*innen von Gastbeiträgen), die sich mit dem Thema Windenergie beschäftigen, folgende Anregungen an die Hand gegeben:

1. Der wissenschaftliche Konsens über die Folgen des Klimawandels sollte als Orientierung und als Kontrastfolie präsent sein, wenn über die Auswirkungen von Windkraftanlagen auf Menschen und Tiere in Turbinennähe berichtet wird.
2. Die historischen und sozialen Hintergründe der Energiewende – also die Energiegeschichte des Landes und der Bevölkerungsgruppen, die der fossilen Transformation ausgesetzt waren – sind als Teil des Phänomens Windenergie zu betrachten und in die Berichterstattung einzubeziehen.
3. Informationen über ökologische, ökonomische und technologische Aspekte von Windkraftanlagen und deren Betrieb bzw. der Stromversorgung müssen verständlich(er) präsentiert und als Grundlage für die eigene

- Abwägung von Vor- und Nachteilen des Windkraftausbaus (ernster) genommen werden.
4. Bei Unklarheiten, Detailwissen oder komplexeren Sachverhalten ist die Expertise von Wissenschaftler*innen stärker zu berücksichtigen – und diese Kompetenz im Text explizit zu benennen.
 5. Kulturelle Aspekte wie unter anderem Traditionen, Emotionen, Symbolik, nationale Identität, soziales Hierarchiedenken, Fragen von Moral und kollektiver Verantwortung, die zur Mentalitätsbildung in Bezug auf Windenergie beitragen, könnten stärker in die Berichterstattung integriert und dort reflektiert werden.
 6. Mehr Stringenz, wissenschaftliche Präzision und sachliche Kritik bei der Erstellung von Narrativen über die Akteure der Windenergiebranche, von Waldbesitzer*innen und Konzernchef*innen bis hin zu Anwohner*innen und Mitgliedern von Bürgerinitiativen, sichert eine adäquate Abbildung der involvierten Gruppen und beugt Verzerrungen vor.
 7. Mehr Vorsicht im Umgang mit nicht-faktischen bzw. nicht verifizierbaren Aussagen und eine stärkere Reflektion der eigenen Empfindungen und Meinungen zu einzelnen Energieträgern und -technologien schärft den Blick für eigene tendenziöse Formulierungen, unzureichende Kontextualisierung von Aussagen zitierter Akteure oder unzulässige Gleichsetzungen bei der vergleichenden Analyse verschiedener Energieträger.
 8. Mehr Toleranz für Ungewissheit, für eine ausgewogene Perspektive auf möglicherweise nicht vollständig und abschließend evaluierbare Sachverhalte bzw. entsprechend dünne Datenlagen, wie zum Beispiel zu den gesundheitlichen Auswirkungen von Windenergieanlagen in unterschiedlichen Abständen zu Wohngebieten, stünde vielen Artikeln gut zu Gesicht. Umgekehrt verhindert Deutlichkeit bei unstrittigen wissenschaftlichen Erkenntnissen – beispielsweise zu den schon lange untersuchten verheerenden Folgen der Klimaerwärmung –, dass Medien ihre Aufgabe (aufzuklären und Orientierung zu stiften) verfehlen.
 9. Eine stärkere Sensibilisierung für die Tatsache, dass auch die Windenergie-debatte ein sozialer Prozess mit historischer Dimension ist und eine anschließende transparentere Vermittlung dieser Erkenntnis, kann als Gebot der Fairness verstanden werden. Dazu gehört beispielsweise, deutlicher zu machen, wie sich eine Zeitung oder ein Autor in der Vergangenheit zum Thema positioniert hat. Es kann aber auch beinhalten offenzulegen, inwiefern eine veränderte Situation (zum Beispiel das Urteil des Bundesverfassungsgerichts) eine neue Bewertung der Situation erfordert.

Eine zusätzliche Beobachtung der vorliegenden Arbeit ist der Umstand, dass die identifizierten Themen in den untersuchten Medien und Artikeln zwar einen hohen Stellenwert einnehmen, dass sich aber Art und Schwerpunkt der Berichterstattung noch deutlicher als erwartet nach konservativem und progressivem Profil des je-

weiligen Mediums unterscheiden. Die Debatte entzündet sich an relativ klaren Problemfeldern, welche jedoch häufig zum Anlass genommen werden, um die jeweils andere politische Seite anzugreifen – die Windenergieanlagen werden in einer doch sehr ideologisch geprägten Auseinandersetzung quasi als Waffe eingesetzt. Dass die meisten der untersuchten Artikel diesen Konflikt eher skizzenhaft umreißen, aber wenig Kompromissbereitschaft gegenüber dem anderen ‚Lager‘ zeigen, verdeutlicht die Gräben in der Debatte um die Windenergie, welche auch die Medienlandschaft durchdringen. Für politische, mediale und zivilgesellschaftliche Akteure mag dies ein Hinweis darauf sein, dass die von der aktuellen Regierungskoalition geplante Entfesselung der Windenergie auch als ein sozio-

kulturelles Projekt zur Überbrückung eben solcher Meinungsgegensätze wahrgenommen und dargestellt werden sollte. Von der politischen Debatte entkoppelt und vielmehr als eine Herausforderung an unser aller Lebensmodelle und Wertvorstellungen thematisiert, könnte sich die Energiewende auf dieser ‚Mentalitätsebene‘ gut vorantreiben lassen. Denn wie man seine eigene Rolle als Bürger*in und Nation bei der Gestaltung einer lebenswerten Zukunft sieht, ist nicht durch Parteibuch, Stimmzettel oder Präferenz für die FAZ oder die SZ festgelegt. Vielmehr sind es die eigenen Wertvorstellungen, die sich mit den hier herausgearbeiteten Wertvorstellungen und Narrativen (Abschnitt 3) und Praktiken (Abschnitt 4) der bevorzugten Zeitungen decken können – aber nicht müssen.

Quellenverzeichnis

Analysierte und ausgewertete Artikel nach Zeitung

Die Welt

Aust, Stefan (2020): Im Luftreich der Träume; Die teuren Wunschvorstellungen von der Energiewende bedrohen deutsche Unternehmen. Wie absurd weit jenseits der Realität man sich bewegt, zeigen Rechnungen von Stefan Aust. *Die Welt*, Wirtschaft (25. Januar 2020)

Clemens, Jochen (2011): Aber bitte nicht vor meiner Haustür; Eine Wende in der Energiepolitik ist gesellschaftlicher Konsens. Geht es an die praktische Umsetzung, hagelt es Proteste. *Die Welt*, Sonderthemen (5. Mai 2011)

Crolly, Hannelore (2021): Haushaltslücken, aber neue Regierungsjobs; Ein zusätzliches Ministerium, mehrere Staatssekretärsposten, Proporz und Seilschaften – die Neuauflage von Grün-Schwarz in Baden-Württemberg startet mit einem teuren Tauschhandel: Inhalte gegen Stellen. *Die Welt*, Politik, S. 5 (6. Mai 2021)

Evert, Hans (2011): Oettinger geißelt deutsche Energiewende; EU-Kommissar nennt Strompreisanstieg „besorgniserregend“ und macht dafür vor allem die Politik verantwortlich. *Die Welt*, Wirtschaft, S. 15 (28. Juni 2011)

Exner, Ulrich (2014): Die schöne Show der Trassenflüsterer; Das Rückgrat der Energiewende ist eine 800-Kilometer-Stromleitung, die noch gebaut werden muss. Dafür muss das Team des Netzbetreibers viel Überzeugungsarbeit leisten. *Die Welt*, Politik, S. 5 (5. April 2014)

Gaugele, Jochen (2014): „Der Süden bekommt umweltverträglichen Strom, der Norden Geld“; Der deutsche EU-Kommissar Günther Oettinger über die Notwendigkeit langer Trassen und die Haltung Bayerns. *Die Welt*, Politik, S. 8 (7. Februar 2014)

Guratzsch, Dankwart (2014a): Für zwei Esslöffel Mörtel; Lokalposse aus dem Südwesten: Die Naturzerstörung im Pfälzerwald wird nicht geahndet, dafür aber eine Plakataktion am Luitpoldturm. *Die Welt*, Kultur, S. 22 (27. Oktober 2014)

Guratzsch, Dankwart (2014b): Wer Windräder sät, wird Sturm ernten; Die Energiewende verwundet ganze Landstriche. Dagegen regt sich erbitterter Widerstand. *Die Welt*, Politik, S. 8 (18. Juli 2014)

Palmer, Boris (2014): Alternativlos windig; Jüngst beklagte „Welt“-Autor Dankwart Guratzsch, dass Windräder die Natur verschandeln. Unsinn, sagt Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer. Er hält sie sogar für schön. *Die Welt*, Forum, Essay, S. 2 (14. August 2014)

Reicholf, Josef H. (2015): Verhinderungsnaturschutz. *Die Welt*, Forum, Essay, S. 2 (25. Juni 2015)

Ring, Caroline (2018): Der Windpark, das gierige Raubtier; Windräder verändern die Ökosysteme. Experten sehen eine Wissenslücke, die vom Naturschutz völlig ignoriert wird. *Die Welt*, Wissenschaft, S. 20 (13. November 2018)

Stephan, Cora (2012): Windige Hoffnung in der Provinz; Der Vogelsberg soll Musterregion für die Energiewende werden. Ein Besuch auf Baustellen und bei Bürgerinitiativen. *Die Welt*, Politik, S. 8 (24. Oktober 2012)

Vahrenholt, Fritz (2014): Zerstörerische Kraft; Unsere Klimaschutzpolitik wird zur Hauptgefahr für die biologische Vielfalt. Doch die Politik verschließt die Augen vor den Folgen der Energiewende. *Die Welt*, Forum, Essay, S. 2 (19. August 2014)

Vassiliadis, Michael (2019): Zeit für eine Klimapolitik mit kühlem Kopf. *Die Welt*, Forum, Gastkommentar S. 2 (17. August 2019)

Wetzel, Daniel (2012): Strompreis steigt im Osten stärker an; Verbraucher müssen 2013 in Ostdeutschland deutlich mehr für Netzentgelte zahlen. *Die Welt*, Wirtschaft, S. 10 (30. Oktober 2012)

Wetzel, Daniel (2014): Bürgeraufstand gegen den Bau von Windrädern; Ein deutschlandweites Bündnis aus rund 350 Initiativen will das Privileg des Erneuerbaren Energiegesetzes kippen. *Die Welt*, Wirtschaft, S. 10 (27. März 2014)

Wetzel, Daniel (2015): Liebling, ich habe den Strommast geschrumpft; Die Energiewende braucht neue Trassen, doch Bürgerinitiativen legen den Netzausbau lahm. Die Lösung soll eine Konstruktion im Zwergformat sein. *Die Welt*, Wirtschaft, S. 12 (20. April 2015)

Wetzel, Daniel (2017): Ostdeutschland sichert jetzt Bayerns Stromversorgung; Lange hat sich der Freistaat gegen „Monstertrassen“ gewehrt. Doch jetzt transportiert eine neue Hochspannungsleitung Braunkohle- und Windstrom aus dem Osten nach Süden. Sie kommt gerade noch rechtzeitig. *Die Welt*, Wirtschaft, S. 12 (15. September 2017)

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Ashelm, Michael (2019): Aufstand gegen die Windkraft. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 155, S. 18 (08. Juli 2019)

Astheimer, Sven und Helmut Bündler (2020): Windkraft an Land ist praktisch tot. Interview mit RWE-Chef Rolf Schmitz. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 127, S. 22 (03. Juni 2020)

Bartetzky, Arnold (2013): Macht endlich Schluss mit dem Dämmwahn. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 18, S. 32 (22. Januar 2013)

Germis, Carsten (2021): Windräder bald auch im Wald. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 167, S. 16 (22. Juli 2021)

Hein, Rainer (2018): Die Energiewende trifft ins romantische Herz. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 83, S. 40 (10. April 2018)

Holl, Thomas (2013): Hart am Wind. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 208, S. 5 (07. September 2013)

Kloepfer, Inge und Marco Fuchs (2015): Windkraft spaltet die Dörfer. *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, Nr. 36, S. 27 (06. September 2015)

Unbekannt (2021): Windkraft gegen Artenschutz. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 156, S. 13 (09. Juli 2021)

Zu Guttenberg, Enoch (2012): Ich trete aus dem BUND aus. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 111, S. 33 (12. Mai 2012)

Der Spiegel

Götze, Susanne (2020): Naturschützer streiten über Tesla-Werk. *Der Spiegel*, Wissenschaft (18. Februar 2020)

Kollenbroich, Philipp, Katja Thimm und Alfred Weinzierl (2021): Ein Wald für die Zukunft. *Der Spiegel*, Deutschland, Natur, S. 48 (09. Oktober 2021)

Weber, Nina (2013): „Krank aus Angst vor Infraschall“. *Der Spiegel*, Wissenschaft (25. März 2013)

Süddeutsche Zeitung

- Bovermann, Philipp (2020): Wind und Gegenwind. *Süddeutsche.de*, Politik (20. Januar 2020)
- Etscheid, Georg (2016): Wie die Windenergie die Ökoszene spaltet. *Süddeutsche.de*, Wissen (1. Mai 2016)
- Leuthner, Alexandra (2021): Man kann damit leben. *Süddeutsche.de*, München (7. Mai 2021)
- Matzig, Gerhard (2021): Wohnen im Windrad. *Süddeutsche.de*, Kultur (3. August 2021)
- Pantel, Nadia (2021): Der Lieblingsfeind der Rechten. *Süddeutsche.de*, Politik (13. Juni 2021)
- Pantel, Nadia (2020): Roman gegen Rotoren. *Süddeutsche.de*, Politik (8. September 2020)
- Ritzer, Uwe (2021): Republik der Neinsager. *Süddeutsche.de*, Wirtschaft (9. August 2021)
- Rühle, Alex (2020): Die edlen Milden. *Süddeutsche.de*, Literatur (4. Februar 2020)
- Schmidt, Marie (2021): Monika Maron: ‚Was ist eigentlich los?‘ *Süddeutsche.de*, Kultur (1. Juni 2021)
- Weiß, Marlene (2019): Aktuelles Lexikon: Windrad. *Süddeutsche.de*, Meinungsseite (13. November 2019)

Sonstige Quellen

- AGEB (2022a): *Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2021*. AG Energiebilanzen e.V. Online unter: https://ag-energiebilanzen.de/wp-content/uploads/2022/03/AGEB_Jahresbericht2020_20220325_dt.pdf (abgerufen 20.06.2023).
- AGEB (2022b): *Energieverbrauch fällt 2022 auf niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung*. AG Energiebilanzen e. V. Online unter: <https://ag-energiebilanzen.de/energieverbrauch-faellt-2022-auf-niedrigsten-stand-seit-der-wiedervereinigung/> (abgerufen 30.05.2023).
- Banita, Georgiana (2012): „Antonionis Ölmalerei. Zum unbewussten Rohstoff einer materiellen Filmästhetik“, in: Jörn Glasenapp (Hrsg.): *Michelangelo Antonioni. Wege in die filmische Moderne*. Paderborn: Fink, S. 153–81.
- Banita, Georgiana (2013): „Fossil Frontiers: American Petroleum History on Film“, in: Robert A. Rosenstone/Constantin Parvulescu (Hrsg.): *A Companion to Historical Film*. Malden: Blackwell, S. 301–327.
- Banita, Georgiana (2014): „From Isfahan to Ingolstadt: Bernardo Bertolucci’s *La via del petrolio* and the Global Culture of Neorealism“, in: Ross Barrett/Daniel Worden (Hrsg.): *Oil Culture*. Minneapolis: University of Minnesota Press, S. 145–168.
- Banita, Georgiana (2015): „A Thousand Plateaus. Mining Entropy in Days of Destruction, Days of Revolt“, in: Daniel Worden (Hrsg.): *The Comics of Joe Sacco. Journalism in a Visual World*. Jackson: University Press of Mississippi, S. 101–122.
- Banita, Georgiana (2017a): „Photography“, in: Imre Szeman/Jennifer Wenzel/Patricia Yaeger (Hrsg.): *Fueling Culture. 101 Words for Energy and Environment*. New York: Fordham University Press, S. 263–266.
- Banita, Georgiana (2017b): „Sensing Oil: Sublime Art and Politics in Canada“, in: Sheena Wilson/Adam Carlson/Imre Szeman (Hrsg.): *Petrocultures. Oil, Politics, Culture*. Montreal: McGill-Queen’s University Press, S. 431–457.
- Banita, Georgiana (2020): *Writing Oil: North American Literature in the Petroleum Age*. Habilitationsschrift, Fakultät Geistes- und Kulturwissenschaften, Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

Banita, Georgiana (2022): „Poetic Ultrasound: Atmosphere, Photography, and the Natural Aesthetics of Wind Power“, in: Kelly Mee Rich/Nicole Rizzuto/Susan Zieger (Hrsg.): *The Aesthetic Life of Infrastructure*. Evanston: Northwestern University Press, 147–166.

Barrett, Ross /Worden, Daniel (Hg.) (2014): *Oil Culture*. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege (2023): *Die Bayerischen Denkmäler Online*. Online unter: <https://www.blfd.bayern.de/denkmal-atlas/index.html> (abgerufen 05.06.2023).

Birdfact (2022): „Do Wind Turbines Kill Birds? (How, Statistics + Prevention)“. Online unter: <https://birdfact.com/articles/do-wind-turbines-kill-birds> (abgerufen 27.06.2023).

Black, Brian (2020): *Crude Reality: Petroleum in World History*. Lanham: Rowman and Littlefield.

Bressler, R. Daniel (2021): „The Mortality Cost of Carbon“, in: *Nature Communications* 12, 4467.

Brunnengräber, Achim (2022): „Blackouts in der AKW-Debatte: Wie viel kostet Atomenergie wirklich?“ *Berliner Zeitung*, 28.09.2022.

Bundesnetzagentur (2021): Redispatch. Online unter: <https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/Versorgungssicherheit/Netzengpassmanagement/Engpassmanagement/Redispatch/start.html> (abgerufen 06.06.2023).

Bundesverband Windenergie (2022): „Windenergie International – Zahlen und Fakten“. Online unter: <https://www.wind-energie.de/themen/zahlen-und-fakten/international/> (abgerufen 24.06.2023).

Bundesverfassungsgericht (2021): *Verfassungsbeschwerden gegen das Klimaschutzgesetz teilweise erfolgreich*. Pressemitteilung Nr. 31/2021. Online unter: <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/bvg21-031.html> (abgerufen 30.05.2023).

CDU (2011): *Den Umstieg beschleunigen – Wegmarken in das Zeitalter der erneuerbaren Energien*. Beschluss des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands vom 9. Mai 2011. Online unter: <https://archiv.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/110509-Beschluss-Bundesvorstand-Den-Umstieg-beschleunigen.pdf> (abgerufen am 20.06.2023).

Crichton, Fiona, George Dodd, Gian Schmid, Greg Gamble und Keith J. Petrie (2014): „Can Expectations Produce Symptoms from Infrasound Associated with Wind Turbines?“ *Health Psychology* 33(4): S. 360–4.

Dänisches Außenministerium (o.J.): „Pioneers in clean energy“. Online unter: <https://denmark.dk/innovation-and-design/clean-energy> (abgerufen 26.06.2023).

Deutscher Bundestag (2011): Drucksache 17/6071, „Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rechtsrahmens für die Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien“, 6.6.2011. Online unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/17/060/1706071.pdf>. (angerufen 26.06.2023)

Etscheid, Georg, Hrsg. (2016a): *Geopferte Landschaften: Wie die Energiewende unsere Umwelt zerstört*. München: Heyne.

Europäische Energiewende (2020a): „Bürgerinitiativen gegen Windkraft in Deutschland. Eine Studie des Rechercheteams ‚Europäische-Energiewende-Community‘“. Online unter: <https://energiewende.eu/buergerinitiativen-gegen-windkraft-in-deutschland/> (abgerufen 24.06.2023)

Europäische Energiewende (2020b): „Behauptungen zur Windkraft – Wertverlust von Wohneigentum“. Online unter: <https://energiewende.eu/windkraft-wertverlust-von-wohneigentum/> (abgerufen 29.06.2023).

- FA Wind (2022): *Entwicklung der Windenergie im Wald. Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Waldflächen in den Bundesländern*. Fachagentur Windenergie an Land. Online unter: https://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Windenergie_im_Wald/FA-Wind_Analyse_Wind_im_Wald_7Auflage_2022.pdf (abgerufen 31.05.2023).
- FragdenStaat (2015): Energetischer „Fußabdruck“ von Windenergieanlagen. Online unter: <https://fragdenstaat.de/anfrage/energetischer-fuabdruck-von-windenergieanlagen/> (abgerufen 06.06.2023).
- Frankfurter Rundschau (2022): *Wo kommt unser Strom her?* Online unter: <https://www.fr.de/politik/wo-kommt-unser-strom-her-91895174.html> (abgerufen 30.05.2023).
- Geinitz, Christian (2022): „Milan und Windrad in Eintracht“, *FAZ*, 04.04.2022.
- Graf, Rüdiger (2014): *Öl und Souveränität: Petroknowledge und Energiepolitik in den USA und Westeuropa in den 1970er Jahren*. Oldenbourg: De Gruyter.
- Gysi, Gregor und Fraktion (2011): Drucksache 17/5760, „Schutzschirm für Stromkunden – Bezahlbare Energiepreise gewährleisten“. Online unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/17/057/1705760.pdf>. (abgerufen 23.06.2023)
- Haffert, Lukas (2022): *Stadt, Land, Frust. Eine politische Vermessung*. München: C. H. Beck.
- Hard, Gerhard (1970): *Die ‚Landschaft‘ der Sprache und die ‚Landschaft‘ der Geographen: Semantische und forschungslogische Studien zu einigen zentralen Denkfiguren in der deutschen geographischen Literatur*. Bonn: Colloquium geographicum.
- Hasan, Ilma (2022): „Studies from the CDC, U.K. government, and Oxford University have deemed COVID-19 vaccines ineffective“. *Logically*. Online unter: www.logically.ai/factchecks/library/562923a1 (abgerufen 06.06.2023).
- Haßler, Jörg (2017): *Mediatisierung der Klimapolitik. Eine vergleichende Input-Output-Analyse zur Übernahme der Medienlogik durch die Politik*. Wiesbaden: Springer.
- Holzheu, Stefan (2021): „AEFIS – Dr. Thomas Carl Stiller“. Online unter: https://www.bayceer.uni-bayreuth.de/infirschall/de/windenergi/gru/html.php?id_obj=158835 (abgerufen 03.07.2023).
- Huber, Matthew T. (2013): *Lifblood. Oil, Freedom, and the Forces of Capital*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- IWD (2017): „Wichtiger Weckruf“, Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, #16/2017, S. 6–7. Online unter: https://www.iwd.de/fileadmin/iwd_Archiv/2017_Archiv/iwd1617.pdf (abgerufen 03.07.2023)
- IWR Online (2014): „Erneuerbare Energien erobern 2014 Platz 1 im deutschen Strommix“. Online unter: <https://www.iwr.de/news/erneuerbare-energien-erobern-2014-platz-1-im-deutschen-strommix-news27869> (abgerufen 27.06.2023).
- Jahberg, Heike, Nora Marie Zarembo und Jakob Schlandt (2019): „Schäden durch Dürre, Brände und Käfer: Der deutsche Wald schrumpft“. *Tagesspiegel*, 31.07.2019.
- Johnson, Robert (2014): *Carbon Nation. Fossil Fuels in the Making of American Culture*. Lawrence: University Press of Kansas.
- Kemfert, Claudia (2023): *Schockwellen. Letzte Chance für sichere Energien und Frieden*. Frankfurt/New York: Campus.
- Klein, Naomi (2012): „Der neue Antihumanismus: Der Klimawandel und die politische Rechte“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 2 (Februar).

- Klein, Naomi (2014): *This Changes Everything: Capitalism vs. the Climate*. New York: Simon & Schuster.
- Kleinhüchelkotten, Silke, H.-Peter Neitzke und Stephanie Moser (2016): *Repräsentative Erhebung von Pro-Kopf-Verbräuchen natürlicher Ressourcen in Deutschland (nach Bevölkerungsgruppen)*. Umweltbundesamt, April 2016.
- Lehmann, Albrecht (1999): *Von Menschen und Bäumen: Die Deutschen und ihr Wald*. Reinbek: Rowohlt.
- LeMenager, Stephanie (2014): *Living Oil. Petroleum Culture in the American Century*. Oxford: Oxford University Press.
- Lenz, Eike (2021): „Kleine Revolution: Iphofen öffnet Altstadt für Photovoltaikanlagen“. *inFranken.de*, 17.03.2021.
- Lieb, Felix (2022): *Arbeit und Umwelt?: Die Umwelt- und Energiepolitik der SPD zwischen Ökologie und Ökonomie 1969–1998*. Oldenbourg: De Gruyter.
- Luderer, Gunnar, Frederike Bartels, Markus Blesl, Alexander Burkhardt, Ottmar Edenhofer, Ulrich Fahl, Annika Gillich, Andrea Herbst, Kai Hufendiek, Markus Kaiser, Lena Kittel, Florian Koller, Christoph Kost, Robert Pietzcker, Matthias Rehfeldt, Felix Schreyer, Dennis Seibert, Luisa Sievers (2022): *Deutschland auf dem Weg aus der Gaskrise: Wie sich Klimaschutz und Energiesouveränität vereinen lassen*. Kopernikus-Projekt Ariadne, Potsdam. <https://doi.org/10.48485/pik.2022.004>
- Lutz, Simone (2021): „Stadt Freiburg genehmigt neue Windräder auf dem Taubenkopf“. *Badische Zeitung*, 08.12.2021.
- Münkler, Herfried (2009): *Die Deutschen und ihre Mythen*. Berlin: Rowohlt.
- Nüchter, Oliver (2012): „Denkfiguren völkisch autoritärer Ökologie – Im Vater- oder Mutterland“, in: Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.): *Braune Ökologen*. Berlin: HBS, S. 20–38.
- Ohlenburg, Holger (2022): „Windenergie – Was zwei Prozent der Landesfläche bedeuten“. Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende (KNE). Online unter: <https://www.energiezukunft.eu/erneuerbare-energien/wind/windenergie-was-zwei-prozent-der-landesflaeche-bedeuten/> (abgerufen 25.06.2023).
- Olano, Maria Virginia (2022): „The top 10 countries with the most wind power“. *Canary Media*, 11.2.2022. Online unter: <https://www.canarymedia.com/articles/wind/chart-the-top-10-countries-with-the-most-wind-power> (abgerufen 26.06.2023).
- Painter, James (2013): *Climate Change in the Media. Reporting Risk and Uncertainty*. London: I.B. Tauris.
- Patoski, Joe Nick (2019): „Love ’Em or Hate ’Em, Wind Turbines Have Altered the Landscape Across Vast Swaths of Texas. On ‚The Great Texas Wind Turbine Trail‘, find industrial beauty on a grand scale“. *Texas Highways*, 29.08.2019.
- Perron, Dominique (2013): *L’Alberta Autophage. Identités, mythes et discours du pétrole dans l’Ouest canadien*. Calgary: University of Calgary Press.
- Pinkus, Karen (2016): *Fuel. A Speculative Dictionary*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Powell, Miles A. (2016): *Vanishing America: Species Extinction, Racial Peril, and the Origins of Conservation*. Cambridge: Harvard University Press.
- Radkau, Joachim und Frank Uekötter (2003): *Naturschutz und Nationalsozialismus*. Frankfurt: Campus Verlag, S. 463.
- Rueter, Gero (2021): „Wie nachhaltig ist Windkraft?“ *Deutsche Welle*, 27.12.2021. Online unter: <https://www.dw.com/de/wie-nachhaltig-ist-windkraft-klimabilanz-recycling-artenschutz-erderhitzung/a-60170247> (abgerufen 05.06.2023).

- Schlautmann, Christoph (2023). „Ist Urlaub jetzt nur noch was für Besserverdiener?“ *Handelsblatt*, 10.03.2023.
- Schmidt, Adriane (2017): „Need for a wind of change? Use of offshore wind messages by stakeholders and the media in Germany and their effects on public acceptance“, in: *Journal of Environmental Planning and Management*, 60(8), S. 1391–1411.
- Schmidt, Adriane, Sebastian Thuß, und Thomas Meyer (2017): „Quality in risk reporting on energy issues in German news media“, in: *Journal of Risk Research* 20(10), S. 1227–1252.
- Schmidt, Jesper Hvass und Mads Klokke (2014): „Health effects related to wind turbine noise exposure: a systematic review“. *PLoS one* 9(12), e114183.
- Schütt, Pascal (2019): „Droht der Windkraft auf dem Karlsruher Energieberg das Aus?“ *Badische Neuste Nachrichten*, 27.12.2019.
- Statistisches Bundesamt (2023): „Die größten Städte der Welt 2023“. Online unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/bevoelkerung-arbeit-soziales/bevoelkerung/Stadtbevoelkerung.html> (abgerufen 27.06.2023).
- Steinmeier, Frank-Walter und Fraktion (2011): Drucksache 17/5481, „Programm für eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Energieversorgung“. Online unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/17/054/1705481.pdf>. (abgerufen 23.06.2023)
- Taylor, Bron (2010): *Dark Green Religion: Nature Spirituality and the Planetary Future*. Berkeley: University of California Press. (dt.: *Dunkelgrüne Religion: Naturspiritualität und die Zukunft des Planeten*. Paderborn: Wilhelm Fink, 2020).
- Tereick, Jana (2016): *Klimawandel im Diskurs: Multimodale Diskursanalyse crossmedialer Korpora*. Berlin – Boston: De Gruyter.
- Thaker, Maria, Amod Zambre und Harshal Bhosale (2018): „Wind farms have cascading impacts on ecosystems across trophic levels“, in: *Nature Ecology & Evolution* 2(12), 10.1038/s41559-018-0707-z.
- The Brussels Times (2022): „Are wind turbines bird-killers? Research suggests not“. *The Brussels Times*, 12.11.2022.
- Tschötschel, Robin, Andreas Schuck und Anke Wonneberger (2020): „Patterns of controversy and consensus in German, Canadian, and US online news on climate change“. *Global Environmental Change* 60. Online unter: https://pure.uva.nl/ws/files/50368620/1_s2.0_S0959378019301712_main.pdf (abgerufen 06.07.2023).
- Verghis, Sharon (2019): „Black Saturday: The bushfire disaster that shook Australia“. *BBC News*, 07.02.2019.
- Vernunftkraft (2023): Homepage. <https://www.vernunftkraft.de/> (abgerufen 30.05.2023).
- Warren, R., J. Price, J. VanDerWal, S. Cornelius und H. Sohl (2018): „The implications of the United Nations Paris Agreement on climate change for globally significant biodiversity areas“. *Climatic Change* 147, S. 395–409.
- Weiss, Günther (2017): „Medial construction of energy landscapes in Germany“, in: *Energy Policy* 109, S. 845–853.
- Wilson, Sheena, Adam Carlson und Imre Szeman (Hrsg.) (2017): *Petrocultures. Oil, Politics, Culture*. Montreal: McGill-Queen’s University Press.
- Windwahn (2023): Homepage. <https://www.windwahn.com> (abgerufen 30.05.2023).
- Yeager, Patricia (2011): „Editor’s Column: Literature in the Ages of Wood, Tallow, Coal, Whale-Oil, Gasoline, Atomic Power, and Other Energy Sources“, in: *PMLA* 126(2), S. 305–326.

Zapf, Marina (2023): „Mehr Offshore-Parks in Nordsee geplant: Welche Länder jetzt schon stark auf Windenergie setzen“. *Stern*, 25.04.2023.

Zeh, Reimar und Tomas Odén (2014): „Energieträger in der Berichterstattung. Die Nachwehen von Fukushima in Schweden und Deutschland“, in: Jens Wolling/Dorothee Arlt (Hrsg.): *Fukushima und die Folgen. Medienberichterstattung, Öffentliche Meinung, Politische Konsequenzen*. Ilmenau: Univ.-Verl. Ilmenau, S. 211–232.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Beispielhafte Fotografie in einem windkraftkritischen Artikel der FAZ	7
Abbildung 2:	Primärenergieverbrauch in Deutschland 2022 nach Energieträger (Anteile in Prozent, Vorjahreszeitraum in Klammern)	10
Abbildung 3:	Strommix in Deutschland 2022 (Anteil an Stromerzeugung in Prozent, Vorjahreswerte in Klammern).....	12
Abbildung 4:	Kernmotive in der Berichterstattung zur Windenergie	22
Abbildung 5:	Neue Windenergieanlagen in deutschen Wäldern.....	27
Abbildung 6:	Beispielhafte Fotografie in einem kritischen Artikel der FAZ zum Zusammenhang von Artenschutz und Windkraft.....	42
Abbildung 7:	Anteil der Windkraft am Vogelsterben in Deutschland im Vergleich (Tod & Verlust in Millionen Tieren pro Jahr in Deutschland)	43
Abbildung 8:	Wie klimafreundlich ist welcher Strom? (CO ₂ -Emissionen in Gramm pro kWh)	55
Abbildung 9:	Der Anteil Seltener Erden in den Windkraftanlagen europäischer und chinesischer Hersteller	64

Hinweis zur Autorin

Dr. Georgiana Banita ist habilitierte Kulturwissenschaftlerin an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Sie absolvierte ein Studium der Anglistik und Germanistik und promovierte in Amerikanistik an der Universität Konstanz. Nach Forschungsaufenthalten an den Universitäten Yale und Sydney habilitierte sie sich in Bamberg und lehrt dort als Privatdozentin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Kulturgeschichte fossiler und erneuerbarer Energien sowie das Verhältnis von Diskriminierung und Polizeigewalt. Ihre Habilitationsschrift widmete sie der Literaturgeschichte der Erdölförderung. In zahlreichen wissenschaftlichen Aufsätzen hat sie sich mit visuellen und narrativen Reflexionen der fossilen Gesellschaft und der Transformation hin zu einer regenerativen Energiewirtschaft auseinandergesetzt. Zuletzt erschien in der Edition Nautilus das kultur- und gesellschaftskritische Sachbuch *Phantombilder: Die Polizei und der verdächtige Fremde*.

- Nr. 59 Radikalisiert und etabliert. Die AfD vor dem Superwahljahr 2024
(Wolfgang Schroeder, Bernhard Weißels)
- Nr. 58 Antisemitismus. Alte Gefahr mit neuen Gesichtern
(Michael Kraske)
- Nr. 57 Gut beraten? Zur Rolle der Zivilgesellschaft in Sachverständigengremien
(Siri Hummel, Laura Pfirter)
- Nr. 56 Mehr Wählen wagen? Ungleichheiten beim „Wählen ab 16“ und ihre Folgen
(Thorsten Faas, Arndt Leininger)
- Nr. 55 Arbeitsdruck – Anpassung – Ausstieg. Wie Journalist:innen die Transformation der Medien erleben
(Burkhard Schmidt, Rainer Nübel, Simon Mack, Daniel Rölle)
- Nr. 54 Mediale Routinen und Ignoranz? Die Sahel-Einsätze der Bundeswehr im öffentlichen Diskurs
(Lutz Mükke)
- Nr. 53 Das Verblässen der Welt. Auslandsberichterstattung in der Krise
(Marc Engelhardt)
- Nr. 52 Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis. Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD
(Stephan Pühringer, Karl M. Beyer, Dominik Kronberger)
- Nr. 51 Desiderius-Erasmus-Stiftung. Politische Bildung von Rechtsaußen
(Arne Semsrott, Matthias Jakobowski)
- Nr. 50 Künstliche Intelligenz und die Zukunft der Arbeit. Die digitale Transformation
in den (sozialen) Medien (Derya Gür-Şeker)
- Nr. 49 Alternative Fakten im Gespräch. AfD-Diskussionen auf Facebook
(Hannah Trautmann, Nils C. Kumkar)
- Nr. 48 Aufstocker im Bundestag IV. Bilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten in der 19. Wahlperiode
(Sven Osterberg)
- Nr. 47 Tragische Einzelfälle? Wie Medien über Gewalt gegen Frauen berichten
(Christine E. Meltzer)
- Nr. 46 Wenn Politik Presse macht. Gastbeiträge von Politiker*innen in ausgewählten Tageszeitungen
(Marvin Oppong)
- Nr. 45 30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung. Schreiben Medien die Teilung
Deutschlands fest? (Lutz Mükke)
- Nr. 44 „Alleine ist man zerbrechlich“. Perspektiven auf die Interessenvertretung von
Arbeitnehmer*innen in Ost und West (Simon Storcks, Jana Faus, Rainer Faus)
- Nr. 43 Streitfall Vermögenssteuer. Defizite in der Medienberichterstattung
(Hendrik Theine, Andrea Grisold)

Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert Konferenzen, lobt jährlich den „Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen und legt aktuelle medienkritische und -politische Analysen vor.

... informiert regelmäßig mit einem Newsletter über Projekte, Publikationen, Termine und Veranstaltungen.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit unter: www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/publikationen/

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 4. November 2020 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- **Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens**

Bank: HELABA Frankfurt/Main
IBAN: DE11 5005 0000 0090 5460 03
BIC: HELA DE FF

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- **Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)**
- **Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa**
- **Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit**

Bank: HELABA Frankfurt/Main
IBAN: DE86 5005 0000 0090 5460 11
BIC: HELA DE FF

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 111***
Janis Brinkmann
Journalistische Grenzgänger
Wie die Reportage-Formate von funk Wirklichkeit konstruieren
- **OBS-Arbeitsheft 110***
Henning Eichler
Journalismus in sozialen Netzwerken
ARD und ZDF im Bann der Algorithmen?
- **OBS-Arbeitsheft 109***
Barbara Witte, Gerhard Syben
Erosion von Öffentlichkeit
Freie Journalist*innen in der Corona-Pandemie
- **OBS-Arbeitsheft 108***
Victoria Sophie Teschendorf, Kim Otto
Framing in der Wirtschaftsberichterstattung
Der EU-Italien-Streit 2018 und die Verhandlungen über Corona-Hilfen 2020 im Vergleich
- **OBS-Arbeitsheft 107***
Leif Kramp, Stephan Weichert
Konstruktiv durch Krisen?
Fallanalysen zum Corona-Journalismus
- **OBS-Arbeitsheft 106***
Lutz Frühbrodt, Ronja Auerbacher
Den richtigen Ton treffen
Der Podcast-Boom in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 105***
Hektor Haarkötter, Filiz Kalmuk
Medienjournalismus in Deutschland
Seine Leistungen und blinden Flecken
- **OBS-Arbeitsheft 104***
Valentin Sagvosdkin
Qualifiziert für die Zukunft?
Zur Pluralität der wirtschaftsjournalistischen Ausbildung in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 103***
Ingo Dachwitz, Alexander Fanta
Medienmäzen Google
Wie der Datenkonzern den Journalismus umgarnt
- **OBS-Arbeitsheft 102***
Wolfgang Schroeder, Samuel Greef u. a.
Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts
Interventionsversuche und Reaktionsmuster
- **OBS-Arbeitsheft 101***
Leif Kramp, Stephan Weichert
Nachrichten mit Perspektive
Lösungsorientierter und konstruktiver Journalismus in Deutschland

* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

OBS-Arbeitspapier 60

Vom Winde verdreht?

Mediale Narrative über Windkraft, Naturschutz
und Energiewandel